

Forscher - Praktiker
Dialog
Internationale
Jugendarbeit


HAUS AM MAIBERG
POLITISCHE & SOZIALE BILDUNG

afj 


Fachhochschule Köln
Cologne University of Applied Sciences


JUGEND für Europa
Deutsche Agentur
für das EU-Programm
JUGEND IN AKTION

David Brixius

Active Citizenship

**Expertise im Rahmen des Verbundprojekts
im Forscher Praktiker Dialog
für Internationale Jugendarbeit**

Heppenheim 2010

Herausgegeben in Zusammenarbeit mit der Steuerungsgruppe:

**Prof. Dr. Andreas Thimmel (Fachhochschule Köln)
Sandra Kleideiter (Arbeitsstelle für Jugendseelsorge)
Ingrid Müller (Deutsche Agentur „Jugend für Europa“)
Benedikt Widmaier (Haus am Maiberg)**

© Haus am Maiberg
Ernst-Ludwig-Straße 19
64646 Heppenheim
info@haus-am-maiberg.de

**Das Verbundprojekt „Active Citizenship“ ist im Rahmen des
Forscher-Praktiker-Dialogs für Internationale Jugendarbeit
durchgeführt und vom
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
gefördert worden.**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort (Benedikt Widmaier)	3
I. Expertise	7
1. Einleitung	7
2. Sprache als Problem für internationale Fachdiskurse	9
3. Der Europarat	14
3.1 Historischer Überblicke von „Active Citizenship“ des Europarats	14
3.2 Definitionen von „Active Citizenship“ in Dokumenten des Europarats	17
4. Die Europäische Union	19
4.1 Active Citizenship in der EU - Historischer Überblick	19
4.2 Das Centre for Research on Lifelong Learning (CRELL)	28
4.3 Definitionen von „Active Citizenship“ der Europäischen Union	31
4.4 Jugendpolitische Perspektive	32
5. Fazit	33
II. Literaturreport	37
1. Europarat – Education for Democratic Citizenship (EDC)	37
2. Europäische Union/Europäische Kommission	44
3. Centre for Research on lifelong Learning (CRELL) der Europäische Union	59
4. Sonstige Quellen im Internet	63
5. Sekundärliteratur	77
III. Reader	86

Vorwort

Der Forscher Praktiker Dialog für Internationale Jugendarbeit (FPD), ein basisdemokratisch organisierter Zusammenschluss von Wissenschaftlern und Praktikern im Feld der Internationalen Jugendarbeit, hat Ende 2008 beschlossen, ein Verbundprojekt mit dem Titel „Active Citizenship“ zu starten. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat das Projekt auf Anraten und Antrag des FPD finanziell unterstützt.

Möglicherweise nicht ganz zufällig beteiligen sich an dem Projekt mehrheitlich Personen und Institutionen, die sich in Forschung oder Praxis neben der Internationalen Jugendarbeit auch mit Politischer Bildung beschäftigen. Aus der Wissenschaft ist das Andreas Thimmel, Professor für Soziale Arbeit und Sozialpädagogik an der Fachhochschule Köln. Thimmel gehört zu den wenigen ausgewiesenen Spezialisten der Internationalen Jugendarbeit, die die Internationale Jugendarbeit immer als Aufgabe von Politischen Bildung betrachtet und beschrieben haben. Sandra Kleideiter und Benedikt Widmaier sind in Ihren beiden Institutionen sowohl für Politische Bildung als auch für Internationale Jugendarbeit verantwortlich.

Bei der vierten Vertreterin in der Steuerungsgruppe, Ingrid Müller, sind die Motive zur Mitarbeit etwas anders gelagert. Als Mitarbeiterin der Deutschen Agentur JUGEND für Europa hat sie gewissermaßen ein professionelles und institutionelles Interesse daran, dass der Begriff „Active Citizenship“ mit Leben gefüllt wird. Denn „Aktive Bürgerschaft“ ist in der aktuellen Generation des EU-Programms JUGEND IN AKTION der zentrale inhaltliche Schwerpunkt.

Ziel des Verbundprojekts war zunächst die Sammlung von Dokumenten zum Thema, um damit für alle Interessierten einen besseren Zugang zu dem umfangreichen Material zu schaffen. Diese nun vorliegende Sammlung ist im Rahmen

eines Forschungspraktikums von David Brixius im Haus am Maiberg entstanden, das von Benedikt Widmaier vor Ort und von der Steuerungsgruppe mit einigen Sitzungen begleitet wurde. Das kommentierte und mit interaktiven Links versehene Literaturverzeichnis wird mit einer Expertise von David Brixius eingeleitet, die helfen soll, das komplexe Feld besser zu erschließen. Am Ende werden einige markante und wichtige Texte in Auszügen dokumentiert, die David Brixius und Benedikt Widmaier gemeinsam ausgewählt haben.

Die Herausforderungen die mit dem nun vorliegenden Dokument für Internationale Jugendarbeit verbunden sind, müssen nun weiter diskutiert und beschrieben werden. Der FPD wird vorrangig daran interessiert sein, das Gutachten entsprechend professionspolitisch auszuwerten. Im Zentrum steht dabei die Frage, was „Active Citizenship“ für die Weiterentwicklung der Internationalen Jugendarbeit bedeutet. Die bereits oben angedeutete Perspektive einer auch an Zielkategorien der Politischen Bildung orientierten Internationalen Jugendarbeit wird danach neu zu diskutieren sein. Ähnliches gilt sicher für eine europäisch orientierte Perspektive der Internationalen Jugendarbeit, bzw. für eine trans- wie supranationale Perspektive von europäischer Internationaler Jugendarbeit.

Daneben stellen sich grundlegende normative sozialwissenschaftliche Fragen im Zusammenhang mit der Debatte über Aktive Bürgerschaft: Welches Politik- und welches Demokratieverständnis stecken hinter dem europäischen Konzept von „Active Citizenship“. Demokratietheoretisch war es schon immer von zentraler Bedeutung welches Bürgerbild eine Theorie fördert und wie viel und welche Möglichkeiten der Teilhabe und Partizipation den Bürgerinnen und Bürgern eingeräumt wird.

Dass Aktive Bürgerschaft Teil einer Gesamtstrategie der Europäischen Union gegen das allseits wahrgenommene europäische Demokratiedefizit ist, liegt auf

der Hand. Die Rolle, die in diesem Kontext Internationale Jugendarbeit leisten kann und will ist aber noch zu klären. Die hier vorgelegte Expertise soll einen Anstoß dazu geben.

Die Steuerungsgruppe zum Verbundprojekt „Active Citizenship“ plant im Januar 2011 einen ersten Fachtag, in dessen Rahmen zunächst ein kleiner Kreis von Fachkollegen/innen der Internationalen Jugendarbeit eine erste Einschätzung vornehmen und Anregungen für das weitere Vorgehen diskutieren soll.

Heppenheim, 30.10.2010

Benedikt Widmaier

I. Expertise

1. Einleitung

Jenseits der in der Bundesrepublik Deutschland geführten Debatte über einen nationalen Qualifikationsrahmen, über Bildungsziele, Standards und Kompetenzen zählt „Active Citizenship“ auf der europäischen Bühne und in den Bildungsdiskursen anderer Länder seit einigen Jahren zu den wichtigsten Zielen der Bildung. Doch was meint „Active Citizenship“? Wie wird „Active Citizenship“ von den verschiedenen europäischen Institutionen definiert? Welche sprachlichen Unterschiede und Übersetzungen gibt es? Und wie kann ein entsprechendes Konzept im deutschen Kontext (weiter-)entwickelt werden? Dazu will die vorliegende Expertise erste Antworten geben und Anstöße für die weitere Debatte liefern.

Mit dem Lissabon Vertrag hat sich die Europäische Union das Ziel gesetzt, der wettbewerbsfähigste und dynamischste, wissensbasierte gesellschaftliche Raum der Welt zu werden. Dabei soll auch „Active Citizenship“ eine entscheidende Rolle spielen. Denn auch „Active Citizenship“ gehört nach Ansicht der Europäischen Kommission zu denjenigen Schlüsselkompetenzen, mit denen die Bürger der Europäischen Union ausgestattet sein sollten, um den Herausforderungen der modernen Gesellschaft begegnen zu können.

Auf der europäischen Ebene ist die Europäische Kommission bzw. die EU insgesamt nicht der einzige Player, der in den vergangenen Jahren die Debatte über „Active Citizenship“ vorangetrieben hat. Der Europarat mit seinen 47 Mitgliedsstaaten arbeitet seit Ende des letzten Jahrhunderts an einem Konzept für eine „Education for Democratic Citizenship“ (EDC). Mit diesem Konzept einer EDC wollte der Europarat „Active Citizenship“ als Bildungsziel in der formalen wie in der non-formalen Bildung besser verankern. Höhepunkt der Aktivitäten

des Europarats war 2005 das „European Year of Citizenship through Education“.

Zwischen diesen beiden großen Institutionen – der Europäischen Kommission und dem Europarat – hat sich inzwischen vor allem im Jugendbereich eine intensive Kooperation im Bereich der Citizenship Education entwickelt. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, der sich in ganz Europa vollzieht, ist es dabei vor allem die Zielgruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, für die das Konzept von „Active Citizenship“ in Europa mit Inhalt gefüllt und praktisch umgesetzt werden soll.

Für diese praktische Umsetzung von „Active Citizenship“ wird ein theoretischer und wissenschaftlicher Unterbau benötigt. Deshalb wurde in den letzten Jahren eine umfangreiche Forschung zum Thema angestoßen. Vor allem das „Centre for Research on Education and Lifelong Learning“ (CRELL), ein der Europäischen Kommission nachgeordnetes Forschungszentrum in Ispira am Lago Maggiore, hat in den letzten Jahren im Auftrag der Kommission zum Thema „Active Citizenship“ geforscht und dazu etliche für unsern Kontext wichtige Studien veröffentlicht.

Die vorliegende Expertise, die im Auftrag des Forscher-Praktiker Dialogs für Internationale Jugendarbeit erstellt wurde, will zunächst die gesamte europäische Diskussion über „Active Citizenship“ zusammenfassen. Damit soll die Fachdebatte über Ziele und Aufgaben der Internationalen Jugendarbeit angeregt werden. Es gilt zu prüfen, ob die europäischen Debatten über „Aktive Citizenship“ auch Anstöße für eine zeitgemäße Weiterentwicklung der Internationalen Jugendarbeit geben können oder sollten.

Die Expertise wird ergänzt durch ein interaktives, systematisch sortiertes und kommentiertes Verzeichnis der einschlägigen europäischen und internationalen

Literatur zum Thema Citizenship, Citizenship Education, European Citizenship und Active Citizenship, wobei der Schwerpunkt auf „Active Citizenship“ liegt. Das Literaturverzeichnis bietet einen schnellen Zugriff auf die wichtigsten Dokumente, Studien, Aufsätze und anderen Veröffentlichungen der letzten Jahre zum Thema. Dort sind auch Hinweise auf einzelne Beiträge aus der nationalen und internationalen demokratiethoretischen Debatte, Beiträge aus der politischen Bildung und der Citizenship Education aufgenommen worden. Abgerundet wird die Expertise mit einem Reader, in dem einige wichtige Texte zum Thema in Auszügen zusammengestellt wurden. Im Text wird immer wieder sowohl auf den Reader (z.B. für Text 1: → T1) als auch auf Titel im Literaturverzeichnis (z.B. für Titel Nr. 1.1: → L 1.1) hingewiesen. Das erleichtert dem Leser, sich ggf. weiterführende Literatur zu erschließen bzw. einzelne im Reader in Auszügen angebotene Originaldokumente selbst nachzulesen.

2. Sprache als Problem für internationale Fachdiskurse

Die Diskussion über die Frage wo Europa politisch und geografisch zu verorten ist, bestimmt von jeher die Europapolitik. Spätestens mit dem Beitrittsge such der Türkei zur Europäischen Union entzündete sich die Debatte neu. Nicht nur kulturell sondern auch sprachlich unterscheiden sich die einzelnen Länder in Europa, was auf der institutionellen Ebene u.a. durch die unterschiedlichen Arbeits- und Amtssprachen deutlich wird.

Die Amtssprachen des Europarats sind Englisch und Französisch. Arbeitssprachen sind darüber hinaus Deutsch, Russisch und Italienisch. In der Europäischen Union sind die Arbeitssprachen Englisch, Französisch und Deutsch, doch wichtige Dokumente und Vertragstexte werden in alle 23 Amtssprachen der EU übersetzt.

Dass mit der Übersetzung aus der englischen Sprache, die sich auch in Europa zur so genannten Lingua Franca entwickelt hat, in andere Sprachen grundsätzlich Schwierigkeiten verbunden sind, zeigt sich selbstverständlich auch bei der Übersetzung von Dokumenten zum Thema „Active Citizenship“.

„Citizenship“ hat in den angelsächsischen Ländern eine andere Bedeutung als der deutsche Begriff „Bürgerschaft“. Eines der zentralen Dokumente - die „All-European Study on Education for Democratic Citizenship Policies“ - problematisiert diese Frage und bietet dazu eine aufschlussreiche Tabelle an (Birzée u.a. 2004, → L 1.2.: 35ff → T 3). Dort werden nicht nur Übersetzungen von „Citizenship“ in zahlreiche, auch außereuropäische Sprachen, angeboten, sondern auch kurze Anmerkungen zu ggf. unterschiedlichen Bedeutungen des jeweils landessprachlichen „Bürger“-Begriffs.

Die europäischen Dokumente zum Thema „Active Citizenship“ liegen häufig nur in englischer Sprache vor. Durch eine Übersetzung – für unseren Fall ins Deutsche - können sich deshalb Sinnzusammenhänge verschieben. In der deutschsprachigen sozialwissenschaftlichen Literatur weist u.a. Elmar Rieger in einer Fußnote zur deutschen Übersetzung des Klassiker der Soziologie „Bürgerrecht und soziale Klasse“ von T.H. Marshall auf diese Problematik hin: „Im englischen und amerikanischen Sprachgebrauch verweist ‚citizenship‘ stärker als in der deutschen politischen Sprache auf Bürgerrechte und die damit verknüpfte aktive Rolle der Bürger bei der Diskussion und Gestaltung der öffentlichen Angelegenheit, als auf Staatsbürgerschaft im Sinne eines vorrangig rechtlich definierten und eher passiv orientierten Konzept der Mitgliedschaft in einem Staat. Obwohl auch im deutschen Sprachgebrauch Staatsbürgerschaft mehr bedeuten kann als die bloße Staatsangehörigkeit und auf den rechtlichen, politischen und sozialen Status der Staatsbürger verweist, (...). Damit spiegeln sich in der Übersetzung wichtige Unterschiede in der politischen Kultur und der staatlichen

Entwicklung in England und Deutschland wider.“ (Marshall 1992, → L 5.20.: 33).

Thomas Meyer weist in seiner Einführung „Was ist Politik?“ wie folgt auf die Problematik des unterschiedlichen Verständnisses von Citizenship und Bürgerschaft hin: „Der englische Begriff *citizenship* bezeichnet einen für das Verständnis des Politischen grundlegenden Sachverhalt, ist aber nicht ohne gewichtige Bedeutungsverschiebung ins Deutsche zu übertragen.“ (Meyer 2003, → L 5.23.: 163).

Claudia Wiesner fasst diese Gedanken in der Einleitung ihres Artikels „Bürgerschaft in der EU als Prozess – und als demokratisches Projekt?“ zusammen: „In Anlehnung an klassische Definitionen Marshalls und Tillys meint Bürgerschaft die formalisierte wie auch die praktische Beziehung zwischen einer *polity* und ihren Angehörigen. Der Begriff verweist auf die Bedingungen dieser Beziehung, ihre Institutionalisierung und ihre praktische Ausgestaltung. Damit lassen sich vier verschiedene Aspekte von Bürgerschaft differenzieren: Die Bedingungen, die rechtlichen Folgen im Sinne von Rechten und Pflichten, und die aktive Ausgestaltung der Zugehörigkeit zu einer *polity*. Bürgerschaft impliziert im deutschen Sprachgebrauch jedoch vorwiegend einen rechtlichen Status. Der Begriff verweist in diesem Sinne auf eine politische Angehörigkeit, zumeist die Staatsangehörigkeit, und die aus ihr resultierenden Rechte. An dieser Stelle zeigt sich also eine Schwierigkeit des Deutschen: Anders als im Englischen mit dem Begriff *citizenship* und im Französischen mit dem Begriff *citoyenneté*, die explizit auf eine aktive Bürgerschaft anspielt (und somit auch auf deren Inhalt und Umsetzung, und nicht allein auf einen rechtlichen Status), fehlt ein Begriff, der explizit auch die aktivbürgerschaftliche Komponente einschließt. Im deutschen politikwissenschaftlichen Sprachgebrauch wird deshalb im Hinblick auf republikanische, kommunitaristisch oder deliberativ orientierte Demokratiemodelle zumeist zusätzlich von *Aktivbürgerschaft* gesprochen.“ (Wiesner 2006, → L 5.49.: 197).

Eine Übersetzung von „Citizenship“ ins Deutsche ist deshalb schwierig und die Problemanzeige gilt selbstverständlich auch für eine entsprechende in der Praxis handhabbare Übersetzung von „Active Citizenship“.

Auch in den europäischen Dokumenten weisen die Autoren/innen, wie bereits erwähnt, auf solche Unterschiede in der Begriffsbedeutung hin:

- Zum Beispiel wird in der deutschen Übersetzung des „Project on ‘Education for Democratic Citizenship’ - Strategies for Learning Democratic Citizenship“ einleitend angemerkt: „Für die deutsche Übersetzung stellt sich einerseits das Problem, dass eine wörtliche Übersetzung von ‚Citizenship Education‘ zu nahe am DDR-Fach ‚Staatsbürgerkunde‘ gelegen hätte. Andererseits gilt der in Deutschland verbreitete Begriff ‚politische Bildung‘ im Kontext postkommunistischer Gesellschaften als stark ‚vorbelastet‘ und daher kaum akzeptabel (‚political education = political indoctrination‘). Ohnehin sollte der Rückgriff auf Benennungen vermieden werden, die die Darstellung zu sehr in der deutschen Diskussion verortet hätte.“ (Dürr u.a. 2000, → L 1.15.: 6, → T 4).
- Im „Glossary of terms for Education for Democratic Citizenship“ (O’Shea 2003, → L 1.18.: → T 1.) wurden – in Vorbereitung des „European Year of Citizenship through Education 2005“ – deutsche Übersetzungen zu den einschlägigen englischen Fachbegriffen angeboten. Auch dort weisen die Autoren/innen darauf hin, dass einige Begriffe im Englischen eine andere Bedeutung haben und deshalb in englischer Sprache belassen werden sollten (ebd. 2003, → L 1.17.: 5f → T 1). Im Glossar wird der Begriff Citizen/Citizenship mit BürgerIn/BürgerInnenschaft ins Deutsche übersetzt.

Die englische Passage „Within the context of EDC the term citizen can be broadly described as ‚a person co-existing in a society‘“ wird wie folgt ins Deutsche übersetzt: „Im Kontext der demokratiepolitischen Bildung kann der Begriff ‚BürgerIn‘ im weitesten Sinn als ‚eine in der Gesellschaft lebende und daran partizipierende Person‘ beschrieben werden.“ (ebd. 2003, → L 1.18.:

12). Es fällt auf, dass der Begriff „Partizipation“ im englischen Text nicht auftaucht. Dadurch ergibt sich eine sichtbare Bedeutungsverschiebung bzw. –erweiterung. Offenbar ist davon auszugehen, dass diese partizipative Ausrichtung im englischen Citizenship-Begriff bereits implizit angelegt ist.

Vor dem Hintergrund dieser sprachlichen Problemanzeige kann es nicht verwundern, dass wir in den amtlichen Übersetzungen der Europäischen Kommission auf ausgesprochen problematische deutsche Übersetzungen stoßen. Eigentlich sollte dieses Problem Ende der 90er Jahre von den europäischen Bildungsministern gelöst werden. Lynne Chisholm schreibt zur „aktiven Bürgerschaft“ folgendes: „Dieser noch ungewöhnliche Begriff fußt auf einer Übersetzung aus dem französischen *citoyenneté active* sowie dem englischen *active citizenship*. Er wirkt im deutschen leicht befremdlich, ist aber dem früheren engeren Begriff 'Staatsbürgerschaft' vorzuziehen, die sich eigentlich auf einen rein formalrechtlichen Status bezieht und somit zu einer semantisch verfehlten Konnotation führt. Dieses Problem wurde gegen Ende der 90er Jahre anlässlich der Veröffentlichung einer EU-Studie (*Für einen Europäischen Raum der Bildung und der aktiven Bürgerschaft, Luxemburg: 1998*) im Sokrates-Aktionsprogramm-Ausschuss mit den Vertretern der Bildungsministern der Mitgliedsstaaten diskutiert und diese Behelfslösung angenommen.“ (Chisholm 2004, → L 5.7.: 78).

In diesem Kontext ist es erstaunlich, dass „Citizenship“ beispielsweise in den „Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zu Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen“ (→ L 2.42.) mit drei verschiedenen deutschen Wörtern übersetzt wird: Staatsbürgerschaft (S.17), Bürgerschaft (S.13) und Bürgersinn (S.13). Auch wenn die Problematik in diesem bildungspolitischen Dokument der EU besonders deutlich wird, sehen wir uns bei der Auseinandersetzung mit dem Citizenship-Begriff immer wieder mit dieser Schwierigkeit konfrontiert.

In der vorliegenden Expertise wird „Active Citizenship“ als „aktive Bürgerschaft“ bzw. „aktive Staatsbürgerschaft“ verstanden. Dies beinhaltet einerseits den rechtlichen Status als Bürger/in eines Landes, dann aber vor allem die Bereitschaft im Rahmen der zivilgesellschaftlichen und politischen gebotenen Möglichkeiten aktiv am gesellschaftlichen und politischen Leben sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene zu partizipieren.

3. Der Europarat

3.1. Historischer Überblick über „Active Citizenship“ des Europarats

Bildungspolitik gehört nicht unbedingt zum Kerngeschäft des Europarats. Nach zwei Weltkriegen und der osteuropäischen „Bedrohung“ durch den Kommunismus hatte der Europarat den Fokus seiner Politik vorrangig auf die Frage der Menschenrechte gelegt. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs begann jedoch auch für den Europarat eine neue Ära. Seine wesentliche Aufgabe bestand nun darin: „... ein politischer Anker und Hüter der Menschenrechte für die postkommunistischen Demokratien Europas zu sein und Erkenntnisse in Bereichen wie Menschenrechte, kommunale Demokratie, Erziehung, Kultur und Umwelt zur Verfügung zu stellen.“ (Becker 2008, → L 5.2.: 425 → T 2). Die Menschen sollten über entsprechende Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kompetenzen verfügen, die über Bildung vermittelt werden. Bereits 1978 hatte der Europarat zum Schutz der Menschenrechte erste bildungspolitische Überlegungen angestellt. Durch eine Empfehlung des Ministerrats 1985 (→ L 1.8.), sollten die Mitgliedsländer die Menschenrechtserziehung (Human Rights Education) stärker fördern. Unterstützt wurde dieser Gedanke durch eine Empfehlung der Parlamentarischen Versammlung zum Kampf gegen Rassismus, Xenophobie und Intoleranz (1993 → L 1.9.) und durch eine aktive Bildungs- und Jugendpolitik, die 1997 wiederum durch eine weitere Empfehlung zur Menschenrechtserziehung bekräftigt wurde (→ L 1.10.).

Diese Empfehlung des Europarats von 1997 beinhaltet u.a. die Forderung nach Curricula für Menschenrechtserziehung von der Grundschule bis zur Universität. Eine entsprechende Forderung wurde 1999 wiederholt und verschärft (→ L 1.11.). Für den Europarat ist Bildung ein Friedens- und Reformprojekt. „Dabei ist die Bildung allgemein gemeint (unter anderem als Menschenrechtsgrundsatz), vor allem aber diejenige Bildung, die Vielfalt und besonders das Recht und die demokratische Teilhabe (Partizipation) als Bedingung für Frieden in den Mittelpunkt stellt und thematisiert.“ (Becker 2008, → L 5.2.: 429 → T 2). Der Europarat teilte seine diesbezüglichen bildungspolitischen Aktivitäten zunächst in zwei bildungspolitische Querschnittsthemen: Die Menschenrechtserziehung (Human Rights Education – HRE) und die Bildung für ein demokratische Bürgerschaft (Education for Democratic Citizenship – EDC). Nachdem der Schwerpunkt zunächst auf der Menschenrechtserziehung lag, bahnt sich seit Ende 1997 eine Verschiebung dieses Schwerpunkts zur Citizenship-Education (EDC) an. Beide Bereiche werden seither als gemeinsame Aufgabe zusammengefasst, wobei EDC quasi zum zentralen Kerncurriculum wird.

Education for Democratic Citizenship (EDC) wird als „...common goal of education policies in Europe“ bezeichnet (Birzúa u.a. 2004, → L 1.3.: 10 → T 3). Mit dem „Year of Citizenship through Education“ 2005 rückt der Europarat die Citizenship Education endgültig ins Zentrum seiner Politik. Damit nimmt er eine Vorreiterrolle in Bezug auf Citizenship Education in Europa ein.

Das „Year of Citizenship through Education“ wurde im deutschen Sprachraum unterschiedlich übersetzt. Darauf hat Benedikt Widmaier bereits aufmerksam gemacht: „...2005 hatte der Europarat ein ‚Europäisches Jahr der Demokratieerziehung‘ (European Year of Citizenship through Education), in Österreich als ‚Europäisches Jahr der politischen Bildung‘ übersetzt (!), ausgerufen.“ (Widmaier 2008, → L 5.35.: 8). Widmaier hat dabei auch deutlich gemacht, dass mit

der unterschiedlichen Übersetzung auch konzeptionelle Unterschiede im Verständnis von Citizenship Education verbunden waren, die sich in den unterschiedlichen Konzepten von „politischer Bildung“ und „Demokratieerziehung“ bis heute manifestieren.

Das erste Projekt „Education for Democratic Citizenship“ des Europarats, das 1997 begann und zunächst eine Laufzeit von drei Jahren hatte, setzte Maßstäbe in Hinblick auf Perspektiven und Konzepte des Demokratie-Lernens. Citizenship bzw. Active Citizenship wird als Demokratie-Lernen verstanden und der Fokus liegt auf den „...Rechten und Pflichten der Bürgerinnen und Bürger und dem Ruf nach aktiver Mitwirkung (vor allem der jungen Menschen) in einer Zivilgesellschaft...“ (Dürr u.a. 2000, → L 1.15.: 7, → T 4). Der Projektbericht, der auch in einer von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg übersetzten und herausgegebenen deutschen Ausgabe vorliegt, beinhaltet Anregungen, Ideen, Methoden und praktische Ansätze, die für die zukünftige Richtung und Entwicklung des Demokratie-Lernens in Europa wichtig sind. Dabei werden alle Bereiche der Bildung also formale, non-formale und informale Bildung angesprochen. Der Bericht kann als eines der zentralen Dokumente der EDC des Europarats bezeichnet werden.

In den letzten Jahren wurden weitere Dokumente zur EDC veröffentlicht. Um nur einige zu nennen: „Reflections on the future of democracy in Europe“ (2005, → L 1.12.), „Revisiting youth political participation“ (2005, → L 1.16.) und das „Green Paper: The Future of Democracy in Europe: Trends, Analyses and Reforms“ (2004, → L 1.22.). Für die formale Bildung ist vor allem zu nennen: „The School: A Democratic Learning Community - The All-European Study on Pupils' Participation in School“ (2004, → L 1.14.).

Man sollte meinen, nachdem der Europarat im Jahr 2000 bereits einen Abschlussberichts vorgelegt hat, dass die praktische Umsetzung der EDC inzwischen weiter fortgeschritten ist. Das ist jedoch keineswegs der Fall. Vor allem in dem Bereich der non-formalen Bildung zeigen sich erhebliche Defizite im Hinblick auf die Implementierung in der Praxis, denn EDC setzte zunächst hauptsächlich an der formalen Bildung an (vgl. vor allem die All-European Study on Education for Democratic Citizenship Policies 2004, → L 1.3.: 27ff).

3.2. Definitionen von „Active Citizenship“ in Dokumenten des Europarats

Für „Citizenship“ und „Active Citizenship“ findet sich in den Dokumenten des Europarats keine einheitliche Definition oder Beschreibung. Wie oben unter Punkt 3.1. ausführlich, wird „Active Citizenship“-Education sowohl als Demokratielernen als auch als Menschenrechtserziehung verstanden. Dabei spielt zwar auch der Aspekt des lebenslangen Lernens eine Rolle (du Bois-Reymond 2003, → L 1.5: 6 → T 5). Im Vordergrund steht aber vor allem die Vorbereitung junger Menschen auf aktive Bürgerschaft. Durch entsprechende Angebote in der formalen und der non-formalen Bildung sollen junge Menschen auf gesellschaftliche und politische Teilnahme in der Demokratie vorbereitet werden.

Wie oben beschrieben hat der Europarat seit Ende der 1990er-Jahren maßgebliche Schritte für den Aufbau einer „Education for Democratic Citizenship“ eingeleitet. Das gilt auch im Hinblick auf die Frage, was unter „Active Citizenship“ verstanden werden kann/soll. Auch wenn der Europarat mit seiner Politik der EDC wegweisend für die Begriffsbildung war (vgl. dazu Punkt 2.0. dieser Expertise und O’Shea 2003 → L 1.18.), bleibt der Spielraum für inhaltliche Interpretationen groß. Schauen wir also auf einige Definitionsangebote:

In der Zusammenfassung, der vom Europarat ausgerichteten Konferenz „Making democratic institution work“ vom 17. -19. November 2004 in Barcelona,

heißt es: „...citizenship is the fundamental dimension of democracy. This basic aspect is important to always keep in mind with regard to all political institutions at all political levels: without citizens, there can be no democracy.“ (Eriksson 2005, → L. 1.12.: 99).

Fokussiert um den Begriff der „Demokratie“ beschreibt der Europarat die Rechte und Pflichten eines Bürgers: „Die zentrale Aufgabe aller pädagogischen und andragogischen Aktivitäten muss deshalb sein, heutige und zukünftige Bürger für ihre aktive Mitwirkung an und ihren Beitrag zur Gemeinschaft bei der Gestaltung ihrer Angelegenheiten und bei der Lösung ihrer Probleme zu befähigen. Demokratie ist nicht nur eine Regierungsform und ein politisches System, das darauf basiert, dass der Staatsbürger die ziemlich begrenzte Rolle des ‚Wählers‘ wahrnimmt. (...) Über diesen formalen Aspekt hinaus muss Demokratie auch als eine Form des Zusammenlebens in einer Gemeinschaft gesehen werden, eine Form, die nur dann sinnvoll wird, wenn aktiver Gebrauch von bestimmten Freiheitsrechten gemacht wird, wenn diese Freiheitsrechte in gleicher Weise von allen Bürgern in Anspruch genommen werden und wenn alle Bürger zur weiteren Entwicklung dieser Rechte beitragen.“ (Dürr u.a. 2000, → L 1.15.: 11, → T 4).

Bildung hat dabei die Aufgabe diese Rechte und Pflichten zu fördern und so eine aktive Staatsbürgerschaft bzw. die Demokratie voran zu treiben. Dabei geht der Europarat vom „...Ideal einer ‚aktiven Staatsbürgerschaft‘...“ aus (ebd., → L 1.15.: 11, → T 4). Weiter heißt es: „Bildungspraktiker und Politiker würden aber vermutlich darin übereinstimmen, dass noch immer in keiner Weise ein befriedigender Grad des Bewusstsein der europäischen Bürgerinnen und Bürger im Hinblick auf ihre Rechte und Pflichten in einer demokratischen Gesellschaft erreicht ist und dass Bildung folglich die Aufgabe haben müsse, den Einzelnen auf das Leben in einer demokratischen Gesellschaft vorzubereiten, indem sie

ihn dazu befähigt, seine Pflichten und seine Verantwortungen als Bürger wahrzunehmen.“ (ebd., → L 1.15.: 11, → T 4)

Insgesamt hat der Europarat nach dem „Year of Citizenship through Education“ 2005 das Projekt einer „Active Citizenship“ nicht mehr so intensiv weiter verfolgt, wie zuvor. Dies belegt die stark abnehmende Zahl der veröffentlichten Dokumente nach 2005.

Seither hat sich jedoch die Partnerschaft zwischen dem Europarat und der Europäischen Kommission im Bereich der Jugendpolitik dynamisch weiter entwickelt (vgl. dazu Schild 2009, in: → L 2.44.: 5). Diese strategische Partnerschaft bezieht sich auch auf das Feld der EDC, auf Citizenship im Allgemeinen und auf die Frage einer „Active Citizenship“ als Bildungsperspektive und Bildungsziel. Nach 2005 taucht somit die Europäische Kommission als neuer starker Player in der Debatte über Citizenship Education und Active Citizenship auf.

4. Die Europäische Union

4.1. Active Citizenship in der EU - Historischer Überblick

Die Europäische Union beschäftigt sich erst in den letzten Jahren ähnlich intensiv mit Fragen einer „Active Citizenship“ wie dies zuvor der Europarat tat. Die Anstöße dazu kamen hier vor allem aus der Debatte über Lebenslanges Lernen – also aus der non-formalen Bildung. Für die Union war dieser Aspekt des Lebenslangen Lernens auch mit dem Bildungsziel einer aktiven Partizipation der Bürger am zivilgesellschaftlichen, am politischen und damit auch am europäischen Leben verbunden. Sich auch mit „Active Citizenship“ zu beschäftigen lag also nah.

Im Vertrag von Amsterdam wurde 1997 zum ersten mal in einem wichtigen Vertragswerk von „aktiver Partizipation“ der Bürger und dem Ziel, dass die Europäische Union näher an den Bürger heran rücken muss, gesprochen (Europäische Kommission 1998, → L 2.25.: 4, → T 6). Zuvor hatte bereits das Weißbuch „Teaching and Learning: towards the Learning Society“ (European Commission 1995, → L 2.37) den Prozess und die Ideen einer aktiven Bürgerschaft auf Grundlage des lebenslangen Lernens beschrieben. Mit dem „Year of Lifelong Learning“ 1996 wurde deutlich, dass die EU dem lebenslange Lernen eine herausragende Bedeutung zumaß und damit rückte auch „Active Citizenship“ in den Fokus des Interesses.

In den darauf folgenden Jahren entwickelte sich die dann in der Lissaboner-Erklärung festgeschriebene Zielperspektive, die EU „...zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen,...“ (Rat der EU 2004, → L 2.43.: 8). Dabei sollte der formalen Bildung, aber auch der non-formalen Bildung im Rahmen lebenslangen Lernens eine zentrale Bedeutung zukommen. Deshalb ist das sogenannte „Memorandum über lebenslanges Lernen“ (Europäische Kommission 2000, → L 2.7) ein Schlüsseldokument für die Lissabon-Strategie, das „Weißbuch der Europäischen Kommission: Neuer Schwung für die Jugend in Europa“ (Europäische Kommission 2001, → L 2.13.) entsprechend für die Jugendarbeit und Jugendbildung.

Das hochgesteckte Ziel wird seit Anfang des neuen Jahrtausends durch vielfältige Aktivitäten begleitet, u.a. mit einer verstärkten wissenschaftlichen Politikberatung etwa bei der Beschreibung von Schlüsselkompetenzen. Im Februar 2001 einigten sich die Bildungsminister aller Mitgliedsländer der EU darauf, einheitliche Ziele für die Verbesserung der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung festzulegen. Der entsprechende Bericht „Die konkreten und künftigen

Ziele der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung“ (European Council 2001, → L 2.28.) wurde vom Europäischen Rat im März 2001 auf seiner Frühjahrstagung in Stockholm angenommen. Der Bericht nennt drei strategische Ziele (und 13 damit zusammenhängende Teilziele), welche die Entwicklung der Bildungspolitiken in den Mitgliedsstaaten bis 2010 leiten sollten:

- Erhöhung der Qualität und Wirksamkeit der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung in der EU;
- leichter Zugang zur allgemeinen und beruflichen Bildung für alle;
- Öffnung der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung gegenüber der Welt. (ebd. 2001, → L 2.28.: 8)

Zur Umsetzung dieser Ziele erarbeitete der EU-Bildungsministerrat ein „detailliertes Arbeitsprogramm“ (Bezeichnung ab März 2004: Arbeitsprogramm „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“), das im März 2002 vom Europäischen Rat in Barcelona gebilligt wurde. Seither erscheint jährlich ein Bericht über den aktuellen Stand der Umsetzung des Arbeitsprogramms (→ L 2.27 – L 2.34.).

In allen bis jetzt veröffentlichten sechs Berichten wird explizit auch „Active Citizenship“ als Bildungsziel genannt. Im Bericht von 2008 der Europäischen Kommission „Progress towards the Lisbon objectives in education and training, Indicators and Benchmarks“ (→ L 2.34.) beschäftigt sich das Kapitel fünf z.B. mit Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen. Dabei geht es hauptsächlich um die Messbarkeit von „Active Citizenship“ und „Civic Skills“ (ebd.: 111ff) (vgl. Widmaier 2011, → L 5.36.: 45ff, → T 10).

Der aktuellste Bericht von 2009, unterstreicht zu Beginn des Chapter III mit der Überschrift „Promoting equity, social cohesion and active citizenship“ die Wichtigkeit von Bildung im Zusammenhang mit „Active Citizenship“: „Education plays a central role for active citizenship. Recent research shows that increased edu-

cational attainment has a positive effect on active citizenship. Higher education attainment has by far the biggest effect.” (European Commission 2009, → L 2.27.: 73). Das Chapter III zeigt nicht nur die Vorgaben im Bildungsbereich für 2010, sondern gibt auch einen Ausblick auf die Ziele bis 2020 (vgl. ebd.: 73ff).

Zusätzlich wurden Arbeitsgruppen gebildet, die zu speziellen Forschungsfeldern arbeiten sollten. Eine Arbeitsgruppe sollte „Key Competences“ generieren, die sich auf Grundlage des Arbeitsprogramms für 2010 herauskristallisieren (European Commission 2004 → L 2.24). Auch unter diesen Schlüsselkompetenzen befindet sich wieder „Active Citizenship“: “The term ‘key competences’ has been defined to serve three different (although overlapping), aspects of life: personal fulfilment, social inclusion and active citizenship and employment.“ (ebd.: 11).

Neben den Dokumenten des „Arbeitsprogramms für allgemeine und berufliche Bildung 2010“ wurden auch weitere Dokumente zum lebenslangen Lernen veröffentlicht, die für den Kontext der „Active Citizenship“ wichtig sind. Chronologisch ist dabei vom „Memorandum über lebenslanges Lernen“ (Europäische Kommission 2000, → L 2.7.) auszugehen, in dem „Active Citizenship“ als das zentrale Bildungsziel neben „Employability“ (Beschäftigungsfähigkeit) genannt wird. Im Memorandum heißt es u.a.: „Bei der aktiven Staatsbürgerschaft geht es darum, ob und wie Menschen in allen Bereichen des sozialen und wirtschaftlichen Lebens teilhaben, es geht um die damit verbundenen Chancen und Risiken, und um die Frage, inwieweit sie das Gefühl entwickeln, zu der Gesellschaft, in der sie leben, dazu zu gehören und ein Mitspracherecht haben.“ (Europäische Kommission 2000, → L 2.7.: 5ff, → T 7).

Ein Jahr später wurde der Bericht über „Einen europäischen Raum des lebenslangen Lernens schaffen“ (Europäische Kommission 2001, → L 2.5.) veröffent-

licht. Hier werden u.a. auch mit Verweis auf aktive demokratische Bürgerschaft vier Ziele formuliert: „Insgesamt lässt sich ein Konsens über folgende vier allgemeine und komplementäre Ziele feststellen: persönliche Entfaltung, der aktive und demokratische Bürger, soziale Eingliederung und Beschäftigungs-/ Anpassungsfähigkeit.“ (ebd.: 9). Im Anhang des Dokuments befindet sich ein Glossar, in dem aktive und demokratische Bürgerschaft wie folgt definiert wird: „Die kulturelle, wirtschaftliche, politische/demokratische bzw. soziale Teilhabe von Bürgern an ihrer Gesellschaft und an ihrer Gemeinschaft.“ (ebd.: 32).

Im Sommer 2005 wurde ein weiteres wichtiges Dokument zum Lebenslangen Lernen mit dem Titel „Auf dem Weg zu einem Europäischen Qualifikationsrahmen für Lebenslanges Lernen“ veröffentlicht (→ L 2.4.). Die Schaffung eines Europäischen Qualifikationsrahmen (EQF) gilt seither als das zentrale bildungspolitische Ziel der EU, mit dem es möglich werden soll „...nationale und sektorale Qualifikationsrahmen untereinander zu verbinden und für mehr Transparenz auf europäischer Eben zu sorgen.“ (Europäische Kommission 2005, → L 2.4.: 8).

Ein weiterer Schritt in diese Richtung ist der „Vorschlag für eine Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates zu Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen“ (Europäische Kommission 2005, → L 2.12.), der Ende 2006 in die in Details noch einmal veränderte und weiterentwickelte „Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zu Schlüsselkompetenzen für lebensbegleitendes Lernen“ (Rat der Europäischen Union 2006, → L 2.42.) mündet. Dieses Dokument spricht von acht – gleichwertigen – Schlüsselkompetenzen, die wesentliche Bedeutung für die persönliche Entfaltung, die soziale Integration, die aktive Bürgerschaft und die Beschäftigungsfähigkeit des Einzelnen haben und damit Gegenstand des Lebenslangen Lernens sind:

- muttersprachliche Kompetenz,
- fremdsprachliche Kompetenz,
- mathematische und grundlegende naturwissenschaftlich-technische Kompetenz,
- Computerkompetenz,
- Lernkompetenz,
- Soziale Kompetenz und Bürgerkompetenz,
- Eigeninitiative und unternehmerische Kompetenz,
- Kulturbewusstsein und kulturelle Ausdrucksfähigkeit. (ebd.: 13)

Soziale Kompetenz und Bürgerkompetenz werden dabei wie folgt definiert: „Diese Kompetenzen umfassen personelle, interpersonelle sowie interkulturelle Kompetenzen und betreffen alle Formen von Verhalten, die es Personen ermöglichen, in effizienter und konstruktiver Weise am gesellschaftlichen und beruflichen Leben teilzuhaben, insbesondere in zunehmend heterogenen Gesellschaften, und gegebenenfalls Konflikte zu lösen. Die Bürgerkompetenz rüstet den Einzelnen dafür, ausgehend von der Kenntnis der gesellschaftlichen und politischen Konzepte und Strukturen und der Verpflichtung zu einer aktiven und demokratischen Beteiligung, umfassend am staatsbürgerlichen Leben teilzunehmen.“ (ebd.: 16)

Die Empfehlungen können zudem als Teil und inhaltliche Zielbeschreibung des späteren Europäischen Qualifikationsrahmen (EQF) bezeichnet werden. Der EQF verweist darauf, dass er diesen Empfehlungen Rechnung trägt (vgl. dazu EQF unter Punkt (8): <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2008:111:0001:0007:DE:PDF>).

In den letzten Jahren ist „Active Citizenship“ als Ziel der Bildung von Jugendlichen und jungen Erwachsene in den Fokus der Europäischen Union gerückt. José Pérez-Agote schreibt dazu: „One of the main objectives of Youth and Edu-

cation Programmes is the education of young people in European citizenship.” (Pérez-Agote 2009, → L 4.36.: 137).

Das Weißbuch der Europäischen Kommission „Neuer Schwung für die Jugend in Europa“ (Europäische Kommission 2001, → L 2.13.) kann hier als eines der Schlüsseldokumente für die Jugendarbeit und Jugendbildung gelten. Dort heißt es zur Frage einer „Active Citizenship“ wie folgt: „Bei der Mehrzahl der in diesem Weißbuch vorgeschlagenen Aktionen sind die Mitgliedsstaaten und die Regionen Europas gefordert. Auf ihnen liegt die Hauptlast der Umsetzung der Maßnahmen für die Jugend. Auf lokaler Ebene, auf der die Jugendlichen die durch ihr persönliches Engagement erzielten Ergebnisse konkret beurteilen können, kann eine aktive Staatsbürgerschaft erlernt werden.“ (ebd. 2001. → L 2.13.: 5). An anderer Stelle im Dokument wird die Forderung nach einer aktiven Staatsbürgerschaft noch konkreter: „Es geht darum, die Voraussetzung dafür zu schaffen, dass sich die jungen Europäer besser als solidarische, verantwortungsbewusste, aktive und tolerante Bürger in pluralistischen Gesellschaften behaupten können. Eine der wichtigsten gegenwärtigen, aber auch zukünftigen Herausforderung für unsere Gesellschaft besteht somit in einer verstärkten Einbeziehung der Jugend in die lokale, nationale und europäische Gemeinschaft und in der Förderung einer aktiven Staatsbürgerschaft.“ (ebd., → L 2.13.: 12f).

Die Partnerschaft zwischen dem Europarat und Europäische Kommission stärkt die Bemühung in Bereich der Jugendpolitik. Citizenship und damit auch „Active Citizenship“ wird auf diese Weise auf europäischer Ebene gemeinsam behandelt und als Ziel verfolgt. Ein praxisorientiertes Beispiel für eine erfolgreiche Zusammenarbeit ist etwa das sogenannte T-Kit No. 7 „Under Construction...Citizenship, Youth and Europe“ (2003, → L 1.23.). Das 106 Seiten umfassende Heft beschäftigt sich ausschließlich mit dem Thema „Citizenship“ und ist

als anregendes Material für Jugendarbeit und Jugendbildung zum Thema bestens geeignet.

Im Jahr 2009 wurde zum ersten Mal ein „Youth Report“ der Europäischen Kommission veröffentlicht. Dieser Report vereinigt Daten und Fakten, sowie Beschlüsse der europäischen Jugendpolitik in einem Dokument. Der „Youth Report“ stellt explizit Bezüge zum Weißbuch (Europäische Kommission 2001, → L 2.13.) her. Fragen der „Active Citizenship“ werden im Report in einem eigenen Kapitel behandelt (→ L 2.21.: 44 – 69), was noch einmal den hohen Stellenwert des Themas unterstreicht. Das Kapitel wird durch folgenden Satz eingeleitet: „Active citizenship of young people, (...), is a key component of the future of European Union. It is also a political priority at the European level.“ (ebd. → L 2.21.: 42). Im weiteren Verlauf wird Citizenship unter der Zwischenüberschrift wie folgt definiert:

„The term citizenship is used to express three different concepts which can be used simultaneously:

- what a citizen is, i.e. his or her status;
- what a citizen can or cannot do, i.e. in terms of rights and duties; and
- which activities a citizen undertakes, i.e. a set of practices that demonstrate his/ her membership of a society.“ (ebd.: 44).

Zeitgleich mit dem „Youth Report“ wurde eine Mitteilung der Europäischen Kommission mit dem Titel „Eine EU-Strategie für die Jugend – Investitionen und Empowerment. Eine neue offene Methode der Koordinierung, um auf die Herausforderungen und Chancen einzugehen, mit denen die Jugend konfrontiert ist“ veröffentlicht (European Commission 2009, → L 2.15., → T 8). In der Mitteilung heißt es: „Vorgeschlagen wird eine neue, verstärkte offene Methode der Koordinierung (OMK), die flexibler und in puncto Berichterstattung einfacher ist und die Verbindungen mit Politikbereichen stärkt, die innerhalb der Lissabon-

Strategie für Wachstum und Beschäftigung vom Europäischen Pakt für die Jugend abgedeckt sind. Im Rahmen eines sektorübergreifenden Ansatzes werden kurzfristige Maßnahmen in langfristige Bemühungen um das Empowerment junger Menschen eingebettet. Die Strategie würde günstige Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Jugend ihre Fähigkeiten entwickeln, ihr Potenzial ausschöpfen, eine Erwerbstätigkeit ausüben, aktiv an der Gesellschaft teilhaben und enger in das europäische Aufbauwerk einbezogen werden könnte. Junge Menschen stellen keine lästige Verantwortung dar, sondern im Gegenteil eine kritische Ressource für die Gesellschaft, die genutzt werden kann, um übergeordnete gesellschaftliche Ziele zu erreichen.“ (ebd. → L 2.15.: 2, → T 8).

Bisher keine Rolle spielt das Thema Active Citizenship dagegen in der neben der EU-Strategie für die Jugend zweiten aktuellen jugendpolitischen Initiative auf EU-Ebene, der Leitinitiative „Jugend in Bewegung“ im Rahmen der Strategie Europa 2020. Diese Europa 2020-Strategie, in der es um die Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise durch intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum geht, richtet „Jugend in Bewegung“ sein Augenmerk fast ausschließlich auf die Bildung und Beschäftigung junger Menschen. Aktive Bürgerschaft wird zwar nicht bewusst ausklammert, spielt in diesem Zusammenhang jedoch keine erkennbare Rolle und der Begriff taucht in keinem der beiden Dokumente auf.

Vor diesem Hintergrund ist nicht absehbar, wie die Entwicklung auf europäischer Ebene weiter verlaufen und welchen Stellenwert dabei Active Citizenship als jugend- wie bildungspolitisches Ziel einnehmen wird.

4.2. Das Centre for Research on Lifelong Learning (CRELL)

2005 gründete die Europäische Kommission ein eigenes Forschungsinstitut, das sich mit Fragen des lebenslangen Lernens beschäftigen sollte, das Center

for Research on Lifelong Learning (CRELL). CRELL wurde in Kooperation zwischen dem European Commission's Directorate General for Education and Culture und dem Directorate General Joint Research Centre gegründet. Es hat seinen Sitz in Ispra am Lago Maggiore in Italien. Anstoß war vor allem das Arbeitsprogramm „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“ in dem die Europäische Kommission fordert:

- “To re-evaluate the coherence and scientific value of the current set of indicators and benchmarks;
- To develop indicators in key areas which currently lack them;
- In some cases to gather new data from which to build indicators;
- To cooperate with other international organizations to satisfy data needs;
- To build the capacity to undertake large-scale studies and assessments within Europe.” (CRELL, Work Programm 2006 - 2007, → L 3.5.: 3)

CRELL soll (1) Forschung im Bereich des Lebenslangen Lernen (basierend auf Indikatoren und Benchmarks) betreiben und (2) eine damit verbundene Unterstützung der Ziele der Kommission im Feld der allgemeinen und beruflichen Bildung gewährleisten (CRELL Work Program 2006 - 2007, → L 3.5.: 4 u. 6).

Innerhalb des Forschungsinstituts CRELL wurde 2005 in Kooperation mit dem Europarat das Forschungsprojekt „Active Citizenship for Democracy“ ins Leben gerufen. Dort arbeiten Wissenschaftler/innen und Experten/innen aus den Bereichen Bildung, Politikwissenschaft und Soziologie interdisziplinär in einem internationalen Team zusammen (Hoskins 2006, → L 3.9.: 4). Zentrales Ziel der Forschungen war die Entwicklung eines sogenannten „Active Citizenship Composite Indicators“. Es sollten Indikatoren gefunden werden, mit denen Stand und Entwicklung von „Aktiver Bürgerschaft“ gemessen werden und zwischen den europäischen Ländern verglichen werden können. Die dafür notwendigen empirischen Daten wurden nicht eigens erhoben, sondern CRELL bediente sich

der vorliegenden Daten aus dem European Social Survey von 2002 (→ L 4.14.). Eine Zusammenfassung der Ergebnisse kommt zu der lapidaren (und diskussionswürdigen) Feststellung: „The results showed that active citizenship rates were the highest in North Europe followed by West Europe, South and East Europe gained much lower results.“ (<http://active-citizenship.jrc.it/>, vgl. dazu auch → L 3.3. u. L 3.11.)

Von deutscher Seite hat Herman Josef Abs vom Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) in Frankfurt im internationalen Forscherteam von CRELL mitgearbeitet. Zusammen mit seinem niederländischen Kollegen ist er u.a. Autor des Dokuments „Indicators on Active Citizenship for Democracy – the social, cultural and economic domain“ (2006 → L 3.2.).

Vor allem 2006 wurden einige Expertisen und Dokumente von CRELL zu unserem Thema veröffentlicht. Einen guten Überblick über den zeitlichen und systematischen Ablauf der Forschungen und Aktivitäten sowie das Interesse am Thema „Active Citizenship“, gibt Bryony Hoskins in „Draft Framework for Indicators on Active Citizenship“ (2006, → L 3.7.).

Zwei Dokumente sind besonders hervorzuheben: Das oben bereits genannte und beschriebene Dokument „Measuring Active Citizenship in Europe“ (Hoskins u.a. 2006, → L 3.11.) und das 2008 erschienene Dokument „Measuring Civic Competences in Europe“ (Barber u.a. 2008, → L 3.3., vgl. dazu insgesamt auch: Widmaier 2011, → L 5.36, → T 10). Das zweite Dokument, das auf dem von 2006 aufbaut, greift die Frage auf „...what were the learning outcomes required for an individual to become an active citizen?“ (ebd. 2008, → L 3.3.: 11). Ziel der Studie ist es „...exploring the learning outcomes – referred to in this paper as civic competence – the knowledge, skills, attitudes and values needed to enable individuals to become an active citizen.“ (ebd. 2008, L 3.3.: 11). Auch

dafür werden Indikatoren gebildet und erhoben, um einheitlich Parameter für einen europäischen Vergleich zu bekommen.

Für die Bildung solcher Indikatoren ist die Datenlage nicht unerheblich. Bryony Hoskins schreibt dazu: „In the process of developing indicators there has to be a balance between ideal indicators and data availability. One task (...) is indeed to support the collection of new data in the field of active citizenship, but in many cases it will be necessary to work with existing data. (...) To ensure that the required data is collected in the future, it will be necessary to establish which areas are not covered by existing surveys, and thereafter to insert the appropriate question into surveys.” (ebd. 2006, → L 3.7.: 10).

CRELL spielt für die Diskussion über „Active Citizenship“ in Europa eine wichtige federführende Rolle. Das Institut ist nicht nur am „Arbeitsprogramm für allgemeine und berufliche Bildung 2010“ beteiligt und stellt seine Expertise zum Beispiel für den Progress Report 2009 „Progress towards the Lisbon objectives in education and training - Indicators and Benchmarks“ (→ L 2.27.) zur Verfügung. CRELL hat auch die zurzeit politisch maßgebliche Arbeitsdefinition von „Active Citizenship“ für die Europäische Kommission entwickelt.

4.3. Definition von „Active Citizenship“ der Europäischen Union

Bryony Hoskins, die das Forscherteam von CRELL koordiniert hat bereits 2006 eine Definition von „Active Citizenship“ vorgeschlagen, die später für die weiteren Studien von CRELL übernommen wurde:

„In order to understand which indicators would be relevant to the topic of active citizenship it is necessary that we define the field. The definitions and indicators chosen in the course of the project are based on the principle that countries within the European Union have a climate where active citizenship

is possible, i.e. there exist sufficiently developed and effective democratic institutions and mechanism for the protection of human rights and freedom.” (Hoskins 2006, → L 3.7.: 4).

Aufbauend darauf folgt die Definition von „Active Citizenship“, die für uns von ausgesprochen zentraler Bedeutung ist:

„Participation in civil society, community and/or political life, characterised by mutual respect and non-violence and in accordance with human rights and democracy.” (ebd.: → L 3.7.:4, → T 9)

„Active Citizenship“ wird hier in einem umfassenden Sinn als gesellschaftliche Partizipation in der Gemeinschaft, im politischen Leben und der Zivilgemeinschaft verstanden und es wird nicht ausdrücklich oder gar ausschließlich auf politische Partizipation fokussiert. Vor allem der Respekt vor den Menschenrechten, vor der Demokratie und der Gewaltlosigkeit werden hervorgehoben. Folgerichtig heißt es im Dokument weiter:

„The limits of ‘active citizenship’ are set by ethical boundaries. Activities in which persons participate should support the community and should not contravene principles of human rights and the rule of law. Participations on extremist groups that promote intolerance and violence should therefore not be included in this definition of active citizenship” (ebd. 2006, → L 3.7: 4, → T 9).

4.4. Jugendpolitische Perspektive

Mit der oben beschriebenen Arbeitsdefinition lässt sich „Active Citizenship“ zwar leichter fassen und in der Praxis besser operationalisieren. Eine kritische Auseinandersetzung sowohl mit der Art der Themenbearbeitung als auch mit den

Ergebnissen erscheint jedoch unerlässlich. Vor allem die jugendpolitische Relevanz ist zu prüfen.

Hierfür hat der aktuelle „Youth Report“ von 2009 sicher eine herausragende Bedeutung (European Commission 2009 → L 2.21.). Er hat zwei wichtige Ziele: „First, it is to support the new youth cooperation framework by collecting much of the available statistics and data on the situation of young people. Second, it responds to the obligation for evidence-based policy making, i.e. to base all efforts to address young people’s challenges and improve their situation on clear evidence.” (ebd.: 1).

2010 werden erste Ergebnisse der aktuellen Studie „IEA’s International Study on Civic Education“ erwartet. Die Studie wurde erstmals 1999 in 28 Ländern durchgeführt. Dabei wurden 14-jährige Jugendliche zum Stand ihres Wissens über Politik und ihre Bereitschaft zur Partizipation befragt (Amadeo u.a. 1999, → L 4.1. sowie Oesterreich → 4.35. und → 5.25.). CRELL hat diese Daten für die Studie „Measuring Civic Competences in Europe“ genutzt (vgl. Barber u.a. 2008, → L 3.3. und Widmaier 2011, → L 5.36.: 45ff, → T 10). Die Forscher versprechen sich deshalb von einer Neuauflage der „Study on Active Citizenship“ neues Datenmaterial, mit dem ggf. auch die Indikatoren weiter entwickelt und die Forschung voran getrieben werden könnte (Hoskins. 2006, → L 3.7: 1).

5. Vorläufiges Fazit

Mit der vorliegenden Expertise wird die europäische Debatte über „Citizenship“ und „Active Citizenship“ einfürend beschrieben. Darüber hinaus werden Dokumente des Europarats und Europäischen Union zum Thema zum ersten Mal systematisch erfasst. Für den „Forscher-Praktiker-Dialog für Internationale Ju-

gendarbeit“ als Auftraggeber soll damit eine möglichst umfassende Handreichung für den zukünftigen Fachdiskurs zum Thema vorgelegt werden.

Zum Abschluss sollen in einem vorläufigen Fazit Ergebnisse zusammengefasst und weiterführende Denkanstöße gegeben werden.

Sprachlich besteht weithin keine Klarheit, obwohl sich die Vertretern der Bildungsministern der Mitgliedsstaaten bereits Ende des letzten Jahrtausends darum bemüht haben (Vgl. Chisholm 2004, → L 5.7.: 78). Schon aus den Titeln der beiden zentralen Studien von CRELL „Measuring Active Citizenship in Europe“ (Hoskins u.a. 2006, → L 3.11.) und „Measuring Civic Competences in Europe“ (Barber u.a. 2008, → L 3.3., vgl. auch Widmaier 2011, → L 5.36.: 45ff, → T 10) wird deutlich, dass zunächst von „Active Citizenship“, später aber – in Anlehnung an das Dokument „Schlüsselkompetenzen für lebensbegleitendes Lernen“ (Rat der Europäische Union →L 2.42.) - von „Civic Competences“ gesprochen wird. Nach wie vor bleibt unklar, ob damit auch ein politischer Perspektivwechsel verbunden ist?

Wie in Kapitel 2.0. angemerkt, ist eine einheitliche Begrifflichkeit auf europäischer Ebene sehr wichtig. Nur durch einen einheitlichen Sprachgebrauch gehen Sinnverluste bzw. Sinnzusammenhänge nicht verloren. Der Aspekt der Sprache könnte auch didaktisch interessant sein, um „Citizenship“ stärker als Thema in der Internationalen Jugendarbeit einzuführen.

Politik- und Wahlverdrossenheit sind bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen weit verbreitet. Nach dem 2009 zum ersten Mal erschienenen Youth Report engagierten sich europaweit 5 % der 19 – 26jährigen jungen Erwachsenen als Mitglieder in politischen Parteien, dagegen 49 % im Sportverein (vgl. Youth Report 2009 → L 2.16.: 45). Welche Folgen das für eine von der Jugend mit ge-

tragene Zivilgesellschaft und Demokratie hat, kann hier nicht weiter diskutiert werden. Dass jedoch die Entwicklung praxisorientierter Konzepte von „Active Citizenship“ auf das zivilgesellschaftliche und politische Engagement von Jugendlichen einwirken kann, scheint unbestritten. Deshalb sollten mehr praxisorientierte „Active Citizenship“-Projekte entwickelt werden.

Was ist nun „Active Citizenship“? Die Europäische Union hat durch die Arbeitsdefinition eine (vermeintlich?) klare Vorstellung dessen, was „Active Citizenship“ ist (vgl. S. 31). Der Europarat tut sich dagegen schwer eine genaue Definition festzulegen. Doch ist es damit getan „Active Citizenship“ zu definieren? Was bedeutet dies für die Praxis?

Die Auswertung der Literatur zu Citizenship, Citizenship Education und Active Citizenship verschafft einen guten Überblick im Hinblick auf die Ambivalenz dieser Begriffe: Dahinter steht ein ausgesprochen vielfältiges disparates Konzept, das entsprechend vielfältig in die Praxis umgesetzt wird. Es entsteht der Eindruck, dass „Active Citizenship“ zunächst ein idealtypisches theoretisches Konzept ist. Infolgedessen gibt es zahlreiche theoretischen Ansätze und Überlegungen und es gibt Indikatoren, die „Active Citizenship“ in der Gesellschaft messen sollen. Aber es gibt kein Konsens im Hinblick auf eine politische konzeptionelle oder pädagogisch konzeptionelle Ausrichtung.

Wenn von „Active Citizenship“ gesprochen wird, wird vor allem das Ideal eines europäischen Bürgers beschrieben, der im Rahmen der ihm zur Verfügung stehenden Kompetenzen aktiv an der Zivilgesellschaft und dem politischen System partizipiert. Im Blick auf die praktische Umsetzung von „Active Citizenship“ stellt sich allerdings die zentrale Frage, wie der Bürger für mehr Partizipation an der Politik und der Zivilgesellschaft aktiviert und sensibilisiert werden kann?

Genau diese Frage sollte eigentlich im Zentrum des Konzepts „Active Citizenship“ stehen. Eine entsprechende Aktivierung und Sensibilisierung sollte im Schulalter beginnen. Die formale Bildung sollte den Schüler/innen Menschenrechte und einen demokratischen Habitus vermitteln. Neben der formalen Bildung ist die non-formale Bildung wichtig. Lebenslanges Lernen ist für „Active Citizenship“ unentbehrlich, und diese Herausforderung kann nur durch die non-formale Bildung bewerkstelligt werden.

Die Umsetzung von „Active Citizenship“ als europäisches Bildungsziel wird noch ihre Zeit brauchen. Doch wenn die beiden großen Institutionen, Europarat und Europäische Kommission, ihre Anstrengungen für die Forschung über „Active Citizenship“ weiterhin bündeln, dann kann das Konzept auch in die Praxis umgesetzt und in Europa verbreitet werden.

II. Literaturreport

1. Europarat – Education for Democratic Citizenship (EDC)

Das EDC Projekt des Europarats geht weit in die 90er-Jahre des letzten Jahrhunderts zurück. Höhepunkt der Aktivitäten des Europarats war das „European Year of Citizenship through Education 2005“. Das sogenannte „Glossar zur demokratiepolitischen Bildung“ (Vgl. → L 1.18.) von Karen O’Shea ist 2003 vom Österreichischen Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur in einer deutsch/englischen Ausgabe erschienen. Es eignet sich deshalb gut als Einstieg in die Thematik.

In der Arbeitsgruppe des Europarats vertrat der Europareferent der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Karlheinz Dürr, die Bundesrepublik Deutschland. Die Landeszentrale hat eines der maßgeblichen Dokumente (Vgl. → L 1.15.) in deutscher Übersetzung herausgegeben

1.1. Hauptseite des Europarats zu „Education for Democratic Citizenship“ (EDC)

In Englisch: http://www.coe.int/t/dg4/education/edc/default_EN.asp
(28.10.2010)

1.2. Birzúa, César (2000): Education for Democratic Citizenship: A Lifelong Learning Perspective, ed. by the Council of Europe, Strasbourg, 88 p.

In Englisch: http://www.coe.int/t/dg4/education/edc/Source/Pdf/Documents/2000_21_Birzea_Lifelong_perspective.PDF (28.10.2010)

Das Dokument fasst die Ergebnisse des EDC Projekt zusammen und bezieht sie auf aktuelle Entwicklungen, Probleme der modernen Gesellschaft und formuliert Empfehlungen für ein weiteres Vorgehen.

1.3. Birzúa, César; Froumin, Isak; Kerr, David; Losito, Bruno; Mikkelsen, Rolf; Pol, Milan; Sardoc, Mitja (2004): All-European Study on Education for Democratic Citizenship Policies, ed. by the Council of Europe Strasbourg, 94 p.

In Englisch:
http://www.coe.int/t/dg4/education/edc/Source/Pdf/Documents/2004_12_Complete_All-EuropeanStudyEDCPolicies_En.PDF
(28.10.2010)

Der Stellenwert und die Bedeutung der formalen politischen Bildung in europäischen Ländern werden hier vergleichend dargestellt.

- 1.4. Dolejsiova, Ditta; Lopez Garcia, Angel Miguel (2009): Challenges for citizenship, citizenship education and democratic practice in Europe, Directorate of Youth and Sport, Council of Europe, Strasbourg, 199 p.

In Englisch: http://youth-partnership.coe.int/youth-partnership/documents/EKCYP/Youth_Policy/docs/Citizenship/Research/European_citizenship_book.pdf (28.10.2010)

Das Buch umfasst eine Sammlung von Autorenbeiträgen die sich mit dem Thema Citizenship, Citizenship Education und democratic practice befassen. Die Einleitung eignet sich hervorragend, um einen Überblick über aktueller Dokumente im Bereich von Citizenship in Europa zu bekommen.

- 1.5. du Bois-Reymond, Manuela (2003): Study on the links between formal and non-formal education, ed. by the Council of Europe, Strasbourg, 25 p.

In Englisch: http://www.coe.int/t/dg4/youth/Source/Resources/Documents/2003_links_formal_NFE_en.pdf (28.10.2010)

Formale Bildung benötigt die non-formale Bildung für „active learners“ in Europa, dies ist die Hauptthese der Studie. Durch die non-formale Bildung wird eine aktive Partizipation auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene erst möglich.

- 1.6. Council of Europe (2008): Have your say! Manual on the revised European Charter on the Participation of Young People in Local and Regional Life, ed. by the Council of Europe, Strasbourg, 141 p.

In Englisch: http://book.coe.int/EN/ficheouvrage.php?PAGEID=36&produit_aliasid=2303lang=EN (28.10.2010)

Ein Buch über die verschiedenen Aspekte von Jugendpartizipation. Definitionen, Faktoren und Anleitungen zur aktiven Partizipation auf europäischer Ebene werden diskutiert.

- 1.7. Council of Europe (2003): Kongress der Gemeinden und Regionen Europas - Revidierung Europäischer Charta der Beteiligung der Jugend am Leben der Gemeinde und der Region (21. Mai 2003), Straßburg, 36 S.

In Deutsch: http://www.coe.int/t/dg4/youth/Source/Coe_youth/Participation/COE_charter_participation_de.pdf (28.10.2010)

2003 wurde der 10. Jahrestag „Der Charta der Mitwirkung der Jugend am Leben der Gemeinden und Regionen“ mit einer Konferenz in Krakau begangen. Auf der Konferenz wurde die „Krakauer Erklärung“ verabschiedet, diese unterstreicht, dass Jugendliche Bürger ihrer Wohngemeinden und –region sind und ihnen deswegen alle Rechte zur Mitwirkung und Mitgestal-

tung in der Gesellschaft offen stehen. Der vorliegende Bericht ist die erneuerte Fassung der Charta.

- 1.8. Council of Europe (1985): Committee of Ministers: Recommendation (85) 7, Teaching and learning about human rights in schools, Strasbourg, 3 p.

In Englisch: <https://wcd.coe.int/com.instranet.InstraServlet?command=com.instranet.CmdBlobGet&InstranetImage=605110&SecMode=1&DocId=686454&Usage=2> (28.10.2010)

Das Dokument beinhaltet Empfehlung zur Pädagogik der Menschenrechte in der formalen Bildung.

- 1.9. Council of Europe (1993): Parliamentary Assembly of the Council of Europe: Recommendation 1222 on the fight against racism, xenophobia and intolerance, Strasbourg.

In Englisch: <http://assembly.coe.int//main.asp?link=http://assembly.coe.int/documents/adoptedtext/TA93/EREC1222.HTM> (28.10.2010)

In dem Dokument positioniert sich der Europarat gegen Rassismus, Xenophobie und Intoleranz in Europa.

- 1.10. Council of Europe (1997): Parliamentary Assembly of the Council of Europe: Recommendation 1346 on human rights education, Strasbourg.

In Englisch: <http://assembly.coe.int/main.asp?Link=/documents/adoptedtext/ta97/erec1346.htm> (28.10.2010)

Umfassendes Dokument des Europarats über die Einhaltung von Menschenrechten.

- 1.11. Council of Europe (1999): Parliamentary Assembly of the Council of Europe: Recommendation 1401 (1999) on education in the responsibilities of the individual, Strasbourg.

In Englisch: <http://assembly.coe.int/Main.asp?link=/Documents/AdoptedText/ta99/EREC1401.htm> (28.05.2010)

Erneuerung und Ergänzung zu dem 1993 erschienenen Dokument „Recommendation 1222 on the fight against racism, xenophobia and intolerance“ und dem 1997 erschienenen Dokument „Recommendation 1346 on human rights education“.

- 1.12. Council of Europe/ Directorate General of Political Affairs (2005): Reflections on the Future of Democracy in Europe - Contributions to The Future of Democracy in Europe Conference Project on “Making democratic insti-

tution work” 17-19 November 2004 Barcelona, ed. by the Council of Europe, Strasbourg, 164 p.

In Englisch: http://www.coe.int/t/dgap/democracy/Activities/Key-Texts/03_Summaries_of_all_Publications/Reflexions_Publication_en.pdf
(28.10.2010)

Die Reflexion fasst die Hauptbeiträge der Konferenz “Making democratic institution work” vom 17. -19. November 2004 in Barcelona zusammen. Es kann als eine Ergänzung zu dem Green Paper des Europarats: „The Future of Democracy in Europe: Trends, Analyses and Reforms“ (Vgl. → L 1.22.) verstanden werden. Der Schwerpunkt der Konferenz liegt, wie auch im Green Paper, auf dem aktuellen Stand von Demokratie und auf einer aktiven Bürgerschaft.

- 1.13. Council of Europe (2008): Youth Forum Jeunesse: Policy Paper on Non-Formal Education - A framework for indicating and assuring quality, COMEM 0009-08-FINAL, Castelldefels, 12 p.

In Englisch: http://www.youthforum.org/fr/system/files/yfj_public/strategic_priorities/en/0009-08_NFE_FINAL.pdf (28.10.2010)

90 nationale Jugendparlamente und Jugend-NGO's vereinigt das Jugendforum und bietet so eine Plattform für jugendrelevante Themen. Das Policy Paper versucht einen umfassenden Rahmen für eine europäische non-formalen Bildung zu beschreiben.

- 1.14. Dürr, Karlheinz (2004): The School: A Democratic Learning Community - The All-European Study on Pupils' Participation in School, ed. by the Council of Europe, Strasbourg, 57 p.

In Englisch:
http://www.coe.int/t/dg4/education/edc/Source/Pdf/Documents/2003_23_All-EuropStudyChildrenParticipation_En.PDF (28.10.2010)

Die Publikation enthält viele Grafiken und Karikaturen und bereitet die Materie so gut auf. Sie zeigt auch gut, wie sich die internationale und die deutsche Debatte (über Demokratie-Lernen und/oder Politische Bildung) wechselseitig beeinflusst haben und welchen Einfluss deutsche Demokratiepädagogen (vor allem Gerhard Himmelmann) auf die Arbeit des Europarats hatten.

- 1.15. Dürr, Karlheinz, Spaji-Vrkas, Vedrana, Ferreira Martins, Isabel (2000): Project on "Education for Democratic Citizenship" - Strategies for Learning Democratic Citizenship, ed. by the Council of Europe, Strasbourg, 76 p.

In Englisch: http://www.coe.int/t/dg4/education/edc/Source/Pdf/Documents/2000_16_Strategies4LearningEDC.pdf (28.10.2010)

deutsche Übersetzung der Landeszentrale für
politische Bildung Baden-Württemberg:

http://www.schule.at/dl/Demokratie-Lernen_in_Europa_Text.pdf
(28.10.2010)

Der Projektbericht, der auch in deutscher Ausgabe vorliegt, beinhaltet Ideen, Methoden und Ansätze die für eine zukünftige Richtung und Entwicklung des Demokratie-Lernens in Europa wichtig sind bzw. wichtig werden können. Dieser Bericht kann als das Schlüsseldokument des Europarats im Bereich Education for Democratic Citizenship angesehen werden.

- 1.16. Forbrig, Joerg (2005): Revisiting youth political participation - Challenges for research and democratic practice in Europe, ed. by the Council of Europe, Strasbourg, 192 p.

In Englisch: http://youth-partnership-eu.coe.int/youth-partnership/documents/EKCYP/Youth_Policy/docs/Citizenship/Research/Revisiting_youth_politica.pdf (28.05.2010)

Bietet einen interdisziplinären Überblick der konzeptionellen, historischen, soziologischen und institutionellen Analyse junger Menschen und ihre demokratische Beteiligung im heutigen Europa.

- 1.17. Minister/innen Komitee (2002): Education for Democratic Citizenship 2001-2004 – Empfehlung Nr. 12/2002 des Minister/innen-Komitees an die Mitgliedsländer zur demokratischen Bildung, DGIV/EDU/CIT (2002) 38 All., 7 S.

In Deutsch:

http://www.coe.int/t/dg4/education/edc/Source/Pdf/Documents/By_Country/Germany/%282002%29%2038%20All.PDF (28.10.2010)

Die Empfehlung beinhaltet die allgemeine Haltung zur demokratischen Bildung des Europarats und das weitere Vorgehen für die Jahre 2002 – 2004.

- 1.18. O'Shea, Karen (2003): A Glossary of terms for Education for Democratic Citizenship - Developing a shared understanding, ed. by the Council of Europe, Strasbourg, 20 S.

deutsch/englische Ausgabe des Österreichischen Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur:

http://www.bmukk.gv.at/medienpool/12944/glossar_dpb.pdf (28.10.2010)

Das zweisprachige Glossar macht deutlich, welche Rolle Sprache bei der internationalen Verständigung über Ziele und Aufgaben der politischen Bildung spielt. Durch Sprache und Übersetzung werden im Einzelfall auch inhaltliche Differenzen deutlich. So wurde das European Year of Citizenship through Education in Österreich mit Jahr der Politischen Bildung in Deutschland (von der Kultusministerkonferenz) mit Jahr der Demokratieerziehung übersetzt.

- 1.19. Partchett, Lawrence; Lowndes, Vivien (2004): Developing Democracy in Europe - An analytical summary of the Council of Europe's acquis, ed. by the Council of Europe, Strasbourg, 110 p.

In Englisch zu bestellen unter: http://book.coe.int/EN/ficheouvrage.php?PAGEID=36&lang=EN&produit_aliasid=1833 28.10.2010

Dieses Buch analysiert den Kontext und die Aktivitäten des Europarats im Hinblick auf die Stärkung von demokratischen Institutionen in Europa.

- 1.20. Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland - Auftaktkonferenz für das Europäische Jahr der Demokratieerziehung Sofia, Bulgarien, 13.-14. Dezember 2004 – Schlusskommuniqué und Aktionsplan, DGIV/EDU/CAHCIT (2004) 20, 11 S.

In Deutsch: <http://www.bpb.de/files/EQ2PY4.pdf> (28.10.2010)

Das Kommuniqué beinhaltet zum einen die Stellungnahme der Kultusminister aller Länder zum Jahr der Demokratieerziehung und zum anderen beinhaltet der Anhang des Dokuments, einen Aktionsplan des Europarats, für das weitere Vorgehen der Mitgliedsländer im Bereich der Demokratieerziehung bis zum „Jahr der Demokratieerziehung“ 2005.

- 1.21. Siurala, Lasse (2004): A European framework for youth policy, ed. by the Council of Europe, Strasbourg, 56 p.

In Englisch:

http://www.pedocs.de/volltexte/2009/1028/pdf/Siurala_A_European_Diskurs_2007_4_D.pdf (28.05.2010)

Abschlussstudie über den Rahmen der Jugendpolitik des Europarats. Baut auf sechs Konferenzen auf, die seit 1985 abgehalten wurden. Grafiken veranschaulichen die Kompetenzen, die ein/e aktive/r Bürger/in benötigt.

- 1.22. Schmitter, Philippe C.; Trechsel, Alexander H. (2004): The Future of Democracy in Europe: Trends, Analyses and Reforms. A Green Paper for the Council of Europe, Strasbourg, 125 p.

In Englisch zu bestellen unter: http://book.coe.int/EN/ficheouvrage.php?PAGEID=36&lang=EN&produit_aliasid=1832 (28.10.2010)

Das Greenpaper des Europarats gibt einen aktuellen Stand der Demokratie in Europa wieder. Politikverdrossenheit, Globalisierung und Transparenz der Entscheidung von Demokratieträgern stehen dabei im Zentrum.

- 1.23. Under Construction...Citizenship (2003); Youth and Europe, T-Kit No. 7, ed. by the Council of Europe, Strasbourg, 103 p.

Liegt in englischer/ deutscher/ französischer/ portugiesischer/ polnischen/ italienischer/ ungarischen/ estnischen/ rumänischer und griechischer Fassung vor: http://youth-partnership.coe.int/youth-partnership/publications/T-kits/T_kits (28.10.2010)

Das T-Kit gibt einen umfassenden Überblick über den Begriff der europäischen Bürgerschaft. Zusätzlich geben praktische Übungen eine Handreichung für eine „aktive“ Bürgerschaft in Europa.

2. Europäische Union/Europäische Kommission

Die Europäische Kommission beschäftigt sich seit Ende der 90er-Jahre mit dem Thema „Active Citizenship“. Für die non-formale Politische Bildung und das Lebenslange Lernen – also das in Deutschland traditionell als außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung bezeichnete Arbeitsfeld – ist das „Memorandum über Lebenslanges Lernen“ (→ L 2.7.) ein Schlüsseldokument. Hier werden wichtige begriffliche Weichen gestellt.

- 2.1. Hauptseite der Europäische Kommission, Generaldirektorat Bildung und Kultur, Learning Active Citizenship

In Deutsch:

http://ec.europa.eu/dgs/education_culture/index_de.htm (28.10.2010)

- 2.2. Europäische Kommission (2003): Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“; Begleitdokument zum gemeinsamen Zwischenbericht über die Maßnahmen im Rahmen des detaillierten Arbeitsprogramms zur Umsetzung der Ziele der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung in Europa KOM (2003) 685 endgültig, SEK (2003) 1250, Brüssel, 94 S.

In Deutsch: http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc/policy/staff-work_de.pdf (28.10.2010)

In Englisch: http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc/policy/staff-work_en.pdf (28.10.2010)

Das Dokument befasst sich mit den Maßnahmen und der Umsetzungen der allgemeinen und beruflichen Bildung in Europa. Sämtliche inhaltlichen Details die das Programm betreffen, sowie das Vorgehen der EU in diesem Bereich werden erläutert. Das Arbeitsdokument ist als Fortsetzung des „Entwurfes eines gemeinsamen Zwischenberichts des Rates und der Kommission über die Maßnahmen im Rahmen des detaillierten Arbeitsprogramms zur Umsetzung der Ziele der Systeme der allgemeine und berufliche Bildung in Europa: „Allgemeine und berufliche Bildung 2010 – Die Dringlichkeit von Reformen für den Erfolg der Lissabon-Strategie“ (vgl. → L 2.43.), zu verstehen.

- 2.3. Europäische Kommission (2007): Arbeitspapier der Kommissionsdienststellen Schulen für das 21. Jahrhundert, SEC(2007) 1009, Brüssel, 14 S.

Erklärung dazu:

http://ec.europa.eu/education/school21/index_de.html (28.05.2010)

In Deutsch:

http://ec.europa.eu/education/school21/consultdoc_de.pdf (28.05.2010)

Das Arbeitspapier ist als Grundlage zu verstehen auf der neue Ideen und Methoden für die formale Bildung in der Europäischen Union entwickelt werden sollen. Persönliche Entfaltung, soziale Integration und Beschäftigungsfähigkeit werden als Schlüsselkompetenz für aktive Bürger gefordert. Die Schule soll dazu ihren Beitrag leisten.

- 2.4. Europäische Kommission (2005): Arbeitsunterlagen der Kommissionsstellen: Auf dem Weg zu einem Europäischen Qualifikationsrahmen für lebenslanges Lernen, SEK(2005)957 vom 07.07.2005, Brüssel, 42 S.

In Deutsch: http://ec.europa.eu/education/policies/2010/doc/_consultation_eqf_de.pdf (28.05.2010)

In dem Arbeitspapier werden die Hauptmerkmale eines möglichen künftigen Europäischen Qualifikationsrahmens für Lebenslanges Lernen vorgestellt. Das Papier basiert auf freiwilliger Basis und ist nicht verpflichtend. Es beinhaltet Überlegungen, Definitionen und Hinweise, wie mit lebenslangem Lernen auf europäischer Ebene umgegangen werden kann.

- 2.5. Europäische Kommission/Generaldirektion Bildung und Kultur (2001): Einen Europäischen Raum des lebenslangen Lernens schaffen, KOM(2001) 678, Brüssel, 53 S.

In Deutsch: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2001:0678:FIN:DE:PDF> (28.05.2010)

Lebenslanges Lernen wird von der Kommission als ein Schlüsselement von Lissabon verstanden. Diese Mitteilung ist ein Beitrag zum Aufbau eines europäischen Raums für lebenslanges Lernen. Die Forderung nach einem aktiven Bürger wird als eines von vier Zielen genannt.

- 2.6. Europäische Kommission (2010): Europa 2020 – Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, KOM(2010) vom 3.3.2010, Brüssel, 40 S.

Hauptseite: http://ec.europa.eu/eu2020/index_de.htm (28.10.2010)

In Deutsch:

<http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/COMPLET%20%20DE%20SG-2010-80021-06-00-DE-TRA-00.pdf> (28.10.2010)

In Englisch:

<http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/COMPLET%20EN%20BARROSO%20%200%20007%20-%20Europe%202020%20-%20EN%20version.pdf>
(28.10.2010)

Das im März 2010 erschiene Dokument der Kommission „skizziert eine Vision der europäischen sozialen Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts.“ Im Jahr 2010 werden die Grundlagen für das Wachstum für 2020 festgelegt.

- 2.7. Europäische Kommission (2000): Memorandum über lebenslanges Lernen, SEK (2000) 30.10.2000, Brüssel, 43 S.

In Deutsch: <http://www.bologna-berlin2003.de/pdf/MemorandumDe.pdf> (28.10.2010)

In Englisch: <http://www.bologna-berlin2003.de/pdf/MemorandumEng.pdf> (28.10.2010)

Das Memorandum ist einer der Schlüsseltex te für die Weiterbildung. Hier werden u.a. zum ersten Mal „Employability“ (Beschäftigungsfähigkeit) und „Active Citizenship“ (Aktive Bürgerschaft) als wichtigste Zielkategorien des Lebenslangen Lebens beschrieben. Außerdem werden die Begriffe formale, non-formale und informelle Bildung eingeführt, die inzwischen auch in der deutschen Bildungsdebatte geläufig sind.

- 2.8. Europäische Kommission (2004): Mitteilung der Kommission – Aktive Bürgerschaft konkret verwirklichen: Förderung der europäischen Kultur und Vielfalt durch Programme im Bereich Jugend, Bürgerbeteiligung, Kultur und audiovisuelle Medien, KOM(2004) 154, Brüssel, 24 S.

In Deutsch: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2004:0154:FIN:DE:PDF> (28.10.2010)

In anderen Sprachen: http://eur-lex.europa.eu/smartapi/cgi/sga_doc?smartapi!celexplus!prod!DocNumber&lg=en&type_doc=COMfinal&an_doc=2004&nu_doc=154 (28.10.2010)

Diese Mitteilung fordert inhaltlich, wie der Titel schon wiedergibt, Programme im Bereich Jugend, Bürgerbeteiligung, Kultur und audiovisuelle Medien, um eine „europäische Identität“ in den Mitgliedsländern zu fördern.

- 2.9. Europäische Kommission (2007): Mitteilung an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und dem Ausschuss der Regionen: Chancen, Zugangsmöglichkeiten und Solidarität: eine neue gesellschaftliche Vision für das Europa des 21. Jahrhundert, KOM (2007) 726, Brüssel, 11 S.

In Deutsch: http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2007/com2007_0726de01.pdf (28.10.2010)

Wie können Wohlstand, Lebensqualität und die gemeinsamen Werte der Bürger Europas in der heutigen Welt am besten vorangebracht werden? Diese Frage steht im Zentrum der Mitteilung, die über Wege, Ideen und Möglichkeiten für eine Europäische Union des 21. Jahrhunderts informiert.

- 2.10. Europäische Kommission (2010): Mitteilung an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und dem Ausschuss der Regionen: „Jugend in Bewegung“ – Eine Initiative zur Freisetzung des Potentials junger Menschen, um in der Europäischen Union intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum zu erzielen, KOM (2010) 477, Brüssel, 22 S.

In Deutsch:

http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/Youth_in_movement_com_de.pdf
(28.10.2010)

In Englisch:

http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/Youth_in_movement_com_en.pdf
(28.10.2010)

Angelegt an das Dokument „Europa 2020“ (→ L 2.6.) wird hier, das Programm „Jugend in Bewegung“ vorgestellt. Das Programm fordert junge Menschen in der Europäischen Union dazu auf, zum intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstum der Union beizutragen.

- 2.11. Europäische Kommission (2008): Mitteilung an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und dem Ausschuss der Regionen: Ein aktualisierter strategischer Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung, KOM (2008) 865, Brüssel, 18 S.

Einleitend dazu: http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc28_de.htm (28.10.2010)

In Deutsch: http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc/com865_de.pdf (28.10.2010)

In diese Mitteilung fließen die Ergebnisse einer Konsultation der Mitgliedsstaaten ein, die im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung durchgeführt wurden. Die Ergebnisse wurden in drei Bereiche zusammengefasst, u.a. den Bereich „Gerechtigkeit und aktiven Bürgersinn fördern“. Die Ziele sollen spätestens bis 2020 umgesetzt werden.

- 2.12. Europäische Kommission (2005): Vorschlag für eine Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates zu Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen KOM(2005) 548, Brüssel, 22 S.

In Englisch: http://ec.europa.eu/education/policies/2010/doc/keyrec_en.pdf (28.10.2010)

In Deutsch: http://ec.europa.eu/education/policies/2010/doc/keyrec_de.pdf (28.10.2010)

Das Dokument beinhaltet eine frühere, von der Kommission ursprünglich als Vorschlag vorgelegte Fassung des Referenzrahmens für lebenslanges Lernen. Die endgültig verabschiedete Fassung ist die „Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zu Schlüsselkompetenzen für lebensbegleitendes Lernen“ (Vgl. → 2.42.).

- 2.13. Europäische Kommission (2001): Weißbuch der Europäischen Kommission - Neuer Schwung für die Jugend Europas, Brüssel, 88 S.

In Deutsch: http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2001/com2001_0681de01.pdf (28.10.2010)

Das Weißbuch gilt als das Schlüsseldokument in der Vorbereitungsphase des Aktionsprogramms JUGEND der EU. Aktive Bürgerschaft als Ziel der europäischen Jugendpolitik spielt hier eine vorrangige und herausragende Rolle.

- 2.14. European Citizens' Consultations (2009): What can the EU do to shape our economic and social future in a globalised world? Results of the European Citizens' Consultations 2009, Brussels, 17 p.

Hauptseite: <http://www.european-citizens-consultations.eu/> (28.10.2010)

Bericht in Englisch: http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/ECC2009_Final_Report_ECS_KBF.pdf (28.10.2010)

Das Projekt, unterstützt von der Europäischen Kommission, bringt Bürger aus den 27 Mitgliedsländern der EU auf 27 Konferenzen zusammen. Ziel war es Mängel und Probleme der EU in allen Bereichen des öffentlichen Zusammenlebens aufzudecken.

- 2.15. European Commission (2009): Commission staff working document accompanying the Communication from the Commission: "An EU Strategy for Youth – Investing and Empowering" - Analysis of national reports concerning the implementation of the common objectives for a greater understanding and knowledge of youth, SEC (2009) 548 (27.4.2009) Brussels, 17 p.

Hintergründe dazu in Englisch: http://ec.europa.eu/youth/news/news1458_en.htm (28.10.2010)

In Englisch: http://ec.europa.eu/youth/news/doc/new_strategy/staff_working_paper_250209_better_knowledge.pdf (28.10.2010)

In Deutsch: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0200:FIN:DE:PDF> (28.10.2010)

Das Arbeitsdokument der Europäischen Kommission beinhaltet die Analyse der nationalen Berichte der Mitgliedsstaaten, bezüglich des Verständnisses einer gemeinsamen Zielsetzung für die Jugend. Das Dokument ist als Handreichung zum Youth Report 2009 (→ 2.21.) zu verstehen.

- 2.16. European Commission (2009): Communication from the Commission "An EU Strategy for Youth – Investing and Empowering. A renewed open method of coordination to address youth challenges and opportunities", COM (2009) 200 (27.4.2009) Brussels, 14 p.

In Englisch: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0200:FIN:EN:PDF> (28.10.2010)

In Deutsch: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0200:FIN:DE:PDF> (28.10.2010)

Die Mitteilung der Kommission ist eine Aufforderung zu einer neuen Strategie in dem Bereich der Jugendpolitik in Europa. Dafür fordert die Kommission eine neue offene Methode der Koordinierung. Zusätzlich formuliert die Kommission in acht Aktionsbereichen - Bildung, Beschäftigung, Kreativität und unternehmerische Initiativen, Gesundheit und Sport, Partizipation, Soziale Integration, Freiwilligentätigkeit und Jugend und die Welt - neue Ziele, die die nächsten Jahre in den Fokus der Jugendpolitik gerückt werden sollen. Aktive Staatsbürgerschaft ist einer von drei Bereichen, die besonders gefördert werden.

- 2.17. European Commission (2009): Communication from the Commission to the European Parliament, The Council, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions: Key competences for a changing world – Draft 2010 joint progress report of the Council and the Commission on the implementation of the "Education & Training 2010 work programme", COM (2009) 640 final, 25.11.2009, Brussels, 12 p.

Hauptseite: http://ec.europa.eu/education/news/news1969_en.htm
(28.10.2010)

In Englisch: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0640:FIN:EN:PDF> (28.10.2010)

In Deutsch: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0640:FIN:DE:PDF> (28.10.2010)

Umfassende Analyse des Fortschritts im Programm der allgemeinen und beruflichen Bildung im Zeitraum 2007-2009. Dafür werden die festgelegten Indikatoren und Benchmarks, sowie die nationalen Berichte herangezogen. Zudem gibt das Dokument einen Ausblick auf die Ziele für 2020.

- 2.18. European Commission (2009): European Research on Youth – Supporting young people to participate fully in society. Directorate-General for Research Socio-economic Sciences and Humanities, Brussels, 80 p.

In Englisch: http://ec.europa.eu/research/social-sciences/pdf/policy-review-youth_en.pdf (28.10.2010)

Der Fokus dieses Dokument sind Jugendliche und ihre Möglichkeiten in das Arbeitsleben einzusteigen, ihre Strategien für die soziale Inklusion und ihre Partizipationsmöglichkeiten als Bürger in einer Gemeinschaft.

- 2.19. European Commission (2007): EU Research on Social Science and Humanities Jamieson, Lynn: Orientations of Young Men and Women to Citizenship and European Identity – Youth and European Identity, Brussels, 154 p.

In Englisch: <http://cordis.europa.eu/documents/documentlibrary/100123871EN6.pdf> (28.10.2010)

Der Bericht hat zum Ziel herauszufinden welche Ursachen dazu führen, dass junge Erwachsene eine europäische Identität ausbilden und sich als europäischer Bürger fühlen. Dafür wurden aus sechs europäischen Ländern: Österreich, Deutschland, Spanien, England, Tschechische Republik und Slowenien junge Erwachsene im Alter von 18-24 Jahren in Interviews befragt.

- 2.20. European Commission (2009): EU Youth Policies: Frequently Asked Questions, Brussels, 5 p.

In Englisch:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/09/204&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>
(28.10.2010)

Zehn allgemeine Fragen werden zu der Jugendpolitik der Europäischen Union gestellt. Die Fragen sind eine Ergänzung zum Youth Report 2009.

- 2.21. European Commission (2009): EU Youth Report, SEC (2009) Brussels, 100 p.

In Englisch: http://www.jugendpolitikineuropa.de/downloads/22-177-635/youth_report_final.pdf (28.10.2010)

Erklärung dazu: <http://www.jugendpolitikeneuropa.de/the-men/jugendforschung/news-559.html> (28.10.2010)

Erster Jugendbericht der Europäischen Kommission. Vereinigt zum ersten mal Daten und Fakten, sowie Beschlüsse der europäischen Jugendpolitik in einem Dokument. Der Bericht soll zukünftig alle drei Jahre neu aufgelegt werden. Explizit wird auf Active Citizenship auf den Seiten 44 – 69 eingegangen.

- 2.22. European Commission (2009): Evaluation of the European Commission framework for cooperation in youth policy – A Report to DG EAC under the Framework Contract on Evaluation, Impact Assessments and Related Services, Brussels, 24 p.

In Englisch: [http://ec.europa.eu/youth/news/doc/new_strategy/cooperation_report_client_version_270209_\(2\)_final.pdf](http://ec.europa.eu/youth/news/doc/new_strategy/cooperation_report_client_version_270209_(2)_final.pdf) (28.10.2010)

Die Evaluation beinhaltet eine Auswahl an Ergebnisse im Bereich der Jugendpolitik auf europäischer Ebene. Zudem werden alle Ziele der Jugendpolitik und die zu Verfügung stehenden Instrumente noch einmal auf den Punkt gebracht. Active Citizenship (S. 14) ist neben Partizipation herausragendes Thema. Die Evaluation gehört mit zum Youth Report 2009.

- 2.23. European Commission/DG of Justice, Freedom and Security (2004, 2007, 2010): Niessen, Jan; Huddelston, Thomas; Schibel, Yongmi: Handbook on Integration for policy-makers and practitioners, in drei Versionen 2004, 2007 und 2010.

In Englisch erste Version 2004:

http://www.migpolgroup.com/publications_detail.php?id=6 (28.10.2010)

In Englisch zweite Version 2007:

http://www.migpolgroup.com/public/docs/17.IntegrationHandbookII_EN_05_07.pdf (28.10.2010)

In Englisch dritte Version 2010: http://www.migpolgroup.com/public/docs/173%20Integration%20Handbook%20III%2015%202004%202010_EN.pdf (28.10.2010)

Die erste Ausgabe des Handbuches war ein wichtiger Teil der ersten Ministerkonferenz in Groningen im Jahr 2004 zum Thema Integration. In dem Handbuch werden allgemeine Grundprinzipien zur Integration festgelegt.

Die zweite Ausgabe wurde auf einem informellen Ministertreffen in Potsdam 2007 vorgestellt. Durch Schlussfolgerungen des Rates haben die na-

tionalen Regierungen die Entwicklung und Verbreitung des Handbuchs, einschließlich der Übersetzung in alle Amtssprachen der Union gebilligt.

Die dritte Ausgabe des "Handbuch für Integration" umfasst eine Sammlung von „good practice“ Beispielen im Bereich der Integration von Immigranten in ganz Europa. Diese Beispiele werden in einem größeren Kontext im Bereich der europäischen Integration behandelt.

- 2.24. European Commission (2004): Implementation of „Education and Training 2010“ Work Program. Working Group B “Key Competences” Progress Report November 2004, Brussels, 52 p.

In Englisch: <http://www.acecau.org/files//documentos/ Programas%20de%20Posgrado/DescriptoriosDublin.pdf> (28.10.2010)

Die Working Group B „Key Competences“ gehört zu dem Programm „Education and Training 2010“ der Europäischen Kommission, welches dem Arbeitsprogramm „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“ angegliedert ist. Der Arbeitsbericht 2004 nennt drei „Key competences“: personal fulfilment, social inclusion and active citizenship and employment.

- 2.25. European Commission (1998): Learning for Active Citizenship - A Significant Challenge in building a Europe of Knowledge, Foreword by Edith Cresson, Brussels, 20 p.

In Englisch: http://ec.europa.eu/education/archive/citizen/citiz_en.html (28.10.2010)

Der Projektbericht des DG XXII Aktions-Programms gibt einen Überblick über die Ideen, die Aktivitäten und die Ressourcen im Bereich des Lernens für eine aktive Bürgerschaft. Das Projekt war in fünf Einzelprojekte unterteilt, die in fünf Ländern der EU gefördert wurden. Ziel der Studie war es Möglichkeiten und Trainings-Programme aufzuzeigen, die eine Basis für die Stärkung einer aktiven Bürgerschaft beinhalten.

- 2.26. European Commission (2001): Making a European Area of Lifelong Learning a Reality, COM (2001) 678, 21.11.2001, Brussels, 42 p.

In Englisch: <http://www.bologna-berlin2003.de/pdf/MitteilungEng.pdf> (28.10.2010)

Das Dokument unterstreicht die im „Memorandum über lebenslanges Lernen“ (→ 2.7.) erwähnten Ziele: „Employability“ und „Active Citizenship“ und erweitert diese um zwei weitere Ziele: „Personal Fulfilment“ und „Social Inclusion“. Im Anhang des Dokuments (Annex II: Glossary) findet sich eine Sammlung und Erklärung von den wichtigsten Begriffen, die im Kontext von „Lebenslangem Lernen“ wichtig sind.

- 2.27. European Commission (2009): Progress towards the Lisbon objectives in education and training, Indicators and Benchmarks, SEC (2009) 1616, Brussels, 181 p.

In Englisch: http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc/report09/report_en.pdf (verwendet am 28.10.2010)

Am 12. Februar 2001 einigten sich die Minister für Bildung aller Mitgliedsländer der EU darauf, einheitliche Ziele für die Verbesserung der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung festzulegen. Der entsprechende Bericht „Die konkreten und künftigen Ziele der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung“ wurde vom Europäischen Rat im März 2001 auf seiner Frühjahrstagung in Stockholm angenommen. Er nennt drei strategische Ziele (und 13 damit zusammenhängende Teilziele), welche die Entwicklung der Bildungspolitiken in den Mitgliedsstaaten bis 2010 leiten sollten: Erhöhung der Qualität und Wirksamkeit der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung in der EU, leichter Zugang zur allgemeinen und beruflichen Bildung für alle, Öffnung der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung gegenüber der Welt. Zur Umsetzung dieser Ziele erarbeitete der EU-Bildungsministerrat ein „detailliertes Arbeitsprogramm“ (Bezeichnung ab März 2004: Arbeitsprogramm „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“), das im März 2002 vom Europäischen Rat in Barcelona gebilligt wurde. Der vorliegende Bericht ist der sechste Report, der die Leistungen im Bereich Bildung und Ausbildung in der Europäischen Union erforscht. In allen sechs Berichten wird explizit „Active Citizenship“ genannt, doch es gehört nicht zu den Hauptzielen. Die folgenden Punkte (→ 2.27. – → 2.34.) sind die Literaturverweise auf die aufeinander aufbauenden Berichte, sowie die zwei aufbauenden vorherigen Berichte des Europäischen Rates.

- 2.28. European Council (2001): The concrete future objectives of education and training system. Report from the Education council to the European Council, 5680/01 EDUC 18, Brussels, 17 p.

In Englisch: <http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/01/st05/st05680.en01.pdf> (28.10.2010)

In Deutsch: <http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/01/st05/st05680.de01.pdf> (28.10.2010)

- 2.29. European Council (2002): Detailed work programme on the follow-up of the objectives of education and training systems in Europe. 14 June 2002 (OJ C 142), 22 p.

In Englisch: http://eur-lex.europa.eu/pri/en/oj/dat/2002/c_142/c_14220020614en00010022.pdf (28.10.2010)

- 2.30. European Commission (2004): Progress towards the Lisbon objectives in education and training, Indicators and Benchmarks SEC (2004) 73, Brussels, 114 p.

In Englisch: http://www.bmbf.de/pub/indicators_and_benchmarks.pdf (28.10.2010)

- 2.31. European Commission (2005): Progress towards the Lisbon objectives in education and training, 2005 Report, SEC (2005) 419, Brussels, 135 p.

In Englisch: http://digm.meb.gov.tr/belge/EU_edu2010_progressreport05.pdf (28.10.2010)

- 2.32. European Commission (2006): Progress towards the Lisbon objectives in education and training, Report based on Indicators and Benchmarks, 2006 Report, SEC (2006) 639, Brussels, 50 p.

In Englisch: <http://ec.europa.eu/education/policies/2010/doc/progressreport06.pdf> (28.10.2010)

- 2.33. European Commission (2007): Progress towards the Lisbon objectives in education and training, Indicators and Benchmarks, SEC (2007) 1284, Brussels, 196 p.

In Englisch: http://ec.europa.eu/education/policies/2010/doc/progress06/report_en.pdf (28.10.2010)

- 2.34. European Commission (2008): Progress towards the Lisbon objectives in education and training, Indicators and Benchmarks, SEC (2008) 2293, Brussels, 232 p.

In Englisch: http://ec.europa.eu/education/policies/2010/doc/progress08/report_en.pdf (28.10.2010)

- 2.35. European Commission (2009): Results of the online public consultation in the youth field – A Report to DG EAC under the Framework Contract on Evaluation, Impact Assessment and Related Services, Brussels, 74 p.

In Englisch: http://ec.europa.eu/youth/news/doc/new_strategy/youth_consultation_report_client_version_27029_final.pdf (28.10.2010)

Am 22. September 2008 eröffnete die Europäische Kommission für zwei Monate eine Online-Befragung im Bereich der Jugendpolitik. Ziel war es herauszubekommen welche Kooperation im Bereich der Jugendpolitik ausgeführt wurde zu den Themen: Bildung, Beschäftigung, Soziale Themen, Bürgerschaft, Wissen über EU Maßnahmen, Jugend und die Europäische Union. Der Bericht fasst diese Online-Befragung zusammen und wertet sie mit übersichtlichen Tabellen aus.

- 2.36. European Commission/Directorate-General Education and Culture (2007): Study on Active Citizenship Education - Final Report submitted by GHK, Brussels, 154 p.

In Englisch: <http://ec.europa.eu/education/doc/reports/doc/citizensedu.pdf> (28.10.2010)

Eine Zusammenfassung von 57 Projekten und 10 Fallstudien, durchgeführt in 33 Ländern (EU, Beitrittskandidaten der EU, EFTA und EEA Länder). Die Materie wird mit Daten und Tabellen veranschaulicht und schafft so einen umfassenden Überblick über die Aktivitäten und Bemühungen im Bereich Active Citizenship Education in Europa.

- 2.37. European Commission (1995): White Paper on Education and Training: Teaching and Learning – Towards the Learning Society, Brussels, 70 p.

In Englisch: http://europa.eu/documents/comm/white_papers/pdf/com95_590_en.pdf (28.10.2010)

In Deutsch: <http://ec.europa.eu/education/doc/official/keydoc/lb-de.pdf> (28.10.2010)

Auf der Grundlage dieses Weißbuches wurde für 1996 ein europäisches „Year of Lifelong Learning“ ausgerufen. Das Weißbuch betont die Bedeutung von Bildung und Weiterbildung für alle Bürger in der Europäischen Union: In Zeiten des gesellschaftlichen Wandels und des ökonomischen und technologischen Fortschritts ist es wichtig, die Bürger durch Bildung und Weiterbildung an diesem Prozess teilhaben zu lassen.

- 2.38. Eurostat (2009): Youth in Europe – A statistical portrait, Luxembourg, 191 p.

In Englisch: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-78-09-920/EN/KS-78-09-920-EN.PDF (28.10.2010)

Aufbauend auf dem „Youth Report“ (Vgl. → 2.21.), der im Frühjahr 2009 veröffentlicht wurde, beinhaltet dieses statistische Porträt, weitere Daten und Fakten zu der Situation von Jugendlichen in Europa. Active Citizenship wird hierbei ein eigenes Kapitel gewidmet.

- 2.39. EURYDICE (2005): Citizenship Education at School in Europe, Brussels, 91 p.

Hintergründe zu EURYDICE:

http://eacea.ec.europa.eu/eurydice/ressources/eurydice/pdf/0_integral/055_EN.pdf (28.10.2010)

In verschiedenen Sprachen: <http://eacea.ec.europa.eu/eurydice/portal/page/portal/Eurydice/showPresentation?pubid=055DE> (28.10.2010)

EURYDICE ist ein Netzwerk von 31 Ländern, welches die Zusammenarbeit im Bereich des lebenslangen Lernens erleichtern soll. Hauptaufgabe ist es vergleichende Studien über die Bildungssysteme der 31 Länder bereitzustellen und damit Probleme in diesem Bereich auf internationaler Ebene zu lösen. Die hier betrachtete Studie analysiert wie das Thema Citizenship Education („Bürgerschafts-Erziehung“, e.Ü.) in Schulen gelehrt wird. Der Fokus der Studie liegt darauf, welchen Beitrag Bildung auf den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft durch die Förderung einer aktiven Bürgerschaft hat.

- 2.40. Holford, John, van der Veen, Ruud (2003): Lifelong Learning, Governance and Active Citizenship in Europe. Final report, (EU Research on Social Sciences and Humanities ed. by the European Commission), Luxembourg, 152 p.

In Englisch: ftp://ftp.cordis.europa.eu/pub/citizens/docs/hpse-ct-1999-00012etgace_eur21533final.pdf (28.10.2010)

Das Projekt „Education and Training for Governance and Active Citizenship in Europe“ (ETGACE) versucht eine wissenschaftliche Basis für eine pädagogische Intervention zu finden, die den Bürgern der Europäischen Union hilft, aktiv ihre Zukunft zu gestalten bzw. an ihr zu partizipieren. Die Studie analysiert, wie erwachsene Bürger eine aktive Bürgerschaft gelernt haben und welche Faktoren der formalen, non-formalen und informalen Bildung dabei eine Rolle spielen. Das Projekt sammelt dafür aus sechs Ländern (England, Belgien, Niederlande, Finnland, Slowenien, Spanien) mit partizipatorischen Methoden vergleichbare Daten.

- 2.41. Rat der Europäischen Union (2005): Entwurf einer Entschließung des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten über Maßnahmen zur Berücksichtigung der Anliegen Jugendlicher in Europa – Umsetzung des Europäischen Pakts für die Jugend und Förderung eines aktiven Bürgersinns, Brüssel, 6 S.

In Deutsch: <http://www.jugendpolitikineuropa.de/downloads/22-177-294/PaktDE05.DOC> (28.10.2010)

siehe zur Erklärung: <http://www.jugendpolitikineuropa.de/europzusammen/pakt/news-232.html> (28.10.2010)

Entwurf des Rates der Europäischen Union für die Umsetzung des Europäischen Pakts der Jugend und Förderung eines aktiven Bürgersinns in Europa. Ergänzend zum Weißbuch der Europäischen Kommission 2001 „Neuer Schwung für die Jugend Europas“ (→ 2.13.).

- 2.42. Rat der Europäischen Union/Europäisches Parlament (2006): Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zu Schlüsselkompetenzen für lebensbegleitendes Lernen, Brüssel, 19 S.

In Deutsch: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2006:394:0010:0018:DE:PDF> (28.10.2010)

In Englisch: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2006:394:0010:0018:EN:PDF> (28.10.2010)

Die nur neunseitige Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates beinhaltet zusammenfassende Überlegung zum lebenslangen Lernen der Europäischen Union. Die Empfehlung beinhaltet einen Referenzrahmen, der acht Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen umfasst. Darunter auch die soziale Kompetenz und Bürgerkompetenz, die eine aktive Beteiligung des Bürgers beschreibt.

- 2.43. Rat der Europäischen Union (2004): Entwurf eines gemeinsamen Zwischenberichts des Rates und der Kommission über die Maßnahmen im Rahmen des detaillierten Arbeitsprogramms zur Umsetzung der Ziele der Systeme der allgemeine und berufliche Bildung in Europa: „Allgemeine und berufliche Bildung 2010“ – Die Dringlichkeit von Reformen für den Erfolg der Lissabon-Strategie, KOM (2003) 685, Brüssel, 42 S.

Erklärung dazu: http://europa.eu/legislation_summaries/education_training_youth/general_framework/c11071_de.htm (28.10.2010)

In Deutsch: http://www.bmbf.de/pub/allgemeine_und_berufliche_bildung_2010.pdf (28.10.2010)

In Lissabon im März 2000 wurde das Ziel vom Europäischen Rat formuliert „die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen - einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“. Dazu wurden 13 konkrete und 3 allgemeine Ziele formuliert, diese waren: Qualität, Zugänglichkeit und Öffnung gegenüber der Welt. Der Zwischenbericht gibt Auskunft über dieses ehrgeizige Ziel im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung.

- 2.44. Youth Partnership (2009): COYOTE No. 14 Participation, Council of Europe and European Commission, Strasbourg, 76 p.

Hintergründe zu COYOTE: <http://youth-partnership.coe.int/export/sites/default/youth-partnership/documents/Publications/Coyote/8/coyote.pdf>
(28.10.2010)

In Englisch: http://youth-partnership.coe.int/export/sites/default/youth-partnership/documents/Publications/Coyote/14/Coyote_14.pdf
(28.10.2010)

COYOTE ist ein Magazin welches zweimal im Jahr erscheint und sich mit den Themen Youth, Training und Europa beschäftigt. Thema des 14ten Heft ist Partizipation. Das Thema wird aus institutioneller, „good practice“, sowie einer allgemeinen Perspektive behandelt. Seite 5 gibt einen guten Überblick darüber, wie die Partnerschaft im Bereich Jugend zwischen Europarat und Europäische Kommission zustande gekommen ist.

3. Centre for Research on Lifelong Learning (CRELL) der Europäische Union:

Das internationale Forschungszentrum in Ispra am Lago Maggiore ist eine „nachgeordnete Behörde“ der Europäischen Kommission. Dort ist unter Federführung von Bryony Hoskins in den vergangenen Jahren vor allem an der Entwicklung von Indikatoren für „Aktive Bürgerschaft“ gearbeitet worden.

3.1. CRELL Hauptseite zum Forschungsprojekt: Active citizenship for democracy

http://crell.jrc.ec.europa.eu/WP/research_projects.htm (28.10.2010)

3.2. Abs, Hermann Josef; Veldhuis, Ruud (2006): Indicators on Active Citizenship for Democracy – the social, cultural and economic domain, CRELL Paper, Ispra, 87 p.

http://crell.jrc.ec.europa.eu/ActiveCitizenship/Conference/03_AbsVeldhuis.pdf (28.10.2010)

Hermann Josef Abs vom Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) in Frankfurt hat im Forscherteam die Bundesrepublik Deutschland vertreten. Abs hat u.a. auch das in der Politischen Bildung viel diskutierte BLK Projekt „Demokratie Lernen und Leben“ evaluiert. Der Bericht beinhaltet Daten und statistische Erhebungen für den Aufbau von Kombinations-Indikatoren für das Verhalten der aktiven Bürgerschaft.

3.3. Barber, Carolyn; Hoskins, Bryony; Van Nijlen, Daniel; Villalba, Ernesto (2008): Measuring Civic Competences in Europe – A composite Indicator based on IEA Civic Education Study 1999 for 14 years old in School, Ispra, 134 p.

In Englisch: http://active-citizenship.jrc.it/Documents/active%20citizenship/BryonyCCI_JRC42904_final.pdf (28.10.2010)

Hauptseite: <http://active-citizenship.jrc.it/> (28.10.2010)

Das Dokument beinhaltet „Civic Competence Composite Indicator“ die dafür da sind zu untersuchen, wie „civic competences“ messbar gemacht werden können. Die Indikatoren bilden einen Rahmen für die vier Dimensionen: Citizenship values, Social justice, Participatory attitude und Cognitions about democratic institutions. Als Basis sind die Daten von der IEA Civic Education Study 1999 genommen worden (→ 4.1.).

- 3.4. Campbell, JoAnn; d’Hombres, Béatrice; Hoskins, Bryony (2008): Does Formal Education have an Impact on Active Citizenship Behaviour?, Ispra, 27 p.

In Englisch: <http://crell.jrc.ec.europa.eu/activecitizenship/impact%20final%20final%20bh%20bd%20jc%20eu%20reportsyslog.pdf>
(28.10.2010)

Wie beeinflusst formale Bildung Active Citizenship? Die Antwort ist, dass formale Bildung einen positiven Einfluss auf Active Citizenship hat. Doch in den abschließenden Bemerkungen wird deutlich, dass weitere Forschungen von Nöten sind.

- 3.5. CRELL: Work program July 2006 – 2007, Ispra, 18 p.

Zur Einführung: <http://crell.jrc.ec.europa.eu/WP/workprogramme.htm> (28.10.2010)

In Englisch: <http://crell.jrc.ec.europa.eu/WP/Workprogramme%202006-07.doc> (28.10.2010)

CRELL: Work program 2007 – 2009, Ispra, 7 p.

In Englisch: http://crell.jrc.ec.europa.eu/WP/CRELL3WPsh_web.doc (28.10.2010)

Die Arbeitsprogramme legen die Aktivitäten von CRELL in den Jahren 2006 bis 2009 fest.

- 3.6. Holford, John; Patulny, Roger; Sturgis, Patrick (2006): Indicators of Non-formal & Informal Educational Contributions to Active Citizenship, A Paper Prepared for the European Commission, University of Surrey, Surrey, 39 p.

In Englisch: http://crell.jrc.ec.europa.eu/ActiveCitizenship/Conference/05_Surrey_final.pdf (28.10.2010)

Im Mittelpunkt des Berichts steht die Frage, welche statistischen Werte man benutzen kann um das Lernen von aktiver Bürgerschaft zu mes-

sen? Der Fokus liegt dabei auf das Lernen von aktiver Bürgerschaft in der informalen und non-formalen Bildung.

- 3.7. Hoskins, Bryony (2006): Draft Framework for Indicators on Active Citizenship, Ispra, 14 p.

In Englisch: http://crell.jrc.ec.europa.eu/ActiveCitizenship/Conference/01_Hoskins%20framework_final.pdf (28.10.2010)

Hoskins geht in dem Bericht nicht nur auf die Indikatoren für Active Citizenship ein, sondern gibt auch einen Überblick woher die Idee der Active Citizenship stammt. Der Bericht beinhaltet die Definition von Active Citizenship (siehe Seite 4) und die von CRELL gefundenen Kompetenzen, die für eine aktive Partizipation benötigt werden. Der Bericht eignet sich sehr gut, um einen Überblick über das Thema der aktiven Bürgerschaft zu bekommen.

- 3.8. Hoskins, Bryony (2006): ICCS European Report and European Module, Ispra, 17 p.

In Englisch:

<http://crell.jrc.ec.europa.eu/ActiveCitizenship/Conference/ICCS%20European%20report%20and%20European%20Module.pdf> 28.10.2010

Dazu ICCS Homepage: <http://www.iea-dpc.de/iccs1.html?&L=1> (28.10.2010)

Dieser Bericht ist eine kurze Reflexion über die bestehenden Daten der aktiven Bürgerschaft. Vor allem der Ruf nach genaueren Daten wird in der Reflexion deutlich. Hoffnung liegen auf den Anfang 2010 erscheinen neue ICCS Studie. (Vgl. L → 4.1.)

- 3.9. Hoskins, Bryony (2006): Working towards indicators for Active Citizenship. Report of from the Active Citizenship for Democracy conference, September 20 – 21. 2006, Ispra, 54 p.

In Englisch: <http://crell.jrc.ec.europa.eu/ActiveCitizenship/conference%20report%20final3.pdf> (28.10.2010)

Das Dokument ist eine Zusammenfassung der gleichnamigen Konferenz, die am 20. – 21.9.2006 in Ispra abgehalten wurde. Einer der wichtigsten Erkenntnisse der Konferenz ist, dass es einen erheblichen Mangel an Daten über „Active Citizenship“ gibt.

- 3.10. Hoskins, Bryony; Van Nijlen, Daniel (2007): Active Citizenship for Democracy – Report of the forth meeting of the research network 2 – 3. Juli 2007, Strasbourg, 11 p.

In Englisch:

<http://crell.jrc.ec.europa.eu/Deliverables/Report%204th%20meeting%20of%20active%20citizenship%20for%20democracy.pdf> (28.10.2010)

Das Dokument ist als aktuellen Überblick zu verstehen, welche Entwicklungen in den nächsten Jahren im Bereich der Datenerhebung passiert und für CRELL bzw. die Arbeit an Indikatoren für „Active Citizenship“ verwendet werden kann.

- 3.11. Hoskins, Bryony; Jesinghaus, Jochen; Mascherini, Massimiliano; Munda, Guiseppe; Nardo, Michela; Saisana, Michaela; Van Nijlen, Daniel; Vidoni, Daniele; Villalba, Ernesto (2008): Measuring Active Citizenship in Europe - Institute for the Protection and Security of Citizen, Centre for Research on Lifelong Learning Research Paper 4, Ispra, 73 p.

In Englisch: <http://crell.jrc.ec.europa.eu/ActiveCitizenship/AC-Final%20Report-December%202006/measuring%20AC.pdf>
(28.10.2010)

Wie kann aktive Bürgerschaft gemessen werden? Diese Frage steht im Zentrum des Berichts, zudem beinhaltet er die Definition und den Rahmen für die Entwicklung von Indikatoren für die aktive Bürgerschaft. Es werden Ergebnisse dargestellt, die auf einem länderübergreifenden Vergleich aufbauen.

- 3.12. Krek, Janez; Losito, Bruno; Vogrinc, Janez (2006): Active Citizenship for Democracy - Empirical and Theoretical Links between Education and Training for Active Citizenship and Active Citizenship in Practice; A paper commissioned by the European Commission-Directorate General Joint Research Centre Ispra, Italy, 65 p.

In Englisch: http://crell.jrc.ec.europa.eu/ActiveCitizenship/Conference/06_KrekLositoVogrinc.pdf (28.10.2010)

Dieser Bericht erforscht die Verbindung zwischen Bildung und Training für die aktive Bürgerschaft und die aktive Bürgerschaft in der Praxis. Die Erwachsenenbildung spielt in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle.

- 3.13. Ogris, Günther; Westphal, Sabine (2006): Indicators on Active Citizenship, The Political Domain. SORA Institute for Social Research and Analysis, Vienna, 36 S.

In Englisch: http://crell.jrc.ec.europa.eu/ActiveCitizenship/Conference/02_SORA.pdf (28.10.2010)

Die Autoren Günther Ogris und Sabine Westphal von österreichischem Institut für Sozialforschung und Analysen, entwickeln in ihrem Report Indika-

toren für die aktive Bürgerschaft. Diese Indikatoren sollen helfen die wissenschaftliche Arbeit und dem Umgang mit dem Begriff der aktiven Bürgerschaft greifbarer und leichter zu machen.

4. Sonstige Quellen im Internet

In den folgenden Literaturangaben befinden sich ausschließlich Angaben, die im Internet abgerufen werden können, darunter Dokumente zu den Themen: Citizenship, Citizenship Education, European Citizenship, Civic Education, Partizipation, internationale Politische Bildung und Demokratiepädagogik.

- 4.1. Amadeo, Jo-Ann; Schwille, John; Torney-Purta, Judith (1999): Civic Education Across Countries: Twenty-four National Case Studies from the IEA Civic Education Project, Amsterdam, 624 p.

In Englisch: http://www.terpconnect.umd.edu/~jtpurta/UpperSecondary_files/Civics%20Booklet%20JA.pdf (28.05.2010)

Ergebnisse der ersten Civic Education Study der International Association for the Evaluation of Educational Achievement (IEA). In den Jahren 1996 und 1997 sammelten Wissenschaftler aus 28 Ländern Dokumente über die Prozesse und Faktoren der Bürgerschafts-Bildung und entwickelten auf dieser Grundlage einen allgemeinen Katalog von Forschungsfragen, mit denen der Stand des Wissen von 14-Jährigen zu Fragen der Politik evaluiert werden sollte. Im Bereich der Civic Education gehört die Studie zu der am meist zitierten und wichtige nachfolgende Studien – u.a. die von CRELL - stützen sich auf die IEA-Daten.

- 4.2. Bán, Sándor; Braud, Michel; Gestes, Olympia; Setzen, Florian H.; Schneider, Reinald (2004): From vandal to voter? – Active citizenship ind Europe – analysis and methods, Szeged, 244 p.

In Englisch: <http://www.aksb.de/inhalte/fromvandalto voter/> (28.10.2010)

Das Buch beinhaltet die Ergebnisse eines Gemeinschaftsprojekts „Training teachers to enhance pupils' representation in Europe“ von 7 Ländern, das von 2000 bis 2003 lief. Das Projekt hatte zum Ziel, Erwachsenen eine theoretische und praktische Anleitung zu geben, wie Jugendliche in Schulen und öffentlichen Leben gefördert werden können. Aktive Bürgerschaft spielt dabei eine entscheidende Rolle.

- 4.3. Biebricher, Martin; Fatke, Reinhard; Meinhold-Henschel, Sigrid; Schneider, Helmut (2006): Jugendbeteiligung – Chance für die Bürgergesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 12/2009/ 12. März 2006, Bonn, S. 24 – 35.

Hauptseite der Studie: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xsl/prj_29854.htm (28.10.2010)

In Deutsch: http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-B4579D2F-B4A24031/bst/APuZ_Auszug_Artikel.pdf (28.10.2010)

Der Artikel ist im Kontext des Projekt „mitWirkung!“ der Bertelmann Stiftung entstanden. In der Studie wurden in 42 deutschen Städten und Kommunen Kinder und Jugendliche im Alter von 12 – 18 Jahren zu ihrer Partizipation in Städten und Kommunen befragt. Im Ergebnis wird deutlich, dass vor allem die Beteiligungsmöglichkeiten in Schule, Kommune exponentiell abgenommen haben.

- 4.4. Böcher, Dunja; Gagnat, Hélène, Delacr etaz, Paola (2006): Lebenslanges Lernen. Dossier erstellt im Auftrag des Informationszentrums Bildung (IZB) am Deutschen Institut für Pädagogische Forschung (DIPF), Genève, 42 S.

In Deutsch: http://www.bildungsberatung-berlin.de/fileadmin/redakteure/dateien/lebenslanges_lernen/lebenslanges_lernen_sammlung.pdf (28.10.2010)

Das Dossier gibt eine Übersicht über Lebenslanges Lernen (LLL). Historische Entwicklung von LLL und verwandte Bereiche wie Erwachsenenbildung werden betrachtet. Interaktive Links zur weiterführender Literatur, runden das deutschsprachige Dossier ab.

- 4.5. Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2004): Konzeptionelle Grundlegungen für einen Nationalen Bildungsbericht. Non-formale und informelle Bildung im Kindes- und Jugendalter, Berlin, 392 S.

In Deutsch: http://www.bmbf.de/pub/nonformale_und_informelle_bildung_kindes_u_jugendalter.pdf (28.10.2010)

Die vom Leiter des Deutschen Jugendinstituts, Thomas Rauschenbach, federführend erarbeitete Teilstudie für einen Nationalen Bildungsbericht, kann als Standardwerk zur non-formalen Bildung in deutscher Sprache bezeichnet werden.

- 4.6. Cecchini, Michela (2003): Key note speech about: Active Citizenship, Adult Learning and Active Citizenship, Lifelong Learning and Active Citizenship auf der EAEA Conference Cypris, 13 p.

In Englisch: <http://www.eaea.org/doc/cechhini.doc> (28.10.2010)

Michela Cecchini beleuchtet in ihrer Rede „Citizenship“ von verschiedenen Facetten und gibt Ausblick auf zukünftige Verantwortungen der Institutionen Europarat und Europäische Kommission im Bereich Citizenship Education, Active Citizenship und Lifelong Learning.

- 4.7. Claes, Ellen; Hooghe, Marc; Stolle, Dietlind (2007): Socializing New Citizens – Citizenship Education and Students' Political Resources in Belgium and Canada, Charlotte, 29 p.

In Englisch: <http://soc.kuleuven.be/pol/docs/200702-SocializingNewCitizens.pdf> (28.10.2010)

In dieser Studie wird untersucht welche Methode für Bürgerschafts-Erziehung am effektivsten ist. Gegenstand der Studie sind 16-jährige Jugendliche aus Belgien und Kanada.

- 4.8. Crick, Bernard (1998): Education for citizenship and the teaching of democracy in schools - Final report of the Advisory Group on Citizenship, London, "Crick-Report", 88 p.

In Englisch: http://www.tesisenxarxa.net/TESIS_UB/AVAILABLE/TDX-0930108-130039//08.AFR_ANEXO_B_Citizenship_Advisory_Group_1998.pdf (28.10.2010)

Der „Crick-Report“, nach dem Vorsitzenden des Projekts Professor Bernhard Crick benannt, kann als das zentrale Dokument für Citizenship Education der letzten zehn Jahre in England gesehen werden. Auf Grundlage des Reports wurde in England im Jahr 2002 das neue Unterrichtsfach „Citizenship“ eingeführt. Als Kernthemen werden drei Bereiche genannt: social and moral responsibility, community involvement and political literacy (S. 13). Um eine einheitliche Qualität des Schulfaches zu sichern, werden alle zwei Jahre die Fortschritte des Faches evaluiert. Die Ergebnisse sind in eine Langzeitstudie eingebettet.

- 4.9. Democracy and Human Rights Education in Europe - DARE Network (Ed.) (2007): Lifelong Learning for Democratic Citizenship through Education, Berlin, 35 p.

In Englisch: <http://www.dpu.dk/site.aspx?p=11349> (28.10.2010)

In dem Reader wird die non-formale Politische Bildung in neun europäischen Ländern als Einzelstudien dargestellt. Damit werden Ergebnisse des DARE Projekts dokumentiert, das auf deutscher Seite vom Arbeitskreis deutsche Bildungsstätten geleitet wurde.

- 4.10. Deutsch-französisches Forum (2005): Was ist ein Europäer?, Friedrich-Ebert-Stiftung und Jean-Jaurés-Stiftung, 14. - 15. Oktober 2005, Paris, 37 S.

In Deutsch: <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/paris/50283.pdf> (28.10.2010)

Das Deutsch-französische Forum, initiiert von der Friedrich-Ebert- und der Jean-Jaurés- Stiftung, fand am 14. -15. Oktober 2005 in Paris statt. Der vorliegende Bericht ist eine Zusammenfassung der Podiumsgespräche des Forums von 2005.

- 4.11. van Deth, Jan W. (2009): The „good european citizen“: congruence and consequences of different points of view, *European political science*: 8 2009, European Consortium for Political Research 1680-4333/09, p. 175 – 189.

In Englisch: <http://www.palgrave-journals.com/eps/journal/v8/n2/pdf/eps200856a.pdf> (28.10.2010)

Jan van Deth, Professor für Sozialwissenschaften an der Universität Mannheim und deutscher Betreuer des European Social Surveys, beschäftigt sich mit der normativen Frage nach einem „good European citizen“, zeigt aber auch, dass die empirische Realität kaum den normativen Vorstellungen entspricht.

- 4.12. Edirisingha, Palitha; Holford, John (Ed.) (2000): *Citizenship and Governance Education in Europe - A critical review of the literature*, Surrey, 212 p.

In Englisch:

<http://citeseerx.ist.psu.edu/viewdoc/download?doi=10.1.1.118.3829&rep=rep1&type=pdf> (28.10.2010)

Die kritische Übersicht zu „Citizenship and Governance Education in Europe“ gibt einen guten Einblick über die vorhandenen Literatur zu den beiden Themen. Sechs Länder (England, Finnland, die Niederlande, Slowenien, Spanien, Belgien) und die Europäische Union, werden behandelt. Was auffällt, ist der eingeschränkte Blick der Autoren auf angelsächsische Literatur. Zudem sind einige wichtige Dokumente zum Beispiel vom Europarat zu dem Thema „Citizenship and Governance“ schlicht vergessen worden. Für einen „kritischen“ Blick reicht die verarbeitete Literatur also nicht aus.

- 4.13. *European Charter of Active Citizenship* (2006): From the Active Citizenship Foundation (FONDACA) and the Active Citizenship Network, 14 p.

In Englisch: http://www.fondaca.org/file/Archivio/Documenti/EuropeanCharterofActiveCitizenship_FINAL.pdf (28.10.2010)

Die Charta ist von einem Zusammenschluss von NGO's verfasst und plädiert für eine freie Ausübung von demokratischen Bürgerrechten in der Europäischen Union.

- 4.14. European Social Survey (2002): The European Social Survey (ESS) – a research instruments for the social science in Europe, 2002, 76 p.

Hauptseite: http://www.europeansocialsurvey.org/index.php?option=com_content&view=article&id=23&Itemid=318 (28.10.2010)

In Englisch: http://www.europeansocialsurvey.org/index.php?option=com_docman&task=doc_download&gid=4&Itemid=80 (28.10.2010)

Der European Social Survey untersucht das Verhalten und die Einstellungsmuster der Bevölkerung Europas zu verschiedenen europäischen Institutionen. Die Untersuchung wurde seit 2001 zum vierten mal aufgelegt und umfasst 30 europäische Nationen.

- 4.15. EUYOUNG (2005): Political Participation of Young People in Europe – Development of Indicators for Comparative Research in the European Union, Deliverable 17: Final Comparative Report, Vienna, 248 p.

Informationen zum 5. Rahmenprogramm der EG:
http://ec.europa.eu/research/fp5_de.html (28.10.2010)

Das Projekt EUYOUNG, das von dem 5. Rahmenprogramm der EG gefördert wurde, beschäftigt sich mit der Entwicklung von Indikatoren für die politische Partizipation von jungen Menschen in Europa. Das österreichische Institut for Social Research and Analyses (SORA) verglich die politische Partizipation von Jugendlichen aus acht EU-Mitgliedsländern. Für den deutschen Bericht war Franziska Wächter vom Deutschen Jugendinstitut e.V. München zuständig.

- 4.16. Fatke, Reinhard; Schneider, Helmut; Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2005): Kinder- und Jugendpartizipation - Daten, Fakten, Perspektiven. Gütersloh, 54 S.

In Deutsch: http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_17946_17947_2.pdf (28.10.2010)

Wie partizipieren Kinder und Jugendliche in Deutschland? Diese Frage ist Gegenstand der Studie. Wie der Titel verspricht werden Daten und Fakten zum Thema Partizipation geliefert. Auf Seite 23 findet sich etwa eine interessante Grafik zur Mitwirkung in den Lebensbereichen Familie, Schule und Kommune.

- 4.17. Feldmann-Wojtachnia, Eva (2009): Europawahl 2009 - Jugend, Politik und europäisches Bewusstsein. Hrsg. von der Forschungsgruppe Jugend und Europa, CAP Aktuell Nr. 2, März 2009, 7 S.

In Deutsch: <http://www.cap.lmu.de/download/2009/CAP-Aktuell-2009-02.pdf> (28.10.2010)

Allgemein CAP: <http://www.cap-lmu.de/index.php> (28.10.2010)

Ein Artikel über die Politikverdrossenheit und die erwartete geringe Wahlbeteiligung bei den EP-Wahlen 2009. Beinhaltet Ideen und Vorschläge, um das Interesse der Jugendliche mehr auf die Europawahlen zu lenken.

- 4.18. Fennes, Helmut; Otten, Hendrik (2008): Quality in non-formal education and training in the field of European youth work. Youth Partnership European Commission and Council of Europe and Salto-Youth Training and Cooperation Resource Centre, Brussels, 53 S.

In Englisch: <http://www.salto-youth.net/downloads/4-17-1615/TrainingQualityandCompetenceStudy.pdf> (28.10.2010)

Basierend auf einer Konferenz in Budapest, an der 30 Akteure mit Erfahrungen im Bereich der non-formalen Bildung teilnahmen, zielt die Studie darauf ab, Kompetenzen auf europäischer Ebene für die Ausbildung von Trainern im Jugendbereich zu definieren.

- 4.19. Georgi, Viola B. (2006): Demokratielernen in der Schule - Leitbild und Handlungsfelder, hrsg. vom Fonds Erinnerung und Zukunft, Berlin, 68 S.

In Deutsch: http://www.stiftung-evz.de/w/files/pdfs/finale_demokratie_lernen.pdf (28.10.2010)

Viola von Georgi ist als „Quereinsteiger“ aus dem Feld der Interkulturellen Bildung zur Demokratiepädagogik gekommen. Sie hat u.a. für die Bundeszentrale für politische Bildung mehrere internationale Konferenzen zum Thema organisiert und dokumentiert. Der Fonds „Erinnerung und Zukunft“ hat neben dieser Broschüre inzwischen weitere Studien und Publikationen vor allem zum Demokratie-Lernen in osteuropäischen Ländern vorgelegt, die auf der Homepage des Fonds (www.stiftung-evz.de) zu finden sind.

- 4.20. Georgi, Viola B. (2005): Expert Workshop: Models of European Citizenship Education – Saarbrücken, 5. - 7. November 2005, für die Bundeszentrale für politische Bildung, Saarbrücken, 18 S.

In Englisch: <http://www1.bpb.de/files/O79WOA.pdf> (28.10.2010)

Der Bericht ist eine Zusammenfassung des Experten Workshops “Models of European Citizenship Education” in Saarbrücken. Die Einleitung gibt einen guten Überblick über das Thema “Citizenship Education” in Europa.

- 4.21. Gollob, Rolf; Krapf, Peter (Hrsg.) (2008): Teaching democracy – A collection of models for democratic citizenship and human rights education, Council of Europe, Strasbourg, 99 p.

Zu bestellen unter: http://book.coe.int/EN/ficheouvrage.php?PAGEID=36&produit_aliasid=2377lang=EN (28.10.2010)

Das Handbuch beinhaltet 47 Übungen und Modelle für den Bereich des Demokratielernens und der Menschenrechts Bildung. Der Europa Rat statet somit die beiden Kernbereiche der Bildung die „Education for Democratic Citizenship“ (EDC) und die „Human Rights Education“ (HRE) mit praktischen Übungen und Anwendungen aus.

- 4.22. Harles, Lothar; Wirtz, Peter (Hrsg.) (2003): Lernen über Grenzen – Politische Bildung als internationale Jugendarbeit, Schwalbach, 161 S.

Inhaltsverzeichnis: <http://www.aksb.de/Downloads/LernenGrenz.pdf> (28.10.2010)

Das Buch enthält Fachbeiträge aus der Internationalen Jugendarbeit der „Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke der Bundesrepublik Deutschland“ (AKSB). Es spiegelt die 50 jährige Erfahrungen des Bildungswerks im Bereich der Internationalen Jugendbildung wieder.

- 4.23. Heitz, Sylvia; Hunsicker, Thorsten; Nonnenmacher, Frank (2005): Unterrichtsforschung zur politischen Bildung in Birmingham, Frankfurt am Main und Montpellier – Zwischenergebnisse aus drei Fallstudien zum Lerngegenstand „Migration“, TiBi Nr. 11: Beiträge zur Theorie und Praxis internationaler Schulforschung, o.O., 32 S.

In Deutsch: <http://www.bpb.de/files/KGXP7M.pdf> (28.10.2010)

Im Forschungsprojekt wurden in drei Fallstudien Daten zur lehre über Migration an Schulen in Birmingham, Frankfurt am Main und Montpellier gesammelt. Die Unterrichts- und Lernkultur zur politischen Bildung wurden in dem Projekt von dem Hintergrund der jeweiligen nationalen, lokalen und institutionsinternen Rahmen untersucht und soll den Vergleich mit dem deutschen Bildungssystem ermöglichen.

- 4.24. Hiltz, Wolfgang; Kronenberg, Volker; Piepenschneider, Melanie; Reuber, Martin (Hrsg.) (2009): Auf dem Weg zu mehr Demokratie und Bürgernähe – Europas Zukunft nach dem Lissabonner Vertrag, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., St. Augustin/Berlin, 82 S.

In Deutsch: http://www.kas.de/wf/doc/kas_16178-544-1-30.pdf (28.10.2010)

Die Sammlung umfasst 10 Beiträge, die aktuelle Perspektiven über Schlüsselemente und Entwicklungschancen für die Integrationsgemeinschaft der Europäischen Union, wie etwa Demokratie, Bürgernähe und Wettbewerbsfähigkeit.

- 4.25. Himmelmann, Gerhard (2005): Was ist Demokratiekompetenz? Ein Vergleich von Kompetenzmodellen unter Berücksichtigung internationaler Ansätze, (Beiträge zur Demokratiepädagogik, hrsg. von Wolfgang Edelstein und Peter Fauser), Berlin, 67 S.

In Deutsch: <http://www.blk-demokratie.de/getfile.php?f=fileadmin/public/dokumente/Himmelmann2.pdf> (28.10.2010)

Die Broschüre von Himmelmann, die im Kontext des BLK-Projekts „Demokratie lernen und leben“ entstanden ist, ist eine wahre Fundgrube im Hinblick auf die internationale Debatte über „Kompetenzen“ als neues Paradigma der Bildung, nicht nur im Hinblick auf politische Bildung bzw. Demokratiepädagogik. In der Internetversion eröffnen sich viele interaktive Links zu maßgeblichen Dokumenten in dieser Debatte.

- 4.26. Jarvis, Peter (2005): Lifelong Learning, Active Citizenship, Social Capital and the Human Condition. Beitrag präsentiert auf der „9th Adult Education Colloquium“ mit dem Titel „Effective Education and Learning for Active Citizenship“, Ljubljana, 14 p.

In Englisch: http://llw.acs.si/ac/09/cd/full_papers_plenary/Jarvis.pdf (28.10.2010)

Peter Jarvis, Professor of Continuing Education der Universität Surrey, beschreibt in dem Artikel das Verhältnis zwischen „human potential“ und „human condition“ und, dass es eine Spannung zwischen „human potential“ und den Bedürfnissen des Sozialsystems gibt.

- 4.27. Hüller, Thorsten (2006): Demokratisierung der EU durch bürgerschaftliche und zivilgesellschaftliche Partizipation? Beitrag für die Ad hoc Gruppe „Europäische Zivilgesellschaft und Multilevel Governance“ auf dem DVPW-Kongress in Münster, 29. September 2006, Mannheim, 26 S.

In Deutsch: <https://www.dvpw.de/fileadmin/docs/2006xHuller.pdf> (28.10.2010)

Thorsten Hüller fasst neuere demokratietheoretische Diskussionen unter einer europäischen partizipativen Perspektive von Demokratie bzw. Governance zusammen.

- 4.28. Karsten, Andreas: The Wheel of European Citizenship: Non-formal youth work on European Citizenship – A contribution to the discussion on quality, recognition, and validation of non-formal education and learning, o.O.

In Deutsch: <http://www.nonformality.org/index.php/2007/04/wheel/> (28.10.2010)

Hauptseite „nonformality“: <http://www.nonformality.org/> (28.10.2010)

Andreas Karsten, Betreiber und Gestalter der Homepage „Nonformality“, stellt in dem Artikel ein im Rahmen von europäischen Trainings selbst entwickeltes „Wheel of European Citizenship“ vor. Das Rad besteht aus vier Komponenten: Youth Work, Non-formal Education, Intercultural Learning und European Citizenship. Diese Komponenten sind wiederum in weitere Untereinheiten aufgeteilt. Das Rad kann als Hilfe für die Planung oder Auswertungen von Projekten über „European Citizenship“ verstanden werden.

- 4.29. Kerkhofs, Lies, Tilkin, Guy (2007): SPECIAL - Strengthening and Promoting European Citizenship in Adult Learning, o.O., 123 p.

In Englisch: <http://www.activecitizen.net/manualenglish.pdf> (28.10.2010)

SPECIAL stellt 18 europäische Projekte zur Active Citizenship Education vor. Darüber hinaus werden Ideen und Anregungen für die Förderung von Active Citizenship in Bezug auf Lifelong Learning gemacht.

- 4.30. Kerr, David; Lopez, Joana (2008): Studying Civic and Citizenship Education in the European Context, National Foundation for Educational Research, Paper prepared for the 2008 Annual Meeting of the American Educational Research Association, New York, 24-28 March, New York, 15 p.

In Englisch: http://iccs.acer.edu.au/uploads/File/AERA2008/ICCS_EuropeanContext%28AERA2008%29.pdf (28.10.2010)

Guter einführender Artikel über die aktuelle Situation von Citizenship Education in Europa. Der Fokus des Artikels liegt dabei auf der IEA International Civic and Citizenship Study (ICCS). (→ L 4.1.)

- 4.31. Malerius, Stephan; Wulff, Annegret (2007): Demokratiebildung in Belarus, Russland und der Ukraine, Rahmenbedingungen und Beispiele. Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft, Berlin, 232 S.

In Deutsch: http://www.csr-weltweit.de/uploads/tx_jdownloads/demokratiebildung_Ukraine_Russland_Belarus.pdf (28.10.2010)

Die Studie ist als Momentaufnahme zu verstehen, die den Stand der Demokratiebildung in Belarus, Russland und der Ukraine widerspiegelt. Vor allem die Auflösung des sowjetischen Staatenbunds hat eine unterschiedliche Entwicklung des Demokratie-Lernens in den ehemaligen kommunistischen Ländern zu Folge.

- 4.32. Massing, Peter (2008): Gesellschaftliche Relevanz der „Konvention“ aus Sicht der Politikdidaktik, in: AKSB- Werkstatt: Am Puls der Zeit; Beiträge zur AKSB-Konventionsdebatte, Heft Nr. 4/2008, 60 – 73 S.

In Deutsch: <http://www.aksb.de/upload/dateien/Werkstattheftendgklein.pdf> (28.10.2010)

Peter Massing stellt in diesem Artikel den Zusammenhang der Begriffe Demokratie, Partizipation, Gesellschaft, Bürger/innen und politische Bildung - im Hinblick auf die Konvention - her.

- 4.33. Mutz, Gerd (2009): Freiwilliges Engagement in Europa. Zivilgesellschaftlicher Aufbruch oder Instrumentalisierung?, Hochschule München.

In Deutsch: <http://www.jugendfuereuropa.de/unsere-informationsangebote/newsletter/context/buergerschaftliches-engagement-und-das-soziale-europa.4/freiwilliges-engagement-in-europa-zivilgesellschaftlicher-aufbruch-oder-instrumentalisierung.4778/> (28.10.2010)

Gerd Mutz, Professor für Sozialwissenschaften an der Hochschule München und Leiter des Münchner Institut für Sozialforschung (MISS), warnt in dem Artikel vor der Instrumentalisierung bürgerschaftlichen Engagements in Europa und fordert eine zivilgesellschaftliche Vision gemeinsamer Werte im Hinblick auf Partizipation und Engagement.

- 4.34. Mohoricic Spolar, Vida A. (2005): Education for Active Citizenship: but for which dimension? Beitrag präsentiert auf der „9th Adult Education Colloquium“ mit dem Titel „Effective Education and Learning for Active Citizenship“, Ljubljana, 9 p.

In Englisch: http://lw.acs.si/ac/09/cd/full_papers_plenary/Spolar.pdf (28.10.2010)

Das Dokument gibt einen Überblick über die unterschiedliche Handhabung der Begriffe: „Citizenship“, „Education“ und „Active“ und führt so sehr gut in die Problematik ein, die mit dem Begriff einhergehen.

- 4.35. Oesterreich, Detlef (2005): Demokratieerziehung in Mittel- und Osteuropa - Ergebnisse aus dem Civic-Education Projekt der IEA (International Association for the Evaluation of Educational Achievement), Berlin, 56 S.

In Deutsch: <http://www.stiftung-evz.de/w/files/pdfs/demokratieerziehung.pdf> (28.10.2010)

Detlef Oesterreich, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung Berlin, ist Leiter des deutschen Beitrags zum Civic-Education-Projekt der International Association for the Evaluation of Educational Achievement (IEA). In dem Buch wertet er den Stand der politischen Bildung von 14-jährigen in Mittel- und Osteuropa aus. Eine Feststel-

lung ist, dass es keine großen Unterschiede zwischen Mittel- und Osteuropa gibt bezüglich ihrer Kenntnis zum demokratisch verfassten Rechtsstaat, in ihren politischen Einstellungen und ihrer politischen Handlungsbereitschaft.

- 4.36. Pérez-Agote, José Maria (2009): Youth Population and European Citizenship: Eight considerations on building a European identity, in: Forum 21 – European Journal on Child and Youth Research No. 3 > 6/2009 by the Council of Europe, Strasbourg, p. 137 – 141.

Hauptseite mit allen Artikeln des Heft No. 3: http://www.coe.int/t/dg4/youth/Resources/Forum_21/II_No3_en.asp#TopOfPage (28.10.2010)

In Englisch: http://www.coe.int/t/dg4/youth/Source/Resources/Forum21/II_Issue_No3/II_No3_Population_Eur_ident_en.pdf (28.10.2010)

Der Artikel klärt über die Risiken und Gefahren auf, dass der Jugend in Europa nicht genug Gehör und politische Aufmerksamkeit geschenkt wird.

- 4.37. Preece, Julia (2005): Gender Issues for Active Citizenship. Beitrag präsentiert auf der „9th Adult Education Colloquium“ mit dem Titel „Effective Education and Learning for Active Citizenship“, Ljubljana, 13 p.

In Englisch: http://llw.acs.si/ac/09/cd/full_papers_plenary/Preece.pdf (28.10.2010)

Julia Preece, Professorin für Adult and Lifelong Learning an der Universität Glasgow, befasst sich in dem Artikel mit dem Konzept von Active Citizenship aus poststrukturalistischer Perspektive und diskutiert wie Mann und Frau in unterschiedlichen Domänen, Öffentlichkeit und Privaten, an der Gesellschaft partizipieren.

- 4.38. Strajn, Darko (2005): Different Meanings of Citizenship Education. Beitrag präsentiert auf der „9th Adult Education Colloquium“ mit dem Titel „Effective Education and Learning for Active Citizenship“, Ljubljana, 11 p.

In Englisch: http://llw.acs.si/ac/09/cd/full_papers_plenary/Strajn.pdf (28.10.2010)

Der Text argumentiert, dass es grundlegende Unterschiede im Verständnis von „Citizenship Education“ gibt, welche die Form von einem bestimmten Curriculum bestimmt und der entsprechende Praxis der Lehre von „Citizenship Education“.

- 4.39. Strecker, Martin; Waldmann, Klaus (2005): Europa der Bürgerinnen und Bürger, in: „Das Baugerüst“ 2/2005. o.A., 6 S.

In Deutsch: http://www.jugendpolitikeneuropa.de/downloads/22-177-320/Art_Buergergesellschaft2005.pdf (28.10.2010)

Kritischer Artikel über die derzeitige Entwicklung der Europäischen Union.

- 4.40. Süllke, Franziska (2007): Young People and Active European Citizenship Strengthening Opportunities for Citizenship Education on a Local Level: Examples from Practice under Difficult Conditions, Freie Universität Berlin, Arbeitsstelle Europäische Integration – Jean Monnet Lehrstuhl, 20 p.

In Englisch: http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/international/europa/arbeitspapiere/2007-2_Suellke.pdf (28.10.2010)

Der Artikel beschäftigt sich mit "citizenship education" und der Problematik, eine europäische Bürgerschaft im Problemvierteln wie Berlin-Neukölln, mit einem hohen Migrantenanteil, zu etablieren.

- 4.41. Taskforce on Active Citizenship (2006): Background Working Paper. Ireland, 20 p.

Hauptseite: <http://www.activecitizenship.ie/> (28.10.2010)

In Englisch: http://www.activecitizen.ie/getFile.asp?FC_ID=9&docID=49 (28.10.2010)

Der Stand der Förderung von Active Citizenship divergiert von Mitgliedsland zu Mitgliedsland der Europäischen Union. Irland macht mit wissenschaftlichen Forschungen, aber auch praktischen Hinweisen vor, wie die Förderung einer aktiven Bürgerschaft aussehen kann. Die nächsten fünf Dokumente (→ 4.41. bis → 4.46.) und Links machen dies eindrucksvoll klar. Vor allem sind nicht nur Vertreter der formalen-, sondern auch Vertreter der non-formalen Bildung involviert. Die Dokumente beinhalten statistische Werte, Idee zur Förderung von Active Citizenship und Stellungnahme, wie zum Beispiel der irisch-katholischen Bischofskonferenz.

- 4.42. Taskforce on Active Citizenship (2007): The Concept of Active Citizenship, Ireland, 20 p.

In Englisch: [http://www.activecitizenship.ie/UPLOADEDFILES/Mar07/Concept%20of%20Active%20Citizenship%20paper%20\(Mar%2007\).pdf](http://www.activecitizenship.ie/UPLOADEDFILES/Mar07/Concept%20of%20Active%20Citizenship%20paper%20(Mar%2007).pdf) (28.10.2010)

- 4.43. Taskforce Active on Citizenship (2008): Active Citizenship in Ireland, Progress Report 2007 – 2008 and Action Plan 2008 – 2009, Ireland, 72 p.

In Englisch: http://www.activecitizenship.ie/getFile.asp?FC_ID=31&docID=67 (28.10.2010)

- 4.44. Taskforce Active on Citizenship (2007): Statistical Evidence on Active Citizenship in Ireland, Ireland, 40 p.

In Englisch: [http://www.activecitizenship.ie/UPLOADEDFILES/Mar07/Statistical%20Report%20\(Mar%2007\).pdf](http://www.activecitizenship.ie/UPLOADEDFILES/Mar07/Statistical%20Report%20(Mar%2007).pdf) (28.10.2010)

- 4.45 Taskforce Active on Citizenship (2007): Active Citizenship and in faith-based communities, Ireland, 20 p.

In Englisch: [http://www.activecitizenship.ie/UPLOADEDFILES/Mar07/Faith%20Communities%20Report%20\(Mar%2007\).pdf](http://www.activecitizenship.ie/UPLOADEDFILES/Mar07/Faith%20Communities%20Report%20(Mar%2007).pdf) (28.10.2010)

- 4.46. Taskforce Active on Citizenship (2006): Public Consultation Paper, Ireland, 8 p.

In Englisch: http://www.activecitizen.ie/getFile.asp?FC_ID=5&docID=49 (28.10.2010)

- 4.47. Veldhuis, Ruud (2005): Opportunities for education and learning for active citizenship. Beitrag präsentiert auf der „9th Adult Education Colloquium“ mit dem Titel „Effective Education and Learning for Active Citizenship“, Ljubljana, 24 p.

In Englisch: http://lw.acs.si/ac/09/cd/full_papers_plenary/Veldhuis.pdf (28.10.2010)

Der Beitrag beschreibt die Möglichkeiten die „Citizenship Education“ be-reithält, um die Partizipation von Bürgern in einer demokratischen Ge-meinschaft zu beeinflussen. Zudem beschreibt Veldhuis, der der nieder-ländische Vertreter im Europarat für das Projekt „Education for Democratic Citizenship“ war, welche Kompetenzen ein „aktiver“ Bürger braucht und unter welchen Umständen der demokratische Prozess am effektivsten ist.

- 4.48. Walters, Nicholas (2005): The Role of Formal Schooling in building Active Citizenship. Beitrag präsentiert auf der „9th Adult Education Colloquium“ mit dem Titel „Effective Education and Learning for Active Citizenship“, Ljubljana, 15 p.

In Englisch: http://lw.acs.si/ac/09/cd/full_papers_plenary/Walters.pdf (28.10.2010)

Der Bericht behandelt das Schulfach „Citizenship“ in England und gibt ei-nen Überblick über die Forschungsergebnisse in diesem Bereich.

- 4.49. Weißels, Bernhard (2009): Bürgervertrauen ist parteiisch – Von einer Krise der Repräsentation kann in Deutschland keine Rede sein, in: Demokratie

– Parteien, Koalitionen und Wähler in Zeiten der Krise, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin, S. 9 - 12.

In Deutsch: http://www.wzb.eu/publikation/pdf/wm124/wm_124_gesamt.pdf (28.10.2010)

Der Artikel, im Superwahljahr 2009 in Deutschland, ist eine kritische Auseinandersetzung über den Stand der Repräsentation und der zu erwartenden Wahlbeteiligung bei den Bundestagswahlen.

- 4.50. Wiener, Antje (1997): Assessing the Constructive Potential of Union Citizenship – Socio-Historical Perspective. European Integration online Papers (EioP) Vol. 1 (1997) No. 017, 33 S.

In Englisch: <http://eiop.or.at/eiop/pdf/1997-017.pdf> (28.10.2010)

Antje Wiener, Professorin für Politik und Internationale Beziehungen an der Universität Bath, zeigt in dem Dokument, dass ein Blick auf die Praxis der Bürgerschaft Informationen über die Herausbildung institutionalisierte Bedingungen von Bürgerschaft aufzeigen kann.

- 4.51. Zapata-Barrero, Ricard (ed.) (2009): Citizenship politics in the age of diversity – Europe at the crossroads, CIDOB Foundation, Barcelona, 177 p.

In Englisch: <http://www.cidob.org/es/content/download/15726/116377/file/GRIP+2009.pdf> (28.10.2010)

Das Buch befasst sich mit den verschiedenen policy Ansätzen von Citizenship. Die Autorenbeiträge beziehen sich nicht ausschließlich auf Europa, sondern ziehen für die Analyse z.B. Australien mit ein. Sowohl der normative als auch der institutionelle Aspekt der Bürgerschaft werden untersucht und analysiert.

5. Sekundärliteratur:

- 5.1. Barber, Benjamin (1994): Starke Demokratie; Über die Teilhabe am Politischen. Aus dem Amerikanischen von Goldmann, Christiane, Erbacher von Grumbkow, Christel, Berkeley 1984/ Hamburg 1994, 323 S.

In seinem zentralen Werk kritisiert Benjamin Barber die repräsentative Demokratie und stellt sie der radikal-demokratischen Alternativen der partizipatorischen Demokratie gegenüber. Ein Meilenstein in der Formulierung von normativen Demokratietheorien und auch nach 20 Jahren (erschien 1984) in der aktuellen Politikverdrossenheits-Diskussion hoch brisant.

- 5.2. Becker, Helle (2008): Eine Zwillingsaufgabe von Europarat und EU: Von Human Rights Education zu Education for Democratic Citizenship, in: Schröder, Achim; Rademacher, Helmolt; Merkle, Angela (Hrsg.), Handbuch der Konflikt- und Gewaltpädagogik, Verfahren für Schule und Jugendhilfe, Reihe Politik und Bildung – Band 46, Schwalbach, S. 425- 440.

Hier wird der Weg des Europarats von der Human Rights Education (HRE) zu Education for Democratic Citizenship (EDC) beschrieben. Zudem wird EDC im Jugendsektor als Schnittpunktthema der großen Institution Europas, der Europäischen Kommission und des Europarats beschrieben.

- 5.3. Bois-Reymond, Manuela du (2004): Lernfeld Europa – Eine kritische Analyse der Lebens- und Lernbedingungen von Kindern und Jugendlichen in Europa, Wiesbaden, 227 S.

Manuela du Bois-Reymond, Professorin für Pädagogik an der Universität Leiden in den Niederlande, beschreibt in ihrem Buch neue Ideen für die Bildungs- und Jugendpolitik in Europa.

- 5.4. Brokmeier, Boris; Ciupke, Paul (2010): Außerschulische politische Bildung zwischen Deskriptoren und Niveaustufen – Zur aktuellen Debatte um den Deutschen Qualifikationsrahmen, in: Außerschulische Bildung – Materialien zur politischen Jugend- und Erwachsenenbildung 2-2010, Berlin, S. 135-139.

Der Artikel geht auf die Problematik ein, im Rahmen des Europäischen Qualifikationsrahmens bzw. auf der nationalen Ebene den Deutschen Qualifikationsrahmen, Niveaustufen zu entwickeln, die die formale und nonformale Bildung gleichberechtigt mit einbezieht.

- 5.5. Buchstein, Hubertus; Pohl, Kerstin: Benjamin Barber, in: Massing, Peter; Breit, Gotthard (Hrsg.) (2004): Demokratietheorien – Von der Antike bis zu Gegenwart, Texte und Interpretation, 5. Auflage, Schwalbach, S. 280 – 287.

Hubertus Buchstein und Kerstin Pohl geben einen inhaltlichen und interpretatorischen Überblick über Benjamin Barbers zentralem Werk „Starke Demokratie“ (Vgl. → 5.1.)

- 5.6. Bundeszentrale für politische Bildung/NECE – Networking European Citizenship Education (Hrsg.) (2006), Online-Reader No.1.

Der Online-Reader fasst Texte von deutschen Politikdidaktikern in englischer Übersetzung zusammen. Im Überblick bietet er eine grundlegende

Einführung zu allen Fragen der schulischen Politischen Bildung und die entsprechenden Standpunkte der Politikdidaktik in Deutschland.

- 5.7. Chisholm, Lynne (2004): Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements in Europa – politische Bildung im Spagat zwischen Wünschen und Wirklichkeiten, in: Otten, Hendrik; Lauritzen, Peter (Hrsg.): Jugendarbeit und Jugendpolitik in Europa, Wiesbaden, S. 75 – 84.

Chisholm beleuchtet kritisch in dem Artikel eine europäische politische Bildung.

- 5.8. Eder, Berhard; Nock, Alois (2008): Kompetent partizipieren: Ein europäisches Bildungskonzept zum politischen Engagement älterer Menschen, Krumbach, 80 S.

Der Titel des Handbuches gibt auch den Inhalt wieder. Das Besondere ist, dass sich das Projekt gezielt auf Active Citizenship bezieht. Methoden und Ansätze können deswegen auch für die Jugendbildung interessant sein.

- 5.9. Eder, Berhard; Nock, Alois (2008): Erfolgreich Partizipieren: Erfahrungen und Anregungen aus einem europäischen Projekt zum politischen Engagement älterer Menschen, Krumbach, 57 S.

Ergänzung zu dem oberen Handbuch (→ 5.8.). Ab Kapitel 3. verknüpft Sonia Barison, Abteilungsleiterin des Bildungssektors der Regionalverwaltung von Veneto (Italien), die Thematik, mit wichtigen europäischen Werten, wie sie in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und im Vertrag von Amsterdam festgeschrieben wurden: Subsidiarität, Gleichheit und Solidarität.

- 5.10. Eis, Andreas (2007): Education for European Citizenship, in: Dirk Lange, Volker Reinhardt (Hrsg.), Strategien der Politischen Bildung, Basiswissen Politische Bildung. Handbuch für den sozialwissenschaftlichen Unterricht Bd. 2, Baltmannsweiler, S. 154 – 164

Der 10-seitige Bericht ist eine Darstellung des vom Europarat initiierten Projekts „Education for Democratic Citizenship“ (EDC). Geschichte, Hintergründe und kritische Auseinandersetzung mit den Materialien finden sich in dieser Darstellung von EDC.

- 5.11. Everson, Michelle; Lefebvre, Edwige; Koenig-Archibugi, Mathias; Preuss, Ulrich K. (2003): Traditions of Citizenship in the European Union, in: Citizenship Studies, Vol. 7, No. 1, 2003, London 2003, p. 3 – 13.

Der Artikel beinhaltet das unterschiedliche Verständnis von Citizenship in den europäischen Ländern: Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien und

England. „European Citizenship“ wird mit nationalen Konzepten von Citizenship verglichen.

- 5.12. Georgi, Viola B. (2008): Citizens in the Making: Youth and Citizenship Education in Europe, in: Child Development Perspectives, Vol. 2, No. 2, Malden, p. 107 – 113.

Das Verhältnis von „European Citizenship“ und „Citizenship Education“ wird hier im Kontext einer ansteigenden Diversität der Europäischen Gemeinschaft verglichen. Der Artikel leitet das Buch „The Making of Citizens in Europe: New Perspectives on Citizenship Education“ ebenfalls von Viola B. Georgi ein (Vgl. → L 5.13.).

- 5.13. Georgi, Viola B. (2008): The Making of Citizen in Europe: New Perspectives on Citizenship Education, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 666, Bonn, 221 p.

Die historische, politische und soziologische Dimension von Citizenship und Citizenship Education sind in diesem Buch zusammengefasst. Alle wichtigen Themenfelder die sich im Zusammenhang mit Citizenship Education ergeben werden beleuchtet, zudem wird die Entwicklung einzelner europäischer Länder ausführlich dargestellt. Ein gutes Buch, um einen umfassenden Überblick zur Citizenship Education in Europa zu erhalten.

- 5.14. Heinelt, Hubert (1997): Die Transformation und die Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Sektors im politischen System moderner Gesellschaft, in: Schmals, Klaus, M.; Heinelt, Hubert (Hrsg.): Zivile Gesellschaft; Entwicklung, Defizite und Potentiale, Opladen, S. 323 -339.

In dem Artikel geht Hubert Heinelt auf die in den 90er-Jahren aktuellen Überlegungen zur Rolle der Zivilgesellschaft ein und versucht diese für die politische Praxis weiter zu denken.

- 5.15. Hufer, Klaus-Peter (2008): Aufschwung für die politische Bildung? Die Idee von der Bürgergesellschaft schafft auch Probleme, in: mitarbeiten.skript 02; Im Fokus: Demokratie und Beteiligung; Eine Auswahl von Autorenbeiträgen des Newsletter: Wegweiser Bürgergesellschaft 2008, Bonn, S. 16 – 19.

Hufer untersucht in dem Artikel die politische Erwachsenenbildung in Hinblick auf Bürgerbilder in der politischen Bildung und fordert in der Folge eine größere Handlungs- und Teilnehmerorientierung.

- 5.16. Kneer, Georg (2000): Zivilgesellschaft, in: Kneer, Georg; Nassehi, Armin; Schroer, Markus (Hrsg.): Soziologischer Gesellschaftsbegriff, Konzepte moderner Zeitdiagnose, 2. Auflage, München, S. 228 – 251.

Georg Kneer, Professor an der Hochschule für Gestaltung Schwäbisch-Gemünd, geht in seinen Darlegungen auf die Schwierigkeit des Begriffs der Zivilgesellschaft ein. Die Darlegung beinhaltet sowohl theoretische und begriffsgeschichtliche Überlegung, als auch Überlegungen zu gegenwärtigen Konzeptionen der Zivilgesellschaft.

- 5.17. Krause, Skadi; Münkler, Herfried (2001): Der aktive Bürger – Eine Gestalt der politischen Theorie im Wandel, in: Leggewie, Claus; Münch, Richard: Politik im 21. Jahrhundert, Frankfurt, S. 299 – 320.

Skadi Krause und Herfried Münkler beschreiben in dem Artikel die historische Entwicklung des aktiven Bürgers. Der Bürger in der attischen Demokratie, der Bürger in den italienischen Stadtrepubliken, sowie der Bürger in der modernen Demokratie werden diskutiert und analysiert.

- 5.18. Kropp, Cordula: Jugendliche in der Zweiten Moderne – politische Privatisierung?, in: Beck, Ulrich; Hajer, A. Maarten; Kesselring, Sven (Hrsg.) (1999): Der unscharfe Ort der Politik – Empirische Fallstudien zur Theorie der reflexiven Modernisierung, Opladen, S. 63 – 85.

Cordula Kropp setzt sich in dem Artikel kritische mit der Politikverdrossenheit von Jugendlichen auseinander. Sie zeichnet die Mängel der Teilhabe, sowie neue Potentiale von Partizipationsmöglichkeiten von Jugendlichen auf.

- 5.19. Lauritzen, Peter (2004): Die europäische Bürgergesellschaft – geschlossene Gesellschaft oder offener Zukunftsentwurf für Jugendliche in Europa?, in: Otten, Hendrik; Lauritzen, Peter (Hrsg.), Jugendarbeit und Jugendpolitik in Europa, Wiesbaden, 8 S.

Peter Lauritzen, der langjährige Leiter der Europäischen Jugendzentren in Straßburg und Budapest, plädiert in dem Artikel dafür, dass nur durch einen lebenslangen, transnationalen und gesellschaftlichen Lernprozess der Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine Zukunft der Demokratie besteht. Dieses Verständnis soll durch eine aktive Bürgerschaft entstehen.

- 5.20. Marshall, Thomas Humphrey (1992): Bürgerrechte und soziale Klassen – Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Herausgegeben, übersetzt und mit Vorwort versehen von Elmar Rieger, Frankfurt/New York, 202 S.

Das Hauptwerk des Theoretikers der Soziologie und Sozialpolitik befasst sich mit den Spannungen und Widersprüchen einer demokratischen Ord-

nung. Das Buch zählt zu den Standardwerken der „Bürger-Theorie“ in den Sozialwissenschaften und gilt zählt neben Werken von Durkheim und Weber zu den „Klassikern“ der Soziologie.

- 5.21. Massarrat, Mohssen (2006): Kapitalismus, Machtungleichheit, Nachhaltigkeit – Perspektiven Revolutionärer Formen, Hamburg, 309 S.

Der aus dem Iran stammende Professor für Politikwissenschaft am Fachbereich Sozialwissenschaft der Universität Osnabrück, Mohssen Massarrat, stellt in seinem Buch Perspektiven der Nachhaltigkeit dar. In Kapitel acht geht er auf die Demokratie und ihre mögliche Entwicklung ein. Ein aktiver Bürger ist für die politische Partizipation und damit für eine Weiterentwicklung für die Demokratie unabdingbar.

- 5.22. Massing, Peter (1999): Theoretische und normative Grundlagen politischer Bildung S. 21 – 60. In: Beer, Wolfgang; Cremer, Will; Massing, Peter (Hrsg.): Handbuch politische Erwachsenenbildung. Schwalbach, S. 21 – 60

Grundlegender Artikel zu Bürgerbildern der politischen Bildung und zum Demokratieverständnis in der politischen Erwachsenenbildung.

- 5.23. Meyer, Thomas (2003): Was ist Politik?, Wiesbaden, 300 S.

Ein Grundlagenbuch über Politik in allen seinen Facetten. Thomas Meyer, Professor für Politikwissenschaft der Universität Dortmund, zeigt was der Begriff „Politik“ bedeutet und welche Themen Politik tangiert.

- 5.24. Nuisl, Ekkehard (2007): Das „Memorandum über Lebenslanges Lernen“ (2000) der Europäischen Kommission, in: Koerrenz, Ralf; Meilhammer, Elisabeth; Schneider, Käthe (Hrsg.): Wegweisende Werke zur Erwachsenenbildung, Jena, S. 545 – 556.

Zusammenfassender Artikel über die Bedeutung des „Memorandum über Lebenslanges Lernen“ (2000) der Europäischen Kommission im Hinblick auf die non-formale Bildung.

- 5.25. Oesterreich, Detlef (2002): Politische Bildung von 14-Jährigen in Deutschland – Studien aus dem Projekt Civic Education, Opladen, 286 S.

Das Buch gibt einen Überblick über den Stand der politischen Bildung von 14-Jährigen in Deutschland. Das Buch basiert auf Untersuchungen der International Association for the Evaluation of Educational Achievement (IEA) an denen 28 Länder, ca. 94.000 Schüler teilgenommen haben.

- 5.26. Olk, Thomas (2009): Staatsbürgerschaft und Sozialstaatsreform – Der Bürger als Anspruchsberechtigter, Entrepreneur oder zivilgesellschaftlicher Aktivbürger?, in: Der pädagogische Blick, 17. Jg. 2009, H. 2, Weinheim, S. 68 – 80.

Thomas Olk, Professor für Sozialpädagogik und Sozialpolitik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, behandelt in dem Artikel drei unterschiedliche Staatsbürgerrollen von „Citizenship“: Das sozio-liberale (der Bürger als Träger von sozialen Rechten), das liberale (Bürger als souveräner Konsument) und das republikanische Modell (Bürger als Mitgestalter öffentlicher Dienstleistungen) und stellt diese gegenüber bzw. definiert die Rechte und Pflichten die an die Bürger gestellt werden.

- 5.27. Oppermann, Bettina (2008): Schöne neue Welt 2.0., in: mitarbeiten.skript 02; Im Fokus: Demokratie und Beteiligung; Eine Auswahl von Autorenbeiträgen des Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 2008, Bonn, S. 65 – 67.

Interaktivität in Zusammenhang mit einer aktiven Bürgerschaft. Bettina Oppermann gibt einen Ausblick, auf die neue Art von aktiver Bürgerbeteiligung im Internet.

- 5.28. Otten, Hendrik; Lauritzen, Peter (Hrsg.) (2004): Jugendarbeit und Jugendpolitik in Europa, Wiesbaden 2004, 228 S.

Das Buch beschäftigt sich mit qualitativen gesellschaftlichen Veränderungen in Europa und diskutiert Auswirkungen auf die Jugend sowie mögliche Konsequenzen für Jugendarbeit und Jugendpolitik in europäischer Perspektive.

- 5.29. Putnam, Robert D. (2000): Bowling Alone – The Collapse and Revival of American Community, New York/London/Toronto/Sydney, 544 S.

In seinem Bestseller zur Theorie des „Sozialen Kapitals“ wird die These vertreten, dass das Engagement der Amerikaner in Familie, Nachbarschaft und Vereinen abnimmt und dass damit auch Gefahren für die Reproduktion und Nachhaltigkeit der amerikanischen Demokratie verbunden sind.

- 5.30. Putnam, Robert D. (Hrsg.) (2001): Gesellschaft und Gemeinsinn – Sozialkapital im internationalen Vergleich, Gütersloh, 798 S.

Das Buch betrachtet die Möglichkeiten und Grenzen der Zivilgesellschaft in acht Ländern (Australien, Großbritannien, Japan, Deutschland, Spanien, Schweden, Frankreich und den USA). Die Entwicklung des Sozialkapitals steht hierbei im Mittelpunkt aller Länderstudien. Partizipation,

Vereinskultur und politisches Engagement in den Ländern spielt hierbei eine große Rolle.

- 5.31. Sliwka, Anne (2008): Bürgerbildung; Demokratie beginnt in der Schule, Weinheim und Basel, 222 S.

Anne Sliwka gibt in ihrem Buch eine ausführliche Anleitung für die Entwicklung einer schulischen Bürgerbildung für die Demokratie. Service Learning spielt in diesem Kontext eine wichtige Rolle.

- 5.32. Stiegler, Barbara (2008): Wie Gender die Partizipation bestimmt oder: Die Mitarbeit von Bürgerinnen und Bürger ist immer noch nicht gleich, 32 – 35, in: mitarbeiten.skript 02; Im Fokus: Demokratie und Beteiligung; Eine Auswahl von Autorenbeiträgen des Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 2008, Bonn, 80 S.

Barbara Stiegler untersucht bürgerschaftliches Engagement in Bezug auf geschlechtsspezifische Unterschiede.

- 5.33. Thimmel, Andreas (2001): Pädagogik der internationalen Jugendarbeit - Geschichte, Praxis und Konzepte des Interkulturellen Lernens. Aus der Reihe: Studien zu Politik und Wissenschaft, Schwalbach, 347 S.

Die Studie fasst die Geschichte sowie Theorie und Praxis der Internationalen Jugendarbeit in Deutschland zusammen. Damit werden Struktur, Empirie und konzeptionelle Entwicklung der Internationalen Jugendarbeit in der Bundesrepublik Deutschland rekonstruiert.

- 5.34. Widmaier, Benedikt (2008): Active Citizenship & Citizenship Education – Europäische Referenzrahmen für non-formale politische Bildung, in: Praxis Politische Bildung 1/2008 12. Jg., 1. Vj. 2008, Weinheim, S. 5 – 12.

Der Artikel gibt einen Überblick über die veröffentlichten Dokumente über Active Citizenship. Darüber hinaus ordnet er die Dokumente der deutschen Debatte über politische Bildung zu.

- 5.35. Widmaier, Benedikt (2006): Der Weltbürger; Zukunftsmusik für politische Bildung?, in: Praxis Politische Bildung, 10. Jg. 2006, H. 2, Weinheim, 160 S. S. 133 – 138.

Ein Artikel, der den Begriff „Weltbürger“ beleuchtet und ihn in Zusammenhang mit politischer Bildung setzt.

- 5.36. Widmaier, Benedikt (2011): Lassen sich aktive Bürgerschaft und bürgerschaftliche Kompetenzen messen? Europäische Planungsdaten für lebenslanges Lernen und politische Bildung, in: Widmaier, Benedikt; Non-

nenmacher, Frank (Hrsg.) (2011): Active Citizenship Education, Schwalbach/Ts. 2011, S. 45 – 64 (→ T 10).

Kritischer Artikel über die Messbarkeit von aktiver Bürgerschaft und bürgerschaftliche Kompetenzen, anhand der beiden CRELL-Studien „Measuring Active Citizenship in Europe“ (→ 3.11.) und „Measuring Civic Competence in Europe“ (→ 3.3.).

- 5.37. Widmaier, Benedikt (2008): Kosmopolitische Politische Bildung – „Methodologischen Nationalismus“ überwinden, in: Polis – Report der Deutschen Vereinigung für politische Bildung 3/2008, S. 13 – 15

Eine Auseinandersetzung mit den Begriffen Transnationalismus und Kosmopolitismus in Bezug auf die politische Bildung.

- 5.38. Wiesner, Claudia (2007): Bürgerschaft und Demokratie in der EU. Giesse-ner Dissertation im Fachbereich Kultur- und Sozialwissenschaften. Berlin, 378 S.

Die Leitfrage zu diesem Buch ist: Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus der Entwicklung von Bürgerschaft in der EU für die Demokratisierung der EU und die zukünftige Demokratiequalität der EU ziehen? Bürgerschaft wird hier als rechtliches Konzept verstanden und zielt auf eine passive Wahrnehmung dieser Rechte ab.

- 5.39. Wiesner, Claudia (2006): Bürgerschaft in der EU als Prozess – und als demokratisches Projekt?, in: Kathrin Ruhl, Jan Schneider, Jutta Träger, Claudia Wiesner (Hrsg.): Demokratisches Regieren und politische Kultur – Post-staatlich, post-parlamentarisch, post-patriarchal?, Berlin, S. 197 – 213.

Der Artikel befasst sich mit der EU-Bürgerschaft. Die begriffliche Konkretisierung, eine Gegenüberstellung der EU-Bürgerschaft zur nationalstaatlichen Bürgerschaft, sowie weitere Entwicklungsperspektiven der Bürgerschaft in der EU werden behandelt.

- 5.40. Youniss, James; Yates, Miranda (1997): Community Service and Social Responsibility in Youth, Chicago, 185 S.

Youniss und Yates Hauptthese ist, dass junge Menschen die in ihrer Schulzeit einen sozialen Dienst verrichten, sich im Erwachsenenalter mehr politisch und sozial engagieren. Gegenstand ihrer Studie sind schwarze Highschool Schüler, die in einer Suppenküche in Washington D.C. eine Zeit lang ehrenamtlich arbeiten. Die Studie gilt im angelsächsischen

Raum, aber auch in Deutschland, als eine der meist zitierten Studien über Service Learning als Predictor von politischer Partizipation.

- 5.41. Youniss, James (2007): The Role of Community in the Reform of Civic Education, p. 227 – 235. In: Biedermann, Horst; Oser, Fritz; Quesel, Carsten (Hrsg.): Vom Gelingen und Scheitern Politischer Bildung: Studien und Entwürfe, Zürich, 606 p.

10 Jahre nachdem die Studie „Community Service and Social Responsibility in Youth“ (zusammen mit Miranda Yates) erschienen ist (Vgl. → 5.28.), präzisiert Youniss seine ursprüngliche These. Er stellt klar, dass Service Learning dann Spillover-Effekte auf politisches Bewusstsein und Partizipation haben kann, wenn bestimmte Voraussetzungen an die politischen Inhalte und Methoden erfüllt werden.

Stand: 28. Oktober 2010

III. Reader

Text 1:

O'Shea, Karen (2003): A Glossary of terms for Education for Democratic Citizenship - Developing a shared understanding, ed. by the Council of Europe, Strasbourg, 20 p., hier: p. 5-6; 12-13; 33-34.

Vorwort zur deutschen Übersetzung (Sigrid Steininger u.a.)

Seit 1997 das Europaratsprogramm "Education for Democratic Citizenship (im englischsprachigen Kontext wird die Abkürzung EDC verwendet) initiiert wurde, stellt sich verstärkt die Problematik einer adäquaten Übersetzung der Begriffe citizenship, citizenship education, active citizenship etc. ins Deutsche. Diese Termini und die ihnen zugrunde liegenden Konzepte sind jenen, die sich international mit politischer Bildung verwandten Bereichen befassen, geläufig. Schwierig ist jedoch eine Übersetzung ins Deutsche, da die politische Bildung im deutschsprachigen Raum aufgrund unterschiedlicher historischer Entwicklungen, wie am Beispiel der beiden deutschen Staaten bis zur Wiedervereinigung deutlich wird, auf verschiedenen theoretischen Grundlagen und Deutungsmustern beruht.

Der Ansatz von „education for democratic citizenship“ lässt sich daher nicht einfach mit „politischer Bildung“ übersetzen. Das Konzept von EDC ist thematisch und didaktisch breiter und umfasst auch Themenfelder wie Friedenserziehung, globales Lernen und interkulturelles Lernen.

„Education for democratic citizenship“ kann wörtlich mit "Erziehung (oder Bildung) für demokratische (Staats-)Bürgerschaft" oder treffender „Bildung für demokratisches Denken und Handeln“ übersetzt werden. Diese und ähnliche Formulierungen beinhalten aber nicht alle wesentlichen Elemente des europäischen Konzeptes und können deshalb zu Missverständnissen und Spekulationen führen.

Häufig wird auch "Demokratische Bildung" verwendet, wie in der Empfehlung Nr. 12/2002 des Minister/innen-Komitees an die Mitgliedstaaten des Europarates. Sprachlich überzeugt auch diese Lösung nicht zur Gänze. Sie könnte so verstanden werden, dass die Bildungsprozesse demokratisch und/oder für alle gleichermaßen zugänglich etc. ablaufen sollten und weniger, dass es um Bildung ZU bzw. FÜR mehr - Demokratie geht.

Im Laufe der Diskussion wurden viele interessante Vorschläge eingebracht, wie beispielsweise die Anregung *citizenship* zu belassen, da es für diesen Begriff, der auch im Englischen konstruiert wurde, keine Entsprechung im Deutschen gäbe. Die Entscheidung fiel aber schlussendlich auf „demokratiepoltische Bildung“, die sich nicht nur auf ein politisches System bezieht sondern auch darauf

abzielt, ein gut funktionierendes Zusammenleben in einer Gemeinschaft zu gewährleisten. Bei dieser Gelegenheit sei auch vermerkt, dass „learning by doing“, „Brainstorming“, u.ä. im Englischen belassen wurden, da es sich um eingeführte Begriffe handelt und auch dafür kaum treffende Übersetzungen ins Deutsche verfügbar sind.

Die Bereitstellung dieses Glossars versteht sich als Beitrag zu einer breiteren Diskussion und nicht als endgültige oder abgeschlossene Festlegung. Insbesondere im Hinblick auf das „European Year of Citizenship through Education 2005“ dient es als Grundlage für einen international bereits seit einigen Jahren geführten Diskurs um die Rolle und Bedeutung der Bildung in demokratischen Prozessen.

(...)

Citizen / Citizenship	BürgerIn / Bürgerinnenschaft
<p>Within the Council of Europe there is a growing recognition that terms such a “citizen” and “citizenship” are neither stable nor limited to a single definition.</p> <p>Within the context of EDC the term citizen can be broadly described as “a person co-existing in a society”. This is not to say however that the idea of citizen in relation to the Nation State is no longer relevant or applicable, but as the Nation State is no longer the sore focus of authority, there has been a need to develop a more holistic view of the concept.</p> <p>This broader understanding of citizen and citizenship offers a potential new model for exploring how we live together. The challenge therefore is to move beyond the confines of the “Nation state” to the concept of “community”, which embraces, the local, the national, regional and the international contexts that individuals live in.</p>	<p>Innerhalb des Europarates kommt man immer mehr zu dem Einverständnis! dass Begriffe wie „BürgerIn“ und „BürgerInnenenschaft“ keine fest-stehenden Termini sind und es daher keine eindeutige Definition geben kann.</p> <p>Im Kontext der demokratiepolitischen Bildung kann der Begriff „BürgerIn“ im weitesten Sinn als „eine in einer Gesellschaft lebende und daran partizipierende Person“ beschrieben werden. Das heißt jedoch nicht, dass das Verständnis der Bürgerin/ des Bürgers in Beziehung zu ihrem / seinem Nationalstaat nicht mehr angemessen ist. Da der Nationalstaat jedoch nicht länger der einzige zentrale Akteur ist, muss der Begriff von einer ganzheitlichen Perspektive aus gesehen werden.</p> <p>Dieses erweiterte Verständnis der Bürgerin / des Bürgers und der BürgerInnenenschaft steht ein potentiell neues Modell des menschlichen Zusammenlebens dar. Es geht darum die Grenzen des Nationalstaates zu überschreiten und einen Begriff der „Gemeinschaft“ zu definieren, der die lokalen, nationalen, regionalen und internationalen Lebenszusammenhänge von Menschen umfasst.</p>

<p>Within such understanding the idea of “citizen” and “citizenship” includes the idea of “status” and “role”. It involves issues relating to rights and duties, but also ideas of equality, diversity and social justice. It is no longer enough to limit the idea of “citizenship” to the act of voting. It must also include the range of actions exercised by an individual that impact on the life of the community (local, national, regional and international) and as such requires a public space within which individuals can act together.</p>	<p>So gesehen beinhalten die Begriffe „Bürgerln“ und „BürgerInnenschaft“ „Status“ und „Rolle“. Sie beziehen sich auf Rechte und Pflichten, aber auch auf Werte wie Gleichberechtigung, Vielfalt und soziale Gerechtigkeit. Die Idee der „BürgerInnen-schaft“ kann nicht länger auf den Urnengang beschränkt werden. Sie muss sich auf alle Handlungen beziehen, die das Leben der (lokalen, nationalen, regionalen und internationalen) Gemeinschaft betreffen und somit in einem öffentlichen Raum stattfinden, in dem Menschen gemeinsam handeln können.</p>
<p>Participation</p> <p>Participation is concerned with ensuring that each individual can take her/his place in society and contribute to its development at whatever level it may be.</p> <p>Participation is a crucial element in democratic stability with the involvement of individuals in public decision-making processes, one of the basic rights of each person.</p> <p>Participation is a defining quality of EDC. Participating in the life of the community at all levels depends on the willingness and capacity of individuals to engage with each other, but also to engage across communities and between individuals and the institutions that exist. An individual learns about participation through participation rather than learning about participation</p> <p>EDC therefore is as much about offering opportunities for participation, as it is about developing the skills of participation and the reduction of obstacles to participation.</p>	<p>Partizipation</p> <p>Partizipation soll sicherstellen, dass jede/r Einzelne ihren/seinen Platz in der Gesellschaft hat und zu deren Entwicklung auf einer der vielen möglichen Ebenen beiträgt.</p> <p>Partizipation ist ein Kernelement demokratischer Stabilität, und die Einbindung jeder/jedes Einzelnen in die öffentliche Entscheidungsfindung ist eines der Grundrechte jeder/jedes Einzelnen.</p> <p>Partizipation ist ein entscheidendes Merkmal der demokratischen Bildung. Am Leben der Gemeinschaft auf allen Ebenen teilzunehmen, setzt die Bereitschaft und die Fähigkeit der/des Einzelnen zur Auseinandersetzung mit anderen, aber auch zur Auseinandersetzung zwischen Gemeinschaften sowie zwischen Einzelnen und den bestehenden Institutionen voraus. Partizipation erwirbt man viel eher durch Partizipation als durch Wissen über Partizipation.</p> <p>Im Rahmen der demokratiepolitischen Bildung ist es daher ebenso wichtig, Möglichkeiten zur Partizipation anzubieten wie die Fähigkeiten zur Partizipation zu entwickeln und die Hindernisse, die ihr entgegenstehen, abzubauen.</p>

Text 2:

Becker, Helle (2008): Eine Zwillingsaufgabe von Europarat und EU: Von Human Rights Education zu Education for Democratic Citizenship, in: Schröder, Achim; Rademacher, Helmolt; Merkle, Angela (Hrsg.), Handbuch der Konflikt- und Gewaltpädagogik, Verfahren für Schule und Jugendhilfe, Reihe Politik und Bildung – Band 46, Schwalbach, S. 425- 440, hier: S. 429, 432-436.

Für den Europarat ist Bildung selbst also ein Friedens- und Reformprojekt. Dabei ist Bildung allgemein gemeint (unter anderem als Menschengrundrecht), vor allem aber diejenige Bildung, die Vielfalt und besonders Recht und die demokratische Teilhabe (Partizipation) als Bedingung für Frieden in den Mittelpunkt stellt und thematisiert. Insofern ist der Schritt konsequent, wenn ab 1997 die Menschenrechtserziehung (*Human Rights Education - HRE*) und die Bildung für eine demokratische Bürgerschaft (*Education for Democratic Citizenship - EDC*) - zunächst getrennt - zu politischen Querschnitts-Schwerpunkten des Europarates aufrückten.

Die Verschiebung des Schwerpunktes unter anderem auf die (politische) Partizipation und die soziale Integration von Jugendlichen ist dabei nicht nur einer sich verschärfenden sozialen und wirtschaftlichen Situation, „dem Druck der Globalisierung und aufgrund der demographischen Entwicklungen und großen Veränderungen bei der Verteilung der Kosten für Sozialwesen und Gesundheitsversorgung, Arbeitslosenunterstützung, Armutsbekämpfung und Sozialhilfe“ (ebd.) geschuldet. Sie vollzieht vielmehr eine allgemeine Entwicklung in der Argumentation und den Aktivitäten des Europarats nach, die spätestens seit 1997 zu beobachten ist: Menschenrechtserziehung und *Education for Democratic Citizenship* nähern sich einander an und werden mehr und mehr als notwendige zusammenhängende Aufgabe angesehen, getreu der Einsicht des Aufrufs zur Jugendkampagne: „Für uns sind Vielfalt, Menschenrechte und Partizipation untrennbar miteinander verbunden“ (ebd.).

Hatten die Beschlüsse und Forderungen des Europarates sich bis 1997 vor allem auf den Schutz der Menschenrechte und der kulturellen Vielfalt bezogen, so bildete der zweite Gipfel der Staats- und Regierungschefs in der Geschichte des Europarates eine Zäsur. Denn nun wurde die „die Erziehung zum demokratischen Staatsbürgertum auf der Grundlage der Rechte und Pflichten der Bürger“ sowie die Entwicklung einer „Teilnahme der Jugend am staatsbürgerlichen Leben in der Gesellschaft“ (Europarat 1997) als zweites Bildungsziel ausformuliert. So beschlossen die Staats- und Regierungschefs „die Einleitung einer Initiative zur Erziehung zum demokratischen Staatsbürger mit dem Ziel, das Bewusstsein der Bürger für ihre Rechte und Pflichten in einer demokratischen Gesellschaft unter Heranziehung bestehender Strukturen zu stärken“. Zwei Jahre später wurde in der Deklaration des Ministerkomitees „Erklärung und das Programm zur Demokratieerziehung auf der Grundlage der Rechte und Pflichten

von Bürgern“, mit der dann auch ein mehrjähriges Aktionsprogramm beschlossen wurde, die „demokratische Bürgerschaft“ als Lernziel dezidiert auf der Grundlage „der Menschenrechte und fundamentaler Freiheiten“ definiert. Gleichzeitig wurde einer *Education for democratic citizenship (EDC)* eine Schlüsselrolle in allen Bildungs-, Trainings-, Kultur- und Jugendpolitischen Politiken und Praxen zugesprochen und damit „höchste Priorität“ auf allen Ebenen und in allen Bereichen der Politik des Europarates eingeräumt. In der Folge wurde das Programm verlängert (2001-2004) und an die zweite Phase schloss sich 2005 das *European Year of Citizenship through Education* an.

EDC wird zum Kerncurriculum

Mit den EDC-Leitlinien wurde endgültig die bildungstheoretische Grundhaltung bestätigt, die sich bis dato abzeichnete: EDC wurde als eine Art Kerncurriculum verstanden, das auch bisher getrennte Ansätze zusammenfasst. Dieser cross-curriculare Ansatz kam im 2005 europaweit veranstalteten *European Year of Citizenship through Education* vollends zum Tragen. Hier hieß es: „EDC schließt im Besonderen Menschenrechtserziehung, Civic Education, Friedenserziehung und interkulturelles Lernen ein. Die Konzepte von Demokratisierung und Partizipation sind eng damit verbunden“ (Council of Europe 2007b). Der äußere Nachvollzug fand in Form einer neu eingerichteten Abteilung beim Europarat statt, die bezeichnenderweise *Division for Citizenship and Human Rights Education* heißt. EDC sucht nach einem integrativen Verständnis der Menschenrechte, gleich welcher Kategorie (bürgerliche, politische, soziale, ökonomische und kulturelle Grundrechte).

Qualitätsentwicklung

Soll es nicht bei der Präsentation guter Ideen und erfolgreicher Praxis bleiben, deren Auswahl zudem einer Legitimation bedarf (an der es vielfach mangelt), dann muss es, trotz aller politischen und rechtlichen Beschränkungen, eine Debatte über Qualitätskriterien und eine schrittweise Erarbeitung von Indikatoren und Qualitätsstandards für die einzelnen Themenbereiche von EDC geben. Genau diese Richtung schlug die europaweite Zusammenarbeit im Rahmen der Europaratsprojekte ein. Im Jahr 2000 wurde von den Bildungsministern in Krakau ein Entwurf von gemeinsamen EDC-Leitlinien verabschiedet. In der Folge gab es diverse Bemühungen, Ziele und Wege von EDC zu bestimmen, europaweite Qualitätsempfehlungen und Evaluationsmethoden (*EDC Quality Assurance*) zu erarbeiten und in diversen Trainingsprogrammen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren umzusetzen.

„Die Leistung des EDC-Projekts bestand darin, europaweit zustimmungsfähige Bezugskriterien und -prinzipien für Demokratie-Lernen geschaffen zu haben, die als gemeinsamer Nenner in formalen, nichtformalen und informellen Bildungsprozessen und Initiativen dienen können,“ konstatierte Karlheinz Dürr, Referatsleiter „Europa“ an der Landeszentrale für politische Bildung Baden-

Württemberg (Dürr 2005). Wenn diese Diagnose stimmt, wäre viel erreicht. Denn es würde bedeuten, dass mit dem bisher Erarbeiteten eine Grundlage geschaffen wäre, auf der überhaupt erst weitere Differenzierungen und Verständigungen erfolgen könnten. Bereits die in internationalen Zusammenhängen obligatorische Diskussion um die Begrifflichkeiten zeigt, wie schwierig eine genaue Auslotung des Gemeintenen ist, wie hilfreich aber auch ein Oberbegriff, der unbelastet die unterschiedlichen Konnotationen einbezieht. Tatsächlich bezieht sich auch das bisher einzige Netzwerk von Bildungseinrichtungen und Organisationen zum Thema *Democracy and Human Rights Education in Europe (DARE)* auf die nun erste Möglichkeit, sowohl Akteure der Menschenrechterziehung als auch solche der „Politischen Bildung“/ *Education for Democratic Citizenship* unter einem Dach zu vereinen. Die Achtung vor der Demokratie und den Menschenrechten zu fördern, sei eine „Zwillingsaufgabe“, sagte denn auch seine Vorsitzende anlässlich der Schlusskonferenz zum „Europäischen Jahr der Demokratieerziehung“ (Becker 2006a). Vor diesem Hintergrund ließe sich auch die Vorstellung von einer Bildung für eine „europäische Staatsbürgerschaft“ (*European Citizenship*) entwickeln.

Perspektiven: Partnerschaft Europarat - Europäische Union

Im Jugendbereich sind dafür die Weichen längst gestellt. So war die aktuelle Kampagne „alle anders - alle gleich“ bereits eine Kooperation zwischen dem Europarat, vor allem dem Direktorat für Jugend und Sport, dem Europäischen Jugendforum und der Europäischen Kommission. Dies ist Zeichen einer argumentativen Annäherung und praktischen Zusammenarbeit des Europarats und der Europäischen Union in diesem Bereich. Mittlerweile als Partnerschaft institutionalisiert und durch und innerhalb des neuen EU-Jugendprogramms JUGEND IN AKTION finanziert, soll sie nichts weniger als einen „Rahmen für die gemeinsame Entwicklung einer Zusammenarbeit und einer kohärenten Strategie im Bereich Jugendtraining und Jugendforschung“ (Partnership Council of Europe & European Union 2006, eigene Übersetzung) darstellen. Die Partnerschaft setzt eine Reihe von Aktivitäten um, z.B. Konferenzen, Workshops, Sitzungen, Seminare und Veröffentlichungen in Bezug auf die europäische Bürgerschaft, die Qualität und Anerkennung der Jugendarbeit, die Verbesserung des Verständnisses und der Kenntnisse im Jugendbereich, kulturelle Vielfalt oder auch die Entwicklung der Jugendpolitik. Sie verwaltet zudem das *European Knowledge Centre* für Jugendpolitik (EKC), eine europaweite Forschungsdatenbank für Jugendpolitik (European Knowledge Centre (EKC) 2007). Das Thema „*European Citizenship*“, „*Diversity and Tolerance*“ stehen dabei ganz oben auf der Agenda.

Mit dieser Zusammenarbeit erhält die Debatte um HRE und EDC in Europa jedoch eine völlig neue Qualität. Denn die politisch-administrativen Befugnisse und Durchsetzungsmöglichkeiten der Europäischen Union liegen völlig anders als beim Europarat. Hier ist nicht nur mit einer eher regulativen Umsetzung zu rechnen, die über Empfehlungen und Diskussionen weit hinausgehen wird,

sondern auch mit anders gelagerten, weitgehend wirtschaftlich bestimmten Interessen. Es ist daher zu hoffen, dass die qualitativen Grundlagen die der Europarat durch sein langjähriges Engagement im Bereich der Menschenrechts- und Friedenserziehung geschaffen hat, nicht demnächst einen vordergründigen oder formalen Partizipationsbegriff im Sinne von (Erwerbs-) Teilhabe zum Opfer fallen.

Text 3:

Birzėa, César; Froumin, Isak; Kerr, David; Losito, Bruno; Mikkelsen, Rolf; Pol, Milan; Sardoc, Mitja (2004): All-European Study on Education for Democratic Citizenship Policies, ed. by the Council of Europe, Strasbourg, p. 94, hier: p. 10; 35-36.

1. THE ALL-EUROPEAN STUDY ON EDC POLICIES AND LEGISLATION

1.1. The background of the study

In the late 1990s, one outcome of Council of Europe activities in the field of education was for Democratic Citizenship (EDC), which became a common goal of education policies in Europe.

Two major policy documents marked the trend:

- Resolution adopted by the Standing Conference of the Ministers of Education (Cracow, 15 - 17 October 2000);
- Recommendation (2002) 12 of the Committee of Ministers to member states on education for democratic citizenship (adopted by the Council of Europe Committee of Ministers on 16 October 2002).

Both documents stress the pivotal role of EDC in education policies and reforms. In this sense, the Committee of Ministers Recommendation is quite explicit: depending on the specific context of each education system, it is advisable to make EDC „a priority objective of education policy-making and reforms“.

Appendix I: Meaning of the concept of citizenship in various cultural contexts

Country	Term designation "citizenship"	Meaning
ARMENIA	kaghokatsintyum	Civil status, membership
AUSTRIA	Staatsbürgerschaft	Legal status, nationality
AZERBAIJAN	Vatandaslig	Stone of the motherland
BOSNIA AND HERZEGOVINA	drzavljanstvo	Civil status
BULGERIA	Grajdanstvo	Legal status, nationality
CHINA		Membership and duties (in the confucianist sense)
CROATIA	Gradjanstvo	Civil rights and entitlements

CZECH REPUBLIC	Občanství	Legal status
ESTONIA	Kodakondsus	Nationality
FINLAND	Kansalaisuus	Being a citizen of the State
FRANCE	Citoyenneté	Citizenship, legal and political status (member of the Republic)
GEORGIA	Nokalaksoba	Membership: being a citizen of the state
GERMANY	Staatsangehörigkeit	Nationality, membership, legal entitlements
	Bürgerlichkeit	Member of the middle class, being a bourgeois
GREECE	Ipikootita	Belonging to the City
HUNGARY	Allampolgárság	Membership, nationality
ITALY	Cittadianza	Nationality, legal status
KAZAKHSTAN	Atuldyk	Patriotism, loyalty to the State
KYRGYZSTAN	Grajdanstvo	Legal status, nationality
	Atuulduk	Patriotism [atuul = patriot], set of duties
LATVIA	Pilsonība	Nationality
MALTA	Cittandinanza	Nationality, legal status
THE NETHERLANDS	Burgerschap	Belonging to the Nation
NORWAY	Borgerskap	Being a citizen of the State
POLAND	Obywatelstwo	Membership, belonging to the State
ROMANIA	Cetățenie	Nationality
RUSSIAN FEDERATION	Grajdanstvo	Membership, nationality
SERBIA AND MONTENEGRO	Gradjanstvo	Statehood, membership
	Gradjanstvo	Legal and political status

SLOVAK REPUBLIC	Obcianstvo	Membership [obcia = community], nationality
SLOVENIA	Drzavljanstvo	Political and civic entitlements
SPAIN	Ciudadania	Membership, being a citizen of the State
SWEDEN	Medborgare	Being a citizen of the State [borg = burg, castle, city]
TURKEY	Vatandaslik	Nationality, legal status
UKRAINE	Gromadyanstvo	Status of being a citizen
UNITED KINGDOM	Citizenship	Legal and political status, set of rights and entitlements
ROMANIA LANGUAGE	Romaniphen	Loyalty and obedience to the community and traditional law [romani criss = non-formal traditional court]
ARABIC LANGUAGE	Al mwatana	Membership, identity, belonging [from watan = land, territory, homeland]

Text 4:

Dürr, Karlheinz, Spaji-Vrkas, Vedrana, Ferreira Martins, Isabel (2000): Project on “Education for Democratic Citizenship” - Strategies for Learning Democratic Citizenship, ed. by the Council of Europe, Strasbourg, p.76, hier: p. 6-14.

Erst zwei Seiten aus der englischen Ausgabe zu den Hintergründen.

Introduction

The fundamental changes that have taken place in Europe since the beginning of the last decade of the 20th Century have led to new and complex challenges in the established as well as in the new democracies. While countries in Western Europe are faced with accelerating economic, social, technological and political changes, countries in Central and Eastern Europe seek to consolidate their newly established political and economic orders, overcome the heritage of the past to develop a new political culture and instil in their citizens the ideas of democracy, human rights, and the rule of law.

Both developments are characterised by the removal, replacement or suppression of traditional ideas, values, conventions, and norms of behaviour. A comprehensive rebuilding of social, economic and political structures is taking place everywhere; it requires new competencies, skills and knowledge and learning processes are at the core of these developments. It is only by learning that comprehension, commitment and knowledge can be transmitted, acquired and shared. In this integrated process, the very idea and practice of learning itself is changing. Learning is no longer restricted to the earlier stages of human life, to formal systems like schools and universities or professional training processes. In this period of rapid, constant and enduring change, learning becomes a life-long aim of individuals, societies and states.

New objectives and approaches are required for learning processes in society and the economy alike. Autonomous and critical thinking, readiness to accept responsibilities and innovative attitudes are some of the criteria that determine modern educational processes. Democracy is the political system that allows such learning. However, if it is true that, historically, situations of deep-reaching change have contributed to increasing instability, democratic values should be seen as the core element for all to learn.

Citizens, who are able to behave in an autonomous, critical, participative and responsible way form the central requirement for any society that respects the principles of democracy, human rights, peace, freedom and equality. If, as Abraham Lincoln stated, democracy is to be understood as "government for the people, by the people, and of the people", then three important conclusions can be drawn:

- Firstly, the term "citizen" does not merely imply a legal status within the political system; rather, it implies competencies, skills and capabilities that must be transmitted in a life-long learning process.
- Secondly, Learning for Democratic Citizenship is a comprehensive task that cannot take place in formal institutions alone, it is rather learnt in multifaceted formal and non-formal settings involving the co-ordination and co-operation of the relevant institutions and organisations.
- Thirdly, during the learning process, the relationship between the transmitter and the learner changes dramatically. The question of how people (i.e. individual citizens) are to meet the requirements inferred on them by citizenship in an effective manner will become more and more important.

These three conclusions cover the central issues of this study:

- The first calls for a reappraisal of the changes taking place in learning as well as the contexts, contents and requirements of learning processes that form the cornerstones of education for democracy. The study raises questions on these matters particularly in Part 1, Chapter 1.1 and in Part 2, Chapter 2.1.
- The second raises the question of the institutional framework in Learning for Democratic Citizenship. Even though this framework is still characterised by the dominance of the formal educational sector, in the future it must be brought into close interaction with another increasingly important area in democratic learning i.e. society. The study describes these issues in Part 1, Chapter 1.2 and Part 2, Chapter 2.2.
- The third conclusion underlines the importance of methods and approaches in successful and sustained Learning for Democratic Citizenship. Since formal education is no longer the only supplier of knowledge, it is faced with increasing pressure to develop more effective and attractive forms of learning. Innovative methods of teaching and learning will be decisive factors in gaining the acceptance and motivation of learners. The study is primarily directed at practitioners (teachers and multipliers) and a comprehensive survey of methods and practices is undertaken in Part 2. Furthermore, the authors felt that there was also a need to make a compilation of exemplary models of "good practice" from all over Europe. The papers, materials, project descriptions and curricular concepts collected from a large number of European countries are summarised in the so-called "Synopsis" document (*). The authors recommend that work on the Synopsis should be continued so as to be developed into a comprehensive European Data Base of Good Practices in EDC.

Ab hier weiter mit der deutschen Übersetzung:

Anmerkung zur deutschen Übersetzung

Der Titel des Projekts des Europarats lautet "Education for Democratic Citizenship" -wörtlich übersetzt "Erziehung (oder Bildung) für demokratische Staatsbürgerschaft", und das Thema der vorliegenden Arbeit ist "Strategies for Learning Democratic Citizenship". Auf Grund der großen Vielfalt von Bezeichnungen für den Themenbereich in Europa (siehe allein die unterschiedlichen Benennungen des mit politisch-gesellschaftlichen Themen befassten Faches in Deutschland!) war es auch für die EDC-Projektgruppe keine leichte Aufgabe, eine in ganz Europa akzeptable Projektbezeichnung zu finden. Generell bemühen sich daher alle vier in der Vorbemerkung angeführten Berichte des EDC-Projekts, Bezüge auf die Bildungssysteme und -inhalte spezifischer Länder zu vermeiden.

Für die deutsche Übersetzung stellte sich einerseits das Problem, dass eine wörtliche Übersetzung von "Citizenship Education" mit "staatsbürgerliche Erziehung" zu nahe am DDR-Fach "Staatsbürgerkunde" gelegen hätte. Andererseits gilt der in Deutschland verbreitete Begriff „politische Bildung“ im Kontext postkommunistischer Gesellschaften als stark „vorbelastet“ und daher kaum akzeptabel ("political education = political indoctrination"). Ohnehin sollte der Rückgriff auf Benennungen vermieden werden, die die Darstellung zu sehr in der deutschen Diskussion verortet hätten.

Vor diesem Hintergrund haben wir uns dafür entschieden, den Gegenstand dieses Berichts mit "Demokratie-Lernen" oder "Demokratieerziehung" zu bezeichnen.

Der Bericht ist - wie auch die anderen Berichte des EDC-Projekts - ein Versuch, die europäische Situation im Bereich des Demokratie-Lernen zu beschreiben. Dass die Praxis des Demokratie-Lernens in Europa ausgesprochen vielfältig ist und die Diskussionen darüber auf Grund der verschiedenartigen historischen Demokratieerfahrungen und heutigen gesellschaftlich-politischen Bedingungen in West-, Mittel- und Osteuropa auf völlig unterschiedliche Weise geführt werden, liegt auf der Hand. Die Autoren sind sich deshalb bewusst, dass die vorliegende Darstellung nicht von der höheren Warte einer jahrzehntelangen (nationalen) Fachdiskussion betrachtet werden darf, sondern mit "europäischen Augen" gelesen werden sollte - eben als Versuch, trotz aller Vielfalt und Unterschiede bestimmte Grundkategorien, Deskriptionen und praxisrelevante Aspekte herauszuarbeiten, denen Bildungspraktiker und -theoretiker oder Curriculumentwickler in vielen, wenn nicht sogar den meisten europäischen Ländern zustimmen können.

TEIL 1: UMFELD DES DEMOKRATIE-LERNENS

1.1 HINTERGRUND

1.1.1 Demokratie-Lernen:

Ein Instrument zur Entwicklung einer Kultur der Rechte und Pflichten

In der „Abschlusserklärung“, die vom Zweiten Gipfel der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsländer des Europarats im Oktober 1997 verabschiedet wurde, erklärte die Versammlung, dass „die weitreichenden Veränderung in Europa und die großen Herausforderungen, vor die unsere Gesellschaften stehen, eine intensivierete Zusammenarbeit zwischen allen europäischen Demokratien erfordern.“ In der Gipfelerklärung heißt es weiter:

(...) „Im Bewusstsein der Bildungs- und kulturellen Dimension der großen Herausforderung, denen Europa in der Zukunft gegenüber stehen wird, wie auch der wichtigen Rolle, die Bildung und Kultur spielen, um das gegenseitige Verständnis und Vertrauen zwischen unseren Völkern zu stärken: - bringen (wir) unseren Wunsch zum Ausdruck, eine Erziehung zur demokratischen Staatsbürgerschaft zu fördern, die den Rechten und Pflichten der Bürgerinnen und Bürger und auf der Mitwirkung junger Menschen in der Zivilgesellschaft beruht.“

Das Ziel, die demokratische Stabilität in den Mitgliedsstaaten zu fördern, war das Hauptziel des „Aktionsplans“, der den Anhang der Abschlusserklärung bildete. In Kapitel IV des Aktionsplans stellte die Gipfelkonferenz fest:

„Erziehung zur demokratischen Staatsbürgerschaft: Die Staats- und Regierungschefs beschlossen eine Initiative für Erziehung zur demokratischen Staatsbürgerschaft einzuleiten, um das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich ihrer Rechte und Pflichten in einer demokratischen Gesellschaft zu fördern. Für diese Aufgabe sollen bestehende Netzwerke aktiviert werden...“

Die Betonung der „Rechte und Pflichten der Bürgerinnen und Bürger“ und der Ruf nach aktiver „Mitwirkung“ (vor allem der jungen Menschen) in einer „Zivilgesellschaft“ spiegelt die wachsende Besorgnis von Politikern und anderen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Wissenschaftlern und Bildungspraktikern über den Zustand der demokratischen Kultur in Europa wider. Andere Schwerpunkte der Abschlusserklärung und des Aktionsplans bezogen sich auf die Aufgabe, die „Achtung der Menschenrechte und des Rechtsstaatsprinzips“ anzuregen, „ein freiere, tolerantere und gerechtere europäische Gesellschaft auf der Grundlage gemeinsamer Werte aufzubauen“ und ganz allgemein „Zusammenhalt, Stabilität und Sicherheit in Europa“ zu fördern.

Als Ergebnis der Abschlusserklärung des Gipfels leitete der Europarat, die größte und älteste zwischenstaatliche Organisation in Europa, das Schwerpunktprogramm „Education for Democratic Citizenship“ (EDC) ein.

1.1.1.1 Ansatzpunkte des Programms

Das EDC-Projekt wurde 1997 eingerichtet Die Ziele lauteten,

3. die Werte und Kompetenzen zu bestimmen, die nötig sind, um den Einzelnen zu befähigen sich als Bürger an den demokratischen Prozessen zu beteiligen;
4. die Frage zu beantworten, wie diese Kompetenzen erworben und von den Bürgern weitervermittelt werden können.

Die politische Grundlage des EDC-Projekts wurde in der erwähnten Abschlussklärung und dem Aktionsplan formuliert, die beim Zweiten Gipfel der Staats- und Regierungschefs im Oktober 1997 verabschiedet worden waren. Wie im obigen Zitat angedeutet, sah der Aktionsplan vor, das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger mit Blick auf ihre Rechte und Pflichten in der demokratischen Gesellschaft zu fördern, für diese Aufgabe bestehende Netzwerke im Bildungswesen zu nutzen und die Beteiligung und Mitwirkung junger Menschen in der Zivilgesellschaft zu ermutigen und zu fördern.

Befähigung der Bürger zur Mitwirkung in Zeiten rapiden Wandels

In der heutigen, zunehmend komplexer und vielfältiger werdenden Welt wird es notwendig, die Bedeutung der partizipativen Demokratie neu zu definieren und den Status der Bürgerinnen und Bürger neu zu überdenken. Extremistische Bewegungen, Gewalt, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und sozialer Ausschluss bedrohen die Demokratien. Die Globalisierung und die tief- und weitreichenden technologischen Entwicklungen stellen für sie weitere große Herausforderungen dar. Um in einer Gesellschaft demokratische Stabilität und friedlichen Umgang zu sichern, ist der Beitrag jedes Einzelnen entscheidend. Das EDC-Projekt soll herausfinden, wie - im Kontext der sich rapide verändernden politischen Strukturen moderner demokratischer Staatsbürgerschaft - die Bürgerinnen und Bürger dazu angeregt werden können, sich dieser Herausforderung zu stellen und wie sie für diese verantwortungsvolle Rolle befähigt werden können.

Ein vielseitiger Ansatz

Die Rolle des Bürgers in der Demokratie ist mehr als nur eine Frage etablierter juristischer und formaler Rechte und Pflichten. Sie betrifft auch ein breites Spektrum möglicher Beziehungen zwischen Einzelnen, Gruppen, Vereinigungen, Organisationen und Gemeinschaften. Demokratiebildung kann in Schulen erfolgen, aber auch außerhalb der Schulen bei praktisch jeder Gelegenheit bei der sich Menschen zusammenfinden, und zu praktisch jedem Zeitpunkt im menschlichen Leben. Grundgedanke der Demokratiebildung ist das lebenslange Lernen. Der EDC-Ansatz ist in seinen Konzepten und Aktivitäten entsprechend vielfältig und berührt politische, rechtliche, gesellschaftliche und kulturelle Bereiche der demokratischen Gesellschaft.

Zielgruppen

Das EDC-Projekt richtet sich grundsätzlich auf ein großes Spektrum von Menschen; sein Anliegen betrifft alle Altersgruppen und gesellschaftlichen Schich-

ten. Vor allem jedoch fokussiert das Projekt auf Politiker, Entscheidungsträger, Lehrende, Eltern und Jugendliche, Medienexperten, Wirtschaftsvertreter, Gewerkschafter, Vertreter nichtstaatlicher Organisationen, Gemeinden, kulturelle und politische Institutionen. Politische Entscheidungsträger sind auf gefordert, bei Entscheidungsprozessen die staatsbürgerlich-demokratische Bildung mit zu berücksichtigen. Für die Bildungspraktiker ist es wichtig, modellhafte Ansätze und Projekte zu unterstützen, sich mit den entsprechenden Konzepten zu befassen, Bildungsmaterialien zu entwickeln und Netzwerke zwischen verschiedenen Partnern aufzubauen.

Zielsetzungen

Das EDC-Projekt hat zum Ziel, der breiten Öffentlichkeit ein besseres Verständnis und Bewusstsein der vielen unterschiedlichen Aspekte der Demokratiebildung nahe zu bringen, vor allem angesichts des sozialen Wandels. Im Mittelpunkt dieser Zielsetzung stehen Überlegungen und Ansätze zur Verbesserung der institutionellen Strukturen und Verfahren, die der Entwicklung der Demokratiebildung (in Schulen, Gemeinden usw.) dienen können. Politiker und Entscheidungsträger auf allen Ebenen sind aufgefordert, Demokratiebildung als Schlüsselement der Bildungspolitik anzuerkennen.

1.1.1.2 Die Beziehungen zwischen Rechten und Pflichten

Sowohl in der Abschlusserklärung als auch im Aktionsplan des Gipfels der Staats- und Regierungschefs wird die Aufgabe hervorgehoben, das Bewusstsein für die „Rechte und Pflichten der Bürgerinnen und Bürger“ sowie deren „aktive Mitwirkung“ im demokratischen Prozess zu stärken. Es stellt sich deshalb die Frage, was unter Begriffen wie „Rechte“, „Pflichten“ und „aktive Mitwirkung“ zu verstehen ist und welche Beziehungen zwischen diesen Begriffen festzustellen sind.

In Beschreibungen und Erörterungen über die Rechte und Freiheiten, die vom Einzelnen in Anspruch genommen werden können, werden die Pflichten oder Verantwortlichkeiten des Einzelnen gegenüber der Gemeinschaft oder dem Staat kaum erwähnt. In der Tat spielt die Beziehung zwischen Rechten und Pflichten bislang in der theoretischen Diskussion eine geringere Rolle als andere verwandte Fragen. Peter Kovács feststellt, ist der Staat die einzige Instanz, als deren Aufgabe es angesehen wird, dass sie eine bestimmte Art von Pflicht und Verantwortlichkeit für den Einzelnen wie auch für das allgemeine öffentliche Wohl übernimmt. So wird vom Staat erwartet, dass er nicht nur den Schutz der Grund- und Menschenrechte sichert, sondern auch dafür sorgt, dass die Kenntnisse über diese Rechte gelehrt und die Rechte wahrgenommen werden können. Im Hinblick auf die Pflichten oder Verantwortung des Einzelnen bezieht sich Kovács auf einen neuen Entwurf zu einer „Declaration on the right and responsibility of individuals, groups and organs of society to promote and protect universally recognized human rights and fundamental freedoms“. Er ist jedoch der Ansicht, dass der Ausdruck „responsibility“ (Verantwortung, Pflicht) wie

er im Titel der VN-Erklärung steht, irreführend sei, da der Text nicht mehr als eine relativ vage „Einstellung zur Verantwortung“ beinhalte. Im Allgemeinen könne man feststellen, dass nicht allen Rechten notwendigerweise auch entsprechende Pflichten gegenüber stünden; in anderen Fällen sei die Verantwortung begrenzt oder auf ein letztes Ziel gerichtet oder treffe nur für bestimmte ethnische Angelegenheiten zu. Kovács glaubt deshalb nicht, dass es möglich oder auch nur empfehlenswert sei, eine Liste von Pflichten oder Verantwortlichkeiten aufzustellen.

Das Ideal einer „aktiven Staatsbürgerschaft“ wird auch im Artikel A des Amsterdamer Vertrages der Europäischen Union hervorgehoben. Eines der wichtigsten Ziele des Generaldirektorats für Bildung und Kultur der Europäischen Kommission lautet, die Staatsbürgerschaft nicht nur im rechtlichen Wortsinn, sondern auch durch die Unterstützung praktischer bürgerlicher Beteiligung am demokratischen Prozess auf allen Ebenen zu entwickeln: „Das Handeln in den Bereichen Bildung, Ausbildung und Jugend bietet ein herausragendes Instrument zur Förderung der aktiven Beteiligung im Rahmen der großen europäischen Vielfalt von Kulturen...“

Bildungspraktiker und Politiker würden aber vermutlich darin übereinstimmen, dass „noch immer in keiner Weise ein befriedigender Grad des Bewusstseins der europäischen Bürgerinnen und Bürger im Hinblick auf ihre Rechte und Pflichten in einer demokratischen Gesellschaft erreicht ist.“ und dass Bildung folglich die Aufgabe haben müsse, „den Einzelnen auf das Leben in einer demokratischen Gesellschaft vorzubereiten, indem sie ihn dazu befähigt, seine Pflichten und seine Verantwortung als Bürger wahrzunehmen, ihn mit Politik vertraut zu machen und ihm die grundlegenden Prinzipien und Werte zu vermitteln, die unserer Gesellschaft zugrunde liegen, wie zum Beispiel die Achtung der Menschenrechte und der Demokratie, aber auch Toleranz und Solidarität, die durch ein besseres Verständnis und Wissen von anderen entstehen.“

Zusammenfassend kann festgehalten werden:

Erziehung bzw. Bildung spielen bei der Qualifizierung der Bürger für die aktive und verantwortungsbewusste Teilhabe in der Demokratie eine wichtige Rolle. Deshalb sollte der Bildungsprozess für gegenwärtige und zukünftige Bürger Orientierung bieten und Rechte wie auch Pflichten miteinbeziehen.

Bildungspraktiker wiederum müssen bereit sein, die Bedeutung und das Wesen von Pflichten oder Verantwortlichkeiten mit ihren Zielgruppen zu erörtern, besonders mit jungen Leuten. In der Tat gibt es mehrere Pflichten oder Verantwortlichkeiten, die für eine funktionierende Demokratie notwendig sind, zum Beispiel:

- die Pflicht zur Partizipation,
- die Pflicht zur selbständigen Information,
- die Pflicht zur Achtung anderer Kulturen,
- die Pflicht zur Achtung anderer Meinungen.

Demokratieerziehung (das Lernen über, für und in der Demokratie als „Kultur der Rechte und Pflichten“) kann in verschiedenen aktiven und passiven Formen stattfinden:

- auf eine mehr oder weniger rezeptive oder sogar passive Art (Zeitungen und Berichte lesen politische Sendungen im Fernsehen anschauen usw.);
- in der Lernerfahrung innerhalb des allgemeinen Prozesses der politischen Sozialisation;
- durch den alltäglichen Austausch von Meinungen und Vorstellungen (Diskutieren über Politik, Mitgliedschaft in Vereinen oder Jugendverbänden);
- durch „Learning by doing“ (Parteiarbeit, Freiwilligenarbeit in politischen Parteien).

Versteht man Demokratie als eine „Kultur der Rechte und Pflichten“, muss dabei auch berücksichtigt werden, um welche Zielgruppen es sich handelt. Wenn wir vom typischen Staatsbürger sprechen, haben wir im allgemeinen eine normale, durchschnittliche Person jungen, mittleren oder höheren Alters vor Augen, die in einer Familie lebt, zur Schule geht oder studiert, voll- oder teilzeitlich arbeitet oder sich im Ruhestand befindet. Jedoch erstreckt sich das Recht zur demokratischen Beteiligung an den Fragen, die die allgemeine Öffentlichkeit angehen, auf alle Bürger. Dazu gehören auch Häftlinge, geistig Behinderte, Arbeitslose, obwohl ihren Bedürfnissen nach Information wenig Beachtung geschenkt und Bildungsmaßnahmen vernachlässigt werden, die sie zur Ausübung ihrer Rechte befähigen könnten.

Bildungsangebote für Bürger zur aktiven Teilhabe an einer demokratischen Gesellschaft stellen den Gedanken des lebenslangen Lernens in den Mittelpunkt eines integrierten Ansatzes. Angesichts der rapiden Veränderungen, die sich in fast allen Lebensbereichen vollziehen, muss eine Demokratie dazu ruhig sein, ihren Bürgerinnen und Bürgern genügend Möglichkeiten zur Aufnahme und Beschaffung der dafür benötigten Informationen bereitzustellen - nicht nur in ihrer Kindheit, sondern während ihres ganzen Lebens.

Berücksichtigt man diese Gesichtspunkte (das heißt sowohl die Ziele und Dimensionen von Demokratiebildung als auch die Frage nach den Rechten und Pflichten), ist es möglich, zumindest eine allgemeine Beschreibung (wenn auch keine Definition) dessen zu formulieren, was mit „Education for Democratic Citizenship“ gemeint ist:

Mit dem Begriff „Education for Democratic Citizenship“ werden jene vielfältigen Praktiken und Aktivitäten zusammengefasst, die auf der praktischen Ebene ansetzen und dazu beitragen sollen, Schülern, Jugendlichen und Erwachsenen das Wissen und die Kompetenzen zu vermitteln, die sie befähigen, aktiv und verantwortungsvoll am Entscheidungsprozess in ihrer Gemeinschaften mitzuwirken, zu ihrem eigenen Wohl der Gesellschaft als Ganzes. Damit soll zugleich eine demokratische Kultur gefördert und gefestigt werden, welche auf dem Be-

wusstsein und der Verpflichtung gegenüber gemeinsamen Grundwerten aufbaut, wie zum Beispiel Menschenrechte und Grundfreiheiten, Gleichberechtigung trotz Vielfalt und Rechtsstaatlichkeit. Der Prozess der Demokratiebildung schafft Gelegenheit zum lebenslangen Lernen, bei dem Informationen, Werte und Kompetenzen erworben, angewandt und weiter verbreitet werden können, die mit demokratischen Prinzipien und Abläufen in einem breiten Spektrum von formalen und informellen Unterrichts- und Lernumgebungen verbunden sind.

Wie notwendig es ist, durch Bildung demokratische Werte besonders den Jugendlichen nahezubringen und sie so auf ihre Rolle als demokratische Staatsbürger vorzubereiten, wird, wie eingangs erwähnt, als Hauptanliegen in der Abschlusserklärung und im Aktionsplan des Zweiten Gipfels der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten des Europarats im Oktober 1997 besonders deutlich.

Auch Bildungsmaßnahmen zu Fragen wie Menschenrechtserziehung und Zivilgesellschaft wird zunehmende Bedeutung beigemessen, und vor diesem Hintergrund und verabschiedete das Komitee der Bildungsminister im Mai 1999 das Dokument „Erklärung und Programm zu einer auf Menschenrechten und den Rechten und Pflichten der Bürger beruhenden Demokratieerziehung“. In dieser Erklärung wird Demokratieerziehung wie folgt beschrieben:

- ein Ansatz zu lebenslangem Lernen im Bereich der Partizipation in verschiedenen Zusammenhängen;
- Bürgerinnen und Bürger werden zur Wahrnehmung aktiver und verantwortungsvoller Rollen im Leben und in der Gesellschaft befähigt;
- Ziel ist die Entwicklung einer Kultur der Menschenrechte;
- die Menschen werden auf ein Leben in einer multikulturellen Gesellschaft vorbereitet;
- sozialer Zusammenhalt, gegenseitiges Verständnis und Toleranz werden gestärkt;
- Strategien zur gesellschaftlichen Integration aller Altersgruppen und Gesellschaftssektoren werden angeregt.

In der Erklärung wird das aktive Bekenntnis zur Demokratie zu einer Säule einer europäischen Bildung, basierend auf der Aneignung und Ausübung von Rechten und Pflichten und auf dem Konzept des lebenslangen Lernens. Zugleich wendet sich die Erklärung ab von dem engen Verständnis der Wissensvermittlung durch formale Bildungseinrichtungen und hin zu einem weiter gefassten Verständnis im Hinblick auf den Aufbau von Kompetenzen und dem Erwerb und Austausch von Wissen durch eine praktisch unbegrenzte Anzahl von Bildungsmedien und -ressourcen, die von einer „lernenden“ Gesellschaft gepflegt werden. Außerdem macht sie deutlich, dass der Nutzen der Ressourcen wesentlich davon abhängt, dass sie richtig eingesetzt und verwendet werden. Schließlich enthält die Erklärung einen Appell an die Mitgliedstaaten des Europarates, Demokratie-Lernen zu einer unverzichtbaren Komponente der Po-

litiken und Praktiken in ihrer Bildungs-, Ausbildungs-, Kultur- und Jugendarbeit zu machen.

Text 5:

du Bois-Reymond, Manuela (2003): Study on the links between formal and non-formal education, ed. by the Council of Europe, Strasbourg, p. 25, hier: p. 6.

With the entry of central and eastern European countries into the European Union, young people there will be confronted with new demands and new opportunities concerning learning and labour. The European Union and Council of Europe regard it as their responsibility to mitigate the transition from pre-accession status to full membership of the countries in question by providing material and non-material resources also in the field of education, especially non-formal education.

Young people in democratic countries are entitled to active citizenship and participation, not only in their home country but also in a broader European context. Participation and active citizenship have to do with learning. Informed persons will make better decisions concerning their present and future life. Active participation should, as much as possible, imply active learning and vice versa.

While formal education remains largely a national affair, falling under the subsidiary principle, non-formal education gives new possibilities for European incentives.

Text 6:**European Commission (1998): Learning for Active Citizenship - A Significant Challenge in building a Europe of Knowledge, Foreword by Edith Cresson, Brussels, o.A.**

1. Introduction

The 1997 Treaty of Amsterdam foresees the encouragement of a more active and participatory citizenship in the life of the Community, founded in an integrated approach to lifelong learning and based on the complementarity of Union citizenship and Member State citizenship. Bringing Europe closer to its citizens is a priority for future policy action; to this end, action in the field of education, training and youth offers a privileged vehicle for the promotion of active participation in Europe's rich diversity of cultures, economies, politics and societies.

As the 1995 White Paper Teaching and Learning: towards the Learning Society forcefully argues, contemporary economic and social change in Europe demands - in societies whose prime aim is the social inclusion of all its members, howsoever diverse they may be - the encouragement of an active and engaged citizenry possessing the skills and confidence to contribute as fully as possible to maintaining prosperity and improving the broader quality of life. The 1997 Study Group on Education and Training report Accomplishing Europe through Education and Training focuses on learning for citizenship as one of the key challenges facing the Union in the years to come. From a cultural and political point of view, European integration and the multi-ethnic/multi-lingual nature of our societies is recasting the human environment. This calls both for a revitalisation of democratic culture and a reconsideration of what it means to be a European citizen in the 21st century.

As the lessons drawn from the 1996 European Year of Lifelong Learning have underlined, this is a lifelong endeavour relevant to people of all ages and circumstances. At the same time, learning for citizenship also has a specific importance for young Europeans, whose participation in shaping and building the future is an irreplaceable resource. In the past twenty years, young people have been amongst those hardest hit by economic and social polarisation and transformation processes in all parts of Europe. High rates of youth unemployment together with weakening social benefits and entitlements have been amongst the most palpable consequences. In parallel, young people's loss of trust in adult society and its established social and political institutions has been repeatedly documented.

Taking its cue from the Treaty of Amsterdam, the Commission Communication Towards a Europe of Knowledge places lifelong learning at the centre of an integrated approach to education, training and youth policy action. This approach rests on the conviction that "in a rapidly changing world, our society must offer all its citizens opportunities for acceding to the knowledge" which will enable them

to progress throughout their lives. In responding to this challenge, three main orientations are given priority: enabling European citizens to continuously develop their fund of knowledge and skill through lifelong learning; encouraging a process of construction and enrichment of citizenship in an open and plural society; and enhancing employability based in competencies for a knowledge-based economy.

Text 7:

Europäische Kommission (2000): Memorandum über lebenslanges Lernen, SEK (2000) 30.10.2000, Brüssel, 43 S., hier: S. 5-8.

2. LEBENSLANGES LERNEN - Zeit zum Handeln

Warum ist es höchste Zeit für eine solche Debatte? Warum misst die Europäische Union der Verwirklichung lebenslangen Lernen so hohe Priorität bei? Dafür gibt es zwei Gründe, die beide gleichermaßen bedeutsam sind:

- In Europa ist die wissensbasierte Gesellschaft und Wirtschaft entstanden. Mehr als jemals zuvor sind der Zugang zu aktuellen Informationen und Wissen sowie die Motivation und Befähigung zur intelligenten Nutzung dieser Ressourcen - zum eigenen Wohl und zu dem der Gemeinschaft - der Schlüssel zur Stärkung von Europas Wettbewerbsfähigkeit und zur Verbesserung von Beschäftigungsfähigkeit und Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte.
- Europäer von heute leben in einem komplexen sozialen und politischen Umfeld. Mehr als jemals zuvor möchte der Einzelne sein Leben selbst planen, wird erwartet, dass er einen aktiven Beitrag zur Gesellschaft leistet, und muss er lernen, positiv mit kultureller, ethnischer und sprachlicher Vielfalt umzugehen. Bildung im weitesten Sinne ist der Schlüssel, um zu lernen und zu begreifen, wie diesen Herausforderungen zu begegnen ist.

Diese beiden Aspekte des heutigen sozialen und wirtschaftlichen Wandels sind verzahnt. Sie bilden die Grundlage für **zwei gleichermaßen wichtige Ziele lebenslangen Lernens: Förderung der aktiven Staatsbürgerschaft und Förderung der Beschäftigungsfähigkeit**. Bei der aktiven Staatsbürgerschaft geht es darum, ob und wie die Menschen in allen Bereichen des sozialen und wirtschaftlichen Lebens teilhaben, es geht um die damit verbundenen Chancen und Risiken, und um die Frage inwieweit sie das Gefühl entwickeln zu der Gesellschaft in der sie leben, dazuzugehören und ein Mitspracherecht zu haben. Für die meisten Menschen gilt, dass während eines großen Teils ihres Lebens die Ausübung einer Erwerbstätigkeit ein wesentlicher Garant für Unabhängigkeit, Selbstachtung und Wohlergehen und damit auch für allgemeine Lebensqualität ist. Beschäftigungsfähigkeit - also die Fähigkeit, eine Beschäftigung zu finden und in Beschäftigung zu bleiben - ist nicht nur eine zentrale Dimension der aktiven Staatsbürgerschaft, sondern auch eine entscheidende Voraussetzung für Vollbeschäftigung, für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas und für die Gewährleistung von Wohlstand in der „Neuen Wirtschaft“. Sowohl Beschäftigungsfähigkeit als auch aktive Staatsbürgerschaft setzen voraus, dass man über ausreichende Kenntnisse und Fähigkeiten verfügt, die auf dem neuesten Stand sind und die es ermöglichen, am wirtschaftlichen und sozialen Leben teilzuhaben und einen Beitrag zu leisten.

Die Bedeutung lebenslangen Lernens für Europas Zukunft wurde nun auf höchster Ebene bekräftigt. Die Staats- und Regierungschefs sind sich einig, dass die EU im nächsten Jahrzehnt weltweit ein Beispiel geben sollte: Europa kann - und muss - zeigen, dass es möglich ist, ein dynamisches Wirtschaftswachstum bei gleichzeitiger Stärkung des sozialen Zusammenhalts zu erreichen. *„Die Menschen sind Europas wichtigstes Gut und müssen im Zentrum der Politik der Union stehen.“* Daraus wird gefolgert, dass es in erster Linie darum gehen muss, die Bildungs- und Ausbildungssysteme an die neuen Gegebenheiten des 21. Jahrhunderts anzupassen. *„Die lebenslange Weiterbildung ist ein ganz wesentliches Mittel, um gesellschaftliche Teilhabe, sozialen Zusammenhalt und die Beschäftigung weiterzuentwickeln.“*

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind eindeutig zu einem breiten Konsens darüber gelangt, dass lebenslanges Lernen ein Thema von gemeinsamem Interesse ist. Eine Umsetzung in wirksame Maßnahmen blieb bislang jedoch aus. Die Zeit ist reif, dies nun in Angriff zu nehmen.

Text 8:

European Commission (2009): Commission staff working document accompanying the Communication from the Commission: "An EU Strategy for Youth – Investing and Empowering" - Analysis of national reports concerning the implementation of the common objectives for a greater understanding and knowledge of youth, SEC (2009) 548 (27.4.2009) Brussels, 17p., hier: p. 2.

Die Jugend stellt innerhalb der gesellschaftlichen Vision der Europäischen Union eine Priorität dar, und angesichts der derzeitigen Wirtschaftskrise muss das junge Humankapital gehegt und gepflegt werden. Die vorliegende Mitteilung stellt dieser Notwendigkeit den Entwurf einer Strategie für die künftige Jugendpolitik in Europa entgegen. Vorgeschlagen wird eine neue, verstärkte offene Methode der Koordinierung (OMK.), die flexibler und in puncto Berichterstattung einfacher ist und die Verbindungen mit Politikbereichen stärkt, die innerhalb der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung vom Europäischen Pakt für die Jugend abgedeckt sind. Im Rahmen eines sektorübergreifenden Ansatzes werden kurzfristige Maßnahmen in langfristige Bemühungen um das Empowerment junger Menschen eingebettet. Die Strategie würde günstige Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Jugend ihre Fähigkeiten entwickeln, ihr Potenzial ausschöpfen, eine Erwerbstätigkeit ausüben, aktiv an der Gesellschaft teilhaben und enger in das europäische Aufbauwerk einbezogen werden könnte. Junge Menschen stellen keine lästige Verantwortung dar, sondern im Gegenteil eine kritische Ressource für die Gesellschaft, die genutzt werden kann, um übergeordnete gesellschaftliche Ziele zu erreichen.

Text 9:

Hoskins, Bryony (2006): Draft Framework for Indicators on Active Citizenship, Ispra, 14 p., hier: p. 4.

4. Defining active citizenship

In order to understand which indicators would be relevant to the topic of active citizenship it is necessary that we define the field. The definitions and indicators chosen in the course of the project are based on the principles that countries within the European Union have a climate where active citizenship is possible, i.e. there exists sufficiently developed and effective democratic institutions and mechanisms for the protection of human rights and freedoms. The CRELL research project on “Active Citizenship for Democracy” uses the following working definition:

Participation in civic society, community and/or political life, characterised by mutual respect and non-violence and in accordance with human rights and democracy.

Thus active citizenship is understood in a very broadest sense of the word “participation” and does not focus solely on the political aspect. It ranges from cultural and political to environmental activities, on local, regional, national, European and international levels. It includes new forms of active citizenship such as one-off issue politics and responsible consumption as well as the more traditional forms of voting and membership in parties and NGOs. The limits of “active citizenship” are set by ethical boundaries. Activities in which persons participate should support the community and should not contravene principles of human rights and the rule of law. Participation in extremist groups that promote intolerance and violence should therefore not be included in this definition of active citizenship.

Text 10:

Widmaier, Benedikt (2011): Lassen sich aktive Bürgerschaft und bürgerschaftliche Kompetenzen messen? Europäische Planungsdaten für lebenslanges Lernen und politische Bildung, in: Widmaier, Benedikt; Nonnenmacher, Frank (Hrsg.) (2011): Active Citizenship Education, Schwalbach/Ts. 2011, S. 45 - 64, hier: S. 47 – 52 u. 61 – 64 (Auszug Literatur)

3. Europäische Forschungsprojekte zur Aktiven Bürgerschaft

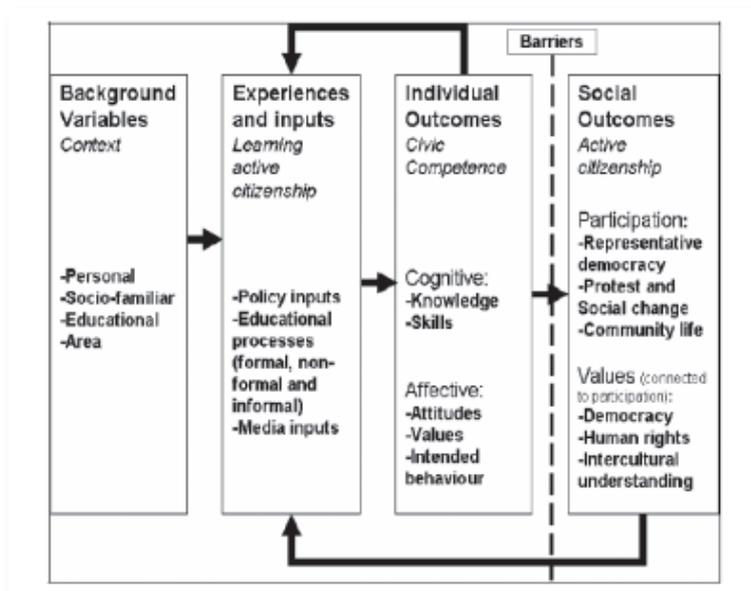
Das „Centre for Research on Lifelong Learning“ (CRELL) in Ispra (Italien) ist – wie man es im deutschen Sprachgebrauch wohl nennen würde – eine nachgeordnete Behörde der Europäischen Kommission, eine Art Think Thank in Fragen des Lebenslangen Lernens. Unter Federführung der dortigen Mitarbeiter/innen Bryony Hoskins, Ernesto Villalba und Daniel Van Nijlen arbeiten seit 2005 Wissenschaftler aus mehreren europäischen Ländern am Thema „Aktive Bürgerschaft“. Das Forscher-Netzwerk, das sein Projekt auch „Active Citizenship for Democracy“ nennt, arbeitet in enger Kooperation mit dem Europarat zusammen und bestand aus zwanzig Experten aus den Fächern Erziehungswissenschaften (formale und non-formale Bildung), aus der Soziologie und der Politikwissenschaft (vgl. dazu CRELL 2006). Aus dem deutschsprachigen Raum haben dort Hermann-Josef Abs, Mitarbeiter am Deutschen Institut für Internationale pädagogische Forschung (DIPF) in Frankfurt und z. Zt. Professor für Erziehungswissenschaft an der Universität Gießen sowie Günter Ogris und Sabine Westphal vom Institute for Social Research and Analysis (SORA) in Wien mit gearbeitet. Abs war in Deutschland u.a. mit der Evaluation des BLK-Programms „Demokratie lernen und leben“ betraut (Abs u.a. 2007) und ist Herausgeber einer Publikation des Europarats zum Thema „Demokratie Lernen in der Schule“ (Council of Europe 2009). Ogris und Westphal sind Autoren der so genannten EUYOUPART-Studie (2005) zur politischen Partizipation Jugendlicher in Europa, ein ebenfalls von der Europäischen Kommission gefördertes Forschungsprojekt (vgl. Ogris/Westphal 2006).

Im Rahmen des Forschungsprojekts von CRELL sind zahlreiche Expertisen zu Aktiver Bürgerschaft und zur Politischen Bildung (citizenship education) in Europa entstanden (siehe: <http://active-citizenship.jrc.it/>). Mehrheitlich waren dies Expertisen, Vorarbeiten oder Zuarbeiten zu den beiden großen Forschungsprojekten „Measuring Active Citizenship in Europe“ (Aktive Bürgerschaft in Europa messen) (CRELL 2006b) und „Measuring Civic Competence in Europe“ (Bürgerschaftliche Kompetenzen in Europa messen) (CRELL 2008).

Bevor wir nun ein Blick auf die Ergebnisse der beiden Measuring-Studien werfen werden, soll deutlich werden, wie stark das Forscherteam von CRELL die Zusammenhänge der Messung von Aktiver Bürgerschaft, bürgerschaftlicher Kompetenz und (politischer) Bildung betont. Es geht darum, beide Felder miteinander zu verbinden und die Zusammenhänge zwischen diesen deutlich zu

machen. Ein Schaubild, das in den CRELL-Expertisen in unterschiedlichen Variationen immer wieder auftaucht, wird in Abbildung 1 wieder gegeben. Es zeigt wie sich politische Bildung (learning active citizenship), bürgerschaftliche Kompetenzen (civic competences) und aktive Bürgerschaft (active citizenship) wechselseitig beeinflussen und wie diese Felder von persönlichen – ausgesprochen hoch einzuschätzenden - Hintergrundvariablen wie der Familie, der eigenen Bildung, der regionalen Herkunft und der Persönlichkeit insgesamt beeinflusst werden.

Abbildung 1: CRELL-Arbeitsmodell Aktiver Bürgerschaft



Quelle: CRELL 2008: 14

Wie es in einer der Erklärungen zu diesem in Abbildung 1 gezeigten Arbeitsmodell für Aktive Bürgerschaft heißt (Hoskins 2008: 13), kann man idealiter („in an ideal world“) erwarten, dass bürgerschaftliche Kompetenzen (dritte Kolumne der Abb. 1) zu Aktiver Bürgerschaft (vierte Kolumne der Abb. 1) führen. Ganz offensichtlich gibt es hier aber noch weiteren Erklärungsbedarf („this requires further research to understand the relationship“) (ebenda, sowie Hoskins u.a. 2008: 7). In einer ähnlichen Expertise von David E. Campbell aus dem Umfeld der OECD heißt es dazu: Auch wenn Bildung bisher als eine wichtige Voraussetzung/Vorhersage (predictor) für bürgerschaftliches-/politisches und soziales Engagement (civic and social engagement) galt/gilt, kann die kausale Verbindung („the precise nature of that link“) zwischen Bildung und Engagement weiterhin nur als „black box“ bezeichnet werden (Campbell 2006: 26, vgl. dazu auch Widmaier 2009a)

3.1. Ergebnisse der CRELL-Studien

Für die Gesamtbeurteilung der beiden Measuring-Studien des Instituts CRELL erscheint es sinnvoll, kurz auf die verwendeten Daten und die Datenlage einzugehen. Für beide Expertisen konnten keine eigenen Daten erhoben werden, sondern es wurde auf bereits vorhandene Daten zurück gegriffen. Bei „Measuring Active Citizenship“ sind das die Daten des „European Social Survey“, der 2002 ein besonderes Modul zur Bürgerschaft beinhaltet (Hoskins u.a. 2006: 16) und den Anspruch erhebt, im Hinblick auf die Bevölkerung über 15 Jahre in den beteiligten Ländern repräsentativ zu sein (<http://www.europeansocialsurvey.org/>).

Für „Measuring Civic Competences“ wurde auf die ältere CIVED-Studie der International Association for the Evaluation of Educational Achievement (IEA) (<http://www.iea.nl/cived.html>) zurück gegriffen. Diese auch in Deutschland stark rezipierte Studie zur politischen Bildung von 14jährigen Jugendlichen in mehreren europäischen Ländern (vgl. Oesterreich 2002) konzentrierte sich vor allem auf die politische Handlungsbereitschaft von Jugendlichen (vgl. Oesterreich 2001). Die IEA hat 2009 unter dem Titel „International Civic and Citizenship Education Study“ eine Wiederholungsstudie mit einem breiteren Forschungsdesign durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Studie ICCE 2009 müssten in den nächsten Tagen vorliegen (dann unter: <http://iccs.acer.edu.au/>). Deutschland hat sich jedoch nicht an der Studie ICCE 2009 beteiligt. Über die Hintergründe für diese Entscheidung kann nur spekuliert werden. Wahrscheinlich scheint aber, dass die Kultusministerkonferenz den Druck senken wollte, den die vielen internationalen Rankings auf die nationale Bildungsdebatte ausgelöst haben. Denn im internationalen Vergleich hatten deutsche Schüler/innen schon in der CIVED-Studie 1999 nicht besonders gut ausgesehen (Oesterreich 2001).

3.2. Measuring Active Citizenship (2006)

Die internationale Forschergruppe des Instituts CRELL hat sich sehr früh im Laufe des Projekts „Active Citizenship for Democracy“ auf eine Definition Aktiver Bürgerschaft festgelegt. Die folgende Definition ist inzwischen aber mehr als nur eine Arbeitsdefinition eines internationalen wissenschaftlichen Netzwerks. Denn sie taucht, quasi als (halb-) amtliche Definition der EU, in vielen Verlautbarungen und Dokumenten der Europäischen Kommission auf (vgl. etwa Europäische Kommission 2009: 92). Aktive Bürgerschaft wird demnach wie folgt definiert (Hoskins 2006: 4):

“Participation in civil society, community and/or political life, characterised by mutual respect and non-violence and in accordance with human-rights and democracy.”

“Partizipation in der Zivilgesellschaft, der Gemeinde und/oder am politischen Leben, getragen von gegenseitiger Achtung und Gewaltlosigkeit sowie in

Übereinstimmung mit Menschenrechten und Demokratie.“ (Übersetzung B.Wi.)

Ausdrücklich wird ergänzt, dass dieser Definition ein weiter Begriff des Politischen zugrunde liegt und Partizipation von kulturellen, über ökologische bis hin zu politischen Aktivitäten reicht: „It includes new forms of active citizenship such as one-off issue politics and responsible consumption as well as the more traditional forms of voting and membership in parties and NGOs.“ (Aktive Bürgerschaft schließt sowohl neue Aktionsformen und punktuelles themenbezogenes politisches Engagement, kritischen Konsum als auch traditionelle Formen wie Wählen und Mitgliedschaft in Parteien und Nichtregierungsorganisationen ein. Übersetzung B.Wi.)

Angelehnt an diese Definition werden vier Dimensionen Aktiver Bürgerschaft generiert und als so genannte „composite indicators“, also gemischte operationalisierbare Indikatoren, der Untersuchung zugrunde werden. Diese Dimensionen Aktiver Bürgerschaft sind:

- Political Life (Politisches Leben)
- Civil Society (Zivilgesellschaft)
- Community Life (kommunales Leben)
- Values (Werte) (CRELL 2006b: 11).

Die vier Dimensionen Aktiver Bürgerschaft werden dann mit einer jeweils unterschiedlichen Zahl weiterer Indikatoren und Sub-Dimensionen unterlegt, die einzeln beschrieben werden. Für den Bereich des politischen Lebens tauchen beispielsweise die Parteien mit vier Beschreibungen auf, die unterschiedliche Möglichkeiten der Teilnahme benennen (Mitgliedschaft, Mitarbeit, Spende und ehrenamtliches Engagement).

Die ganze Expertise mündet am Ende in Klassifikationen (rankings) ein, mit denen die beteiligten Länder in eine Rangfolge gebracht werden. Um sich einen Eindruck davon zu verschaffen, gibt die Abbildung 2 exemplarisch die Klassifikationen im Hinblick auf die Dimensionen „Zivilgesellschaft“ und „Werte“ wieder. Man sieht dort beispielsweise, dass Polen bei der Frage nach Existenz und Aufbau einer funktionsfähigen Zivilgesellschaft im europäischen Vergleich am Ende des Rankings liegt, bei der Frage nach der Bedeutung und Funktion von Werten in der Gesellschaft aber einen Platz in der Spitzengruppe einnimmt.

Abbildung 2: Zivilgesellschafts- & Werte-Index

Rank	Country	Rank	Country
1	Norway	1	Sweden
2	Sweden	2	Luxembourg
3	Denmark	3	Norway
4	Belgium	4	Finland
5	Austria	5	Poland
6	Netherlands	6	Portugal
7	United Kingdom	7	Ireland
8	Germany	8	Denmark
9	France	9	Austria
10	Ireland	10	Germany
11	Luxembourg	11	Netherlands
12	Finland	12	Italy
13	Slovenia	13	Spain
14	Spain	14	United Kingdom
15	Italy	15	Slovenia
16	Portugal	16	France
17	Greece	17	Greece
18	Hungary	18	Hungary
19	Poland	19	Belgium

Quelle: CRELL 2006b: 20 u. 23

Im Gesamtergebnis der Studie entsteht mit Hilfe der 63 Indikatoren, die auf der Datenbasis des European Social Survey von 2002 gewonnen wurden, eine europäische Landkarte zur Aktiven Bürgerschaft. Diese in Abbildung 3 wieder gegebene Landkarte des so genannten „Active Citizenship Composite Indicators“ (Kombinierte Merkmale Aktiver Bürgerschaft, B.Wi.) weist für die 19 beteiligten Länder aus, ob ihre Potentiale im Hinblick auf Aktive Bürgerschaft groß oder klein sind.

Abbildung 3: Active Citizenship Composite Indicator

Quelle: CRELL 2006b: 7

5. Literatur (Auszug)

Abs, Hermann Josef; Roczen, Nina; Klieme, Eckhard (2007): Abschlussbericht zur Evaluation des BLK-Programms „Demokratie lernen und leben“, Frankfurt

http://blk-demokratie.de/fileadmin/public/download/materialien/weitere/DIPF_BLK_Abschlussbericht_2007.pdf (2010-06-15)

Campbell, David E. (2006): What is education's impact on civic and social engagement?, in: OECD (ed.) (2006), Measuring the Effects of Education on Health and Civic Engagement. Proceedings of the Copenhagen Symposium 23-24 March 2006, Copenhagen, S. 25 – 125

<http://www.oecd.org/dataoecd/23/61/37437718.pdf> (2010-06-15)

Council of Europe (Hrsg.) (2009): Learning an living democracy. Introducing quality assurance of education for democratic citizenship in schools. Comparative study of 10 countries, hrsg. von Hermann Josef Abs, Strasbourg

CRELL (Ed.) (2006a): Working towards indicators for Active Citizenship. Report of from the Active Citizenship for Democracy conference, September 20-21, 2006, Ispra

<http://crell.jrc.ec.europa.eu/ActiveCitizenship/conference%20report%20final3.pdf> (2010-06-15)

CRELL (Ed.) (2006b): Measuring Active Citizenship in Europe, CRELL Research Paper 4, Ispra

<http://crell.jrc.ec.europa.eu/ActiveCitizenship/AC-Final%20Report-December%202006/measuring%20AC.pdf> (2010-06-17)

CRELL (Ed.) (2008): Measuring Civic Competence in Europe. A composite Indicator based on IEA Civic Education Study 1999 for 14 years old in School, Ispra

http://crell.jrc.ec.europa.eu/Publications/CRELL%20Research%20Papers/BryonyCCI_JRC42904_final.pdf (2010-06-17)

Europäische Kommission (2009): Progress towards the Lisbon Objectives in Education and Training, Brüssel

http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc/report09/report_en.pdf (2010-06-18)

Hoskins, Bryony (2006): Draft Framework for Indicators on Active Citizenship, Ispra

http://crell.jrc.ec.europa.eu/ActiveCitizenship/Conference/01_Hoskins%20_framework_final.pdf (2010-06-15)

Hoskins, Bryony; d'Hombres, Béatrice; Campbell, JoAnn (2008): Does Formal Education have an Impact on Active Citizenship Behaviour?, Ispra

<http://crell.jrc.ec.europa.eu/ActiveCitizenship/impact%20final%20final%20BH%20BD%20JC%20EU%20reportsyslog.pdf> (2010-06-18)

Hoskins, Bryony; Deakin Crick, Ruth (2008): Learning to Learn and Civic Competences: different currencies or two sides of the same coin?, Ipsra

<http://active-citizenship.jrc.it/Documents/learning%20to%20learn/Learning%20to%20Learn%20and%20Civic%20Competences%20FINAL%20final.pdf> (2010-06-23)

Oesterreich, Detlef (2001): Die politische Handlungsbereitschaft von deutschen Jugendlichen im internationalen Vergleich, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 50/2001, S. 13 – 22

Oesterreich, Detlef (2002): Politische Bildung von 14-jährigen in Deutschland. Studien aus dem Projekt Civic, Opladen

Ogris, Günther; Wesphal, Sabine (2006): Politisches Verhalten Jugendlicher in Europa, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 47/2006, S. 7 - 17

Widmaier, Benedikt (2009a): Soziales Lernen und Politische Bildung. Oder: Wie entsteht politische Partizipation?, in: Kursiv – Journal für politische Bildung, Heft 1/2009, S. 54 – 60



**Gefördert durch das
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**